

fzs-MV
61. Mitgliederversammlung des fzs – 1. bis 3.
März '19

Reader vor der 61. MV

Stand: 31. Januar 2019

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	3
TOP 5: Berichte	5
61-5-1-Vo Bericht des Vorstands	5
61-5-3-So Bericht des Ausschuss Sozialpolitik	29
61-5-3-In Bericht des Ausschuss Internationales	32
61-5-3-VS Bericht des Ausschusses Verfasste Stu- dent*innenschaft/PolitischesMandat	35
61-5-3-Fi Bericht Ausschuss Finanzen	37
61-5-3-FGP Bericht des Ausschusses frauen- und genderpolitik	38
61-5-6-ESC Bericht zur 36. European Students Convention [ESC] in Wien	41
61-5-6-BM Bericht vom 75. Board Meeting der European Students‘ Union (ESU)inBudva, Montenegro	49
61-5-7-Soy Koordination Politisches Rollenspiel Soy&Estoy	64
TOP 7: Inhaltliche Anträge	67
61-7-I-01 Check your antisemitism before you wreck yourself	67
61-7-I-02 Nachhaltiges Engagement	69
61-7-I-03 Neurodiversität als integraler Bestandteil menschlicher Di- versität	71
61-7-I-04 Regelstudienzeit ist nicht die Regel	73
61-7-I-06 Position vom FZS zur Europäischen Union und europäi- schenHochschulnetzwerken	78
61-7-I-07 Gegen jeden Neoliberalismus!	82
61-7-I-08 Solidarität mit den um ihre Verfasstheit kämpfenden Stu- dierendenschaften	87
61-7-I-09 Solidarität mit den studentischen Protesten in Albanien	91
61-7-I-10 Das E in MINT steht für Ethik	94
61-7-I-11 fzs for future – studentische Perspektiven zu Nachhaltiger- Entwicklung	99
61-7-I-12 Abschreckungsmodell Baden-Württemberg	108

61-7-I-05 Schluss mit Lernen am Limit: Her mit Wohnraum, BAföG für alle und Geld für Bildung!	110
61-7-I-13 fzs unterstützt bvmd „faires PJ“	114
TOP 8: Strukturelle Anträge	116
61-8-St-03 Rassistische Strukturen im Verband erkennen und be- kämpfen!	116
61-8-St-01 Einrichtung eines Ausschusses Politische Bildung	119
61-8-St-02 Einrichtung einer Vollzeitstelle für Presse und Öffentlichkeit	121
61-8-St-04 Einrichtung eines AK Satzung, Ordnungen, Struktur	123
TOP 9: Änderungen von Satzungen und Ordnungen	125
61-9-S-01 Initiativcharakter für das Queerplenum etablieren	125
61-9-S-02 Tatsächliche Einbindung von Frauen* sichern	128
61-9-F-01 Transparenz des Haushalts	130
61-9-F-02 Vorstandsaufwandsentschädigung an Inflation anpassen	131
61-9-F-03 Ergänzung der Finanzordnung – §5 Mitgliedsbeiträge	132

61-5-1-Vo

AntragstellerInnen: Vorstand

Gegenstand: TOP 5: Berichte

Bericht des Vorstands

1 Grundsätze und Schwerpunkte der Arbeit im Vorstand

2 Im fzs übernimmt der Vorstand eine Reihe organisatorischer Aufgaben, ver-
3 tritt den Verband nach außen, ist bei Student*innenvertretungen in der gan-
4 zen BRD präsent und vertritt den Verband und studentische Interessen im
5 Allgemeinen in zahlreichen Gremien. Im folgenden wird über diese Aufga-
6 ben zusammenfassend berichtet. Zahlreiche organisatorische und kleinteilige
7 Aufgaben wie Betreuung der Mailverteiler, Telefonate, Chats, E-Mails, klei-
8 ne Termine, Beratungen, infrastrukturelle Tätigkeiten und die Betreuung der
9 Angestellten und der Geschäftsstelle stellen dabei Aufgaben dar, die häufig
10 unsichtbar bleiben. Ihre detaillierte Nennung würde dem Format des Berichts
11 nicht gerecht, doch der Kampf um die Anerkennung studentischer Interessen-
12 vertretung sollte die Sichtbarmachung ungesehener Tätigkeiten zum integralen
13 Bestandteil haben. Die Zuständigkeit für die Betreuung von Arbeitskreisen,
14 Ausschüssen, Bündnissen und Gremien wurden zwischen den Vorstandsmit-
15 gliedern aufgeteilt, darüberhinausgehende Termine wurden nach örtlicher und
16 zeitlicher Verfügbarkeit wahrgenommen. Die Arbeit, die diesem Bericht zu-
17 grunde liegt ist jedoch unsere gemeinsame. Grundsätzliche Fragen haben wir
18 stets gemeinsam beraten und entschieden. Dafür haben wir seit Beginn der
19 Amtszeit zwei Vorstandssitzungen und mehrere Arbeitstreffen abgehalten.

20 Bildungsarbeit

21 Die Durchführung von Seminaren und Schulungen stellt den zentralen Bestand-
22 teil der politischen Bildungsarbeit des fzs dar. Dabei geht es neben der Wis-
23 sensweitergabe auch darum, Möglichkeiten zur bundesweiten Vernetzung zu

24 schaffen und gemeinsam politische Positionen zu entwickeln. In dieser Förder-
25 periode des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) wurden
26 alle Seminaranträge bewilligt, zusätzlich haben wir auch Seminare ohne Förde-
27 rung durch das BMBF durchgeführt und stehen auch weiterhin für Seminare,
28 Vorträge und Workshops vor Ort zur Verfügung.

29 Zur Erstellung eines Referent*innepools haben wir begonnen, per Google-Doc
30 eine Sammlung an Referent*innen und Themen zu finden, es haben sich schon
31 einige eingetragen. Auf unserem Plan ganz oben steht es, die Themensamm-
32 lung möglichst zeitnah auf der Homepage zu veröffentlichen, sodass der Refe-
33 rent*innenpool bald genutzt werden kann.

34 Folgende Seminare fanden seit der letzten Mitgliederversammlung statt:

- 35 • 16.-18. November: Vernetzungstreffen festival contre le racisme. Heidel-
36 berg. Gemeinsam mit dem StuRa Heidelberg haben wir uns mit ziviler
37 Seenotrettung im Mittelmeer und vor allem mit Veranstaltungsorgani-
38 sation, Booking und Pressearbeit für politische Kulturveranstaltungen
39 beschäftigt.

- 40 • 30. November – 2. Dezember: How to HoPo: Einstieg in die Hochschulpo-
41 litik. Dortmund. Gemeinsam mit dem AStA der TU Dortmund und dem
42 Landes-ASten-Treffen haben wir bei unseren Einstiegsseminar Grundla-
43 gen der Hochschulfinanzierung, des BAföGs und studentischer Öffent-
44 lichkeitsarbeit besprochen.

- 45 • 11.-13. Januar: Hochschulpolitischer Winterkongress: Antisemitismus an
46 Hochschulen. Halle. Organisiert zusammen mit dem AK PolBil. Der Kon-
47 gress war sehr gut besucht und erhielt viel positives Feedback, die meis-
48 ten Teilnehmer*innen möchten auch weiter mit dem Verband am Thema
49 Antisemitismus arbeiten. Darüber hinaus konnte eine Perspektive für Zu-
50 sammenarbeit mit Akteuren in dem Themenkomplex, wie der Jüdischen
51 Studierendenunion oder dem Jungen Forum in der Deutsch-Israelischen
52 Gesellschaft geschaffen werden.

- 53 • 18.-20. Januar: Bildungs- und Studiengebühren und das Menschenrecht
54 auf Bildung. Hagen. Gemeinsam mit dem Aktionsbündnis gegen Stu-
55 diengebühren durchgeführt haben wir uns die Geschichte von Studienge-
56 bühren und aktuelle Kämpfe angesehen sowie strategische Überlegungen
57 angestellt.

- 58 • 25.-27. Januar: Digitalisierung an Hochschulen. Schwäbisch Hall. Thema-
59 tisch haben wir uns dem Thema Digitalisierung jenseits von Buzzwords
60 genähert und auch konkrete Anforderungen für Digitalisierungsstrategi-
61 en der Hochschulen erarbeitet sowie Grundsätze von Datenschutz, Open
62 Access, Open Data und Open Source besprochen.
- 63 • 8.-10. Februar: Psychosozialer Stress und Studium. Weimar.
- 64 • 8.-10. Februar: How to HoPo: Einstieg in die Hochschulpolitik. Landshut.
65 Schwerpunkt auf der Situation nicht-verfasster Studierendenvertretungen
66 in Bayern.
- 67 • 27. Februar – 1. März: Was ist eigentlich die Verfasste Studierendenschaft
68 und wozu? Freiburg im Breisgau.

69 Die Frist für die Beantragung der Seminare für die nächste Förderperiode ist
70 der 1. April. Die Förderrichtlinien wurden ein wenig verändert, weshalb wir
71 nun auch die Seminarorganisation verändern müssen, so werden nur noch Maß-
72 nahmen mit mindestens 40 Teilnehmer*innen gefördert. Details werden vom
73 Vorstand in Zusammenarbeit mit den Ausschüssen ausgearbeitet, Vorschläge
74 sind willkommen.

75 Die weiteren Seminare sind alle auf der Website unter www.fzs.de/termine zu
76 finden. Außerdem haben wir einen Veranstaltungsreader erstellt. Diesen haben
77 wir mit der Kalenderverschickung vor Weihnachten den Studierendenschaften
78 zukommen lassen. Wer noch mehr davon möchte, um sie auch auszulegen, kann
79 uns eine Mail schicken, wir versenden sie kostenlos. Auch die Wandkalender
80 können nachbestellt werden.

81 Für die Beiträge zu den Seminaren haben wir eine neue einheitliche Regelung
82 gefunden, sodass für alle Seminare, Schulungen und das Summercamp ein Bei-
83 trag gilt, der die Einnahmen, die eingeplant sind, potentiell decken kann, aber
84 dennoch leistbar ist. Für Seminare sind das für Mitglieder/Nicht-Mitglieder:
85 30/60€, für Schulungen 65/130€, für das Summercamp 45/90€

86 **Mitgliederentwicklung**

87 Seit dem 1. September haben wir folgende neue Mitglieder:

88 Die Studierendenvertretungen der

- 89 • Hochschule Mannheim
- 90 • Hochschule für Musik Karlsruhe

- 91 • Hochschule für angewandte Wissenschaften Hamburg
- 92 • Pädagogische Hochschule Freiburg
- 93 • Hochschule für Musik Freiburg
- 94 • Universität Tübingen
- 95 • Technische Universität Darmstadt

96 Die Studierendenschaft der Universität Frankfurt a.M. ist zum 2.1. ausgetreten
97 und damit noch voll beitragspflichtig für das laufende Geschäftsjahr.

98 Damit vertreten wir zum aktuell 821.000 Student*innen.

99 Der Vorstand ist außerdem in Gesprächen mit einigen weiteren Studierenden-
100 schaften, die an einem Beitritt interessiert sind. Der Verband wird regelmäßig
101 bei lokalen Vertretungen vorgestellt.

102 **Kontakt mit Studierendenvertretungen und LAKs**

103 Wir waren bei Treffen mehrerer Landesstudierendenvertretungen, um über den
104 fzs allgemein, die aktuelle Arbeit des fzs zu informieren und um uns Input
105 darüber zu holen, was bei den Studierendenvertretungen und auf Landesebene
106 gerade aktuell ist. Dazu waren wir auch bei mehreren Studierendenvertretun-
107 gen, sowohl bei Mitgliedsstudierendenvertretungen als auch nicht-Mitgliedern.
108 Auch wegen der Kampagnen, insbesondere Lernen am Limit, standen wir in
109 Austausch mit lokalen Vertretungen und haben bei der Organisation von Ak-
110 tionen unterstützt. Teilweise waren wir auch zu Vorträgen und inhaltlichen
111 Inputs vor Ort, z.B. in Trier für eine Einführung in den Bologna-Prozess, in
112 Osnabrück zum Thema Hochschulfinanzierung, an der Hochschule Rhein-Main
113 mit einem Grußwort zur Eröffnung der Ausstellung zur weißen Rose und di-
114 versen Redebeiträgen auf Demonstrationen zum Thema Wohnraum und Hoch-
115 schulfinanzierung. Auch bei der Bundesfachschaftentagung Biologie haben wir
116 den fzs vorgestellt. Für das Vernetzungstreffen zur Arbeit von Studierend-
117 schaften gegen Rechts, das vom AStA Bremen ausgerichtet wird, hat der fzs
118 viele Kontakte vermittelt.

119 Darüber hinaus waren wir bei den Landesstudierendenvertretungsvernetzungs-
120 treffen in Rostock und in Saarbrücken. Dort wurde sich zu verschiedenen The-
121 men ausgetauscht, z.B. Digitalisierung, Studiengebühren, BAföG, dritte Op-
122 tion im Personenstandseintrag, Nachhaltigkeit, LAK-Strukturen, studentische
123 Arbeitsverhältnisse und Semesterticket. Wir begrüßen den Austausch, aus dem

124 wir auch Impulse für unsere Arbeit ziehen können. Wir unterstützen den Aus-
125 tausch und haben gerne mit den Landesstudierendenvertretungen zusammen
126 eine Pressemitteilung zur geplanten BAföG-Novelle verfasst, die von einigen
127 Medien aufgenommen wurde.

128 Bündnisse

129 • ABS

130 Gemeinsam mit dem Aktionsbündnis gegen Studiengebühren haben wir das
131 Seminar 'Bildungs- und Studiengebühren und das Menschenrecht auf Bildung'
132 organisiert. Ursprünglich vom 21.-23. September geplant, mussten wir das Se-
133 minar auf den 18.-20. Januar verschieben. Es bot die Möglichkeit, inhaltlich
134 mehr über Bildungsgebühren zu erfahren sowie die Möglichkeit von Vernetzung
135 und Austausch über Aktionsmöglichkeiten. Das Seminar war finanziell größ-
136 tentails von uns getragen und auch Workshops wurden von uns organisiert,
137 vorbereitet und durchgeführt.

138 Als Mitglied des ABS-Rats haben wir in der ABS-Ratssitzung am 8. Dezember
139 beschlossen, dass am 20.1. die Vollversammlung des Aktionsbündnisses in Ha-
140 gen, direkt im Anschluss an das Seminar, stattfinden sollte. Dort wurde sich
141 auch über den Stand der Studiengebühren in den Bundesländern ausgetauscht.
142 Auf der Vollversammlung haben wir mit den anderen Bündnispartner*innen
143 die aktuelle politische Lage debattiert und ein Koordinationsteam gewählt,
144 das weiterhin aus Janek Heß und Kurt Stiegler besteht. Gemeinsam haben wir
145 einen Antrag zur fzs-Mitgliederversammlung erarbeitet.

146 • Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung

147 Seit Oktober ist der fzs Teil des Bündnisses für sexuelle Selbstbestimmung,
148 welches sich für unterschiedliche politische Ziele einsetzt, ein Fokus liegt je-
149 doch auf der Streichung des § 219a, sowie die Streichung der gesamten § 218
150 & 219 aus dem Strafgesetzbuch. Darüber hinaus werden auch weitere Forde-
151 rungen, wie das obligatorische Behandeln von Schwangerschaftsabbrüchen im
152 Medizinstudium, gestellt.

153 Zur Streichung des § 219a gibt es inzwischen einen Vorschlag der Bundesregie-
154 rung, welchen das Bündnis deutlich kritisiert. Gemeinsam mit dem Bündnis
155 haben wir entsprechend zum bundesweiten Aktionstag am 26.1. aufgerufen
156 und bei der Kundgebung in Berlin mitgeholfen. Insgesamt fanden an 25 Orten
157 Aktionen in Gegnerschaft zu dem Kompromissvorschlag statt.

158 Die Aktionen sind hier gesammelt: [https://www.sexuelle-
selbstbestimmung.de/11077/aufruf-keine-kompromisse/](https://www.sexuelle-
159 selbstbestimmung.de/11077/aufruf-keine-kompromisse/)

160 • **BAföG-Bündnis**

161 Gemeinsam mit dem neben uns aus Gewerkschaften, Gewerkschaftsjugenden
162 und parteinahen Hochschulgruppen (Campusgrün, Jusos, SDS) bestehenden
163 BAföG-Bündnis haben wir eine Pressemitteilung zum schwierigen Stu-
164 dienstart mit verspätetem BAföG ([https://www.fzs.de/2018/10/19/bafoeg-
166 buendnis-fordert-vorschusszahlungen-fuer-studieneingangskosten/](https://www.fzs.de/2018/10/19/bafoeg-
165 buendnis-fordert-vorschusszahlungen-fuer-studieneingangskosten/)) ver-
167 öffentlicht, die rezipiert wurde: [https://bildungsklick.de/hochschule-
und-forschung/meldung/studierende-brauchen-vorschusszahlung-fuer-den-
170 studienstart/](https://bildungsklick.de/hochschule-
168 und-forschung/meldung/studierende-brauchen-vorschusszahlung-fuer-den-
169 studienstart/). Wir haben in mehreren Treffen und Telefonkonferenzen
171 inhaltlich zum BAföG gearbeitet und Handlungsempfehlungen veröffent-
licht ([https://www.fzs.de/2019/01/31/handlungsempfehlungen-des-bafoeg-
buendnisses/](https://www.fzs.de/2019/01/31/handlungsempfehlungen-des-bafoeg-
171 buendnisses/)).

172 Obwohl die Gewerkschaften nicht zur Anhörung eingeladen wurden, haben
173 wir uns mit dem gesamten Bündnis auf die Anhörung zum 26. BAföGÄndG
174 vorbereitet und eine zusätzliche Stellungnahme vom Bündnis eingereicht.

175 • **unteilbar**

176 Nachdem der AS die Unterstützung des Bündnisses beschlossen hat, hat
177 der Vorstand die Unterstützung wieder zurückgezogen, weil sie unserer Mei-
178 nung nach nicht zu unserer Positionierung gegen Antisemitismus gepasst hat.
179 Auf Nachfrage an die Organisator*innen, wie sie damit umgehen, dass Erst-
180 Unterzeichner*innen (mit denen auch offen geworben wurde) sich positiv zu
181 “BDS“ äußern, wurde erst wenig auf die Vorwürfe eingegangen und statt des-
182 sen mit dem Vorwurf des antimuslimischen Rassismus begegnet, eine Positio-
183 nierung gegen Antisemitismus hatte erstmal nicht stattgefunden. Gleichzeitig
184 waren die Kapazitäten beim fzs zu gering, um sich von Anfang an in der Ko-
185 ordination von #unteilbar zu engagieren, um diese Probleme direkt zu Anfang
186 zu vermeiden.

187 • **Lernfabriken . . . meutern!**

188 Zu Beginn des Semesters haben wir u.a. zusammen mit Lernfabriken
189 . . . meutern! die Kampagne ‘Lernen am Limit‘ durchgeführt, dazu mehr un-
190 ter dem Punkt ‘Kampagnen‘.

191 Für Lernfabriken . . . meutern! sind wir aktiver Teil des Orga-Teams. In diesem
192 Zuge haben wir am Kongress ‘Lernen am Limit – Bildung, Arbeit und Leben

193 im Kapitalismus‘ vom 23.-25. November in Hannover mitorganisiert und da-
194 für sowohl Referent*innen angefragt, zusätzliche Finanzierung eingeworben als
195 auch beworben. Neben den wöchentlichen Telefonkonferenzen fand vom 25.-27.
196 Januar in Berlin in der Geschäftsstelle des fzs ein offenes Orga-Treffen statt.
197 Dort wurde der Plan für die nächsten Schritte des Bündnisses ausgearbeitet.
198 Diese sehen vor, eine Kampagne zu den Lern- und Lebensbedingungen zu in-
199 itiiieren, Bildungsarbeit über ein Lesekreiskonzept zu Autorität und Bildung zu
200 unterstützen und Hilfestellungen beim Aufbau basisdemokratischer Organisie-
201 rungsformen zu geben. Das alles wird beim Bündnistreffen vom 15.-17. März
202 in Mannheim, das auch von uns mitorganisiert wird, weiter verfeinert und
203 beschlossen. Wir freuen uns, viele Studierendenvertretungen auf dem Bünd-
204 nistreffen zu sehen und über aktive Mitarbeit an der nächsten Kampagne. So
205 kann Lernfabriken . . . meutern! wieder zu einem schlagkräftigen Bündnis wer-
206 den, das aktuelle Proteste im Bildungssystem bündelt und die tiefgreifenderen
207 Probleme im Bildungssystem kritisiert und dagegen vorgeht. In Gesprächen
208 mit weiteren Bündnispartner*innen bemühen wir uns darum, diese auch zu
209 einer intensiveren Mitarbeit anzuregen.

210 • **Studentischer Akkreditierungspool**

211 Auf dem Poolvernetzungstreffen (PVT) war eine Person aus dem AS für uns,
212 wir selbst waren nur zeitweise dort. Wir konnten dort dafür werben, dass
213 eine zweite Verwaltungsstelle in den Haushaltsplan eingeplant wird. Außer-
214 dem konnten wir unsere Unterstützung in organisatorischen Fragen anbieten;
215 so nutzt der Koordinierungsausschuss des studentischen Akkreditierungspools
216 (KASAP) nun z.B. unseren Telefonkonferenzraum für die wöchentlichen Ab-
217 sprachen. Auch finanziell haben wir das PVT unterstützt. Die zweite Stelle ist
218 nun eingerichtet und wird in der fzs-Geschäftsstelle arbeiten. Gemeinsam mit
219 dem KASAP und der aktuellen Poolmitarbeiterin haben wir das Bewerbungs-
220 verfahren durchgeführt.

221 **Stellungnahmen und Anhörungen**

222 Wir haben mehreren Gesetzesnovellen Stellung genommen und dort die Posi-
223 tionen des fzs dargelegt:

- 224 • Erhöhung des Mindestlohns: [https://www.fzs.de/2018/10/10/stellungnahme-](https://www.fzs.de/2018/10/10/stellungnahme-zur-mindestlohnanpassungsverordnung-2/)
225 [zur-mindestlohnanpassungsverordnung-2/](https://www.fzs.de/2018/10/10/stellungnahme-zur-mindestlohnanpassungsverordnung-2/): Wir sprechen uns positiv
226 gegenüber der Erhöhung aus, weil sie Student*innen, die häufig in Jobs
227 im unteren Einkommensbereich nebenher arbeiten, eindeutig zugute
228 kommt.

- 229 • Fachkräfteeinwanderungsgesetz: [https://www.fzs.de/2018/12/19/stellungnahme-](https://www.fzs.de/2018/12/19/stellungnahme-fachkraefteeinwanderungsgesetz/)
230 fachkraefteeinwanderungsgesetz/: Beim Fachkräfteeinwanderungsgesetz
231 haben wir den Teil zu Aufenthaltserlaubnissen zwecks des Studiums
232 kritisch kommentiert. Die Regelungen sind eindeutig zu restriktiv,
233 belasten Student*innen mit einem hohen Aufwand und haben nichts
234 mit der Möglichkeit zu einer freien Wahl des Studienortes und einem
235 gleichberechtigten Zugang zum Studium für alle zu tun.
- 236 • BAföG-Novelle: [https://www.fzs.de/2019/01/23/stellungnahme-bafog-](https://www.fzs.de/2019/01/23/stellungnahme-bafog-reform/)
237 reform/: Beim BAföG wird zwar draufgeschlagen, aber deutlich zu wenig.
238 Punkte, die wir kritisiert und kommentiert haben, sind: Die Erhöhungen
239 der Bedarfssätze und Freibeträge sind zu gering, die Umstrukturierung
240 bei der Verschuldung ist bloß Augenwischerei, das BAföG ist immer noch
241 alters-, eltern-, regelstudienzeit- und nationalitätsabhängig, bei Mutter-
242 schutzzeiten und Krankheit muss das BAföG mindestens ein komplettes
243 Semester weitergezahlt werden und wir wollen auch im BAföG-Beirat
244 einbezogen werden.

245 **Kampagnen**

246 Insgesamt lässt sich festhalten, dass der fzs sehr viele auf Dauer angelegte
247 Kampagnen hat, weshalb wir an dieser Stelle unseren Koordinator*innen einen
248 großen Dank aussprechen wollen. Es gibt diverse aktuelle Themen zu denen
249 man eine Kampagne machen kann, es wird allerdings selten in Betracht ge-
250 zogen, sich auch von einer Kampagne zu verabschieden. Das Resultat ist eine
251 enorm große Kampagnendichte, welcher trotz der Kampagnenkoordinations-
252 stellen schwer gerecht zu werden ist. Zumal die Kampagnen ja auch von loka-
253 len Strukturen getragen werden müssen, welche dann unter Umständen wenige
254 Kapazitäten für ganz eigene Projekte in den jeweiligen Zeiträumen haben. Der
255 Vorstand ist bemüht, hier in Zukunft Perspektiven zu entwickeln. Die folgen-
256 den Kampagnen und Projekte führt der Verband zur Zeit durch:

257 • **Studis gegen Wohnungsnot**

258 “Studis gegen Wohnungsnot“ wurde im Sommersemester 2018 in einem großen
259 Bündnis mit Parteijugenden, studentischen Gewerkschaftsgruppen und ande-
260 ren durchgeführt und sehr positiv aufgenommen. Die Arbeit im Bündnis lief
261 danach eher schleppend, sodass die Kampagne “Lernen am Limit“ kaum als
262 Projekt des Bündnisses wahrgenommen wurde. Auch ein Positionspapier konn-
263 te nicht fertiggestellt werden, sodass der Fokus des fzs-Vorstandes auf einer

264 erfolgreichen Durchführung von Lernen-am-Limit 2019 liegt und Bündnispart-
265 ner*innen dort vor allem eingebunden werden, wenn sie auch aktiv am Projekt
266 arbeiten.

267 Im Namen des Bündnisses wurde im September eine Pressemit-
268 teilung zur aktuellen Studie zu WG-Zimmerpreisen veröffentlicht:
269 [https://www.fzs.de/2018/09/03/studentischer-dachverband-fzs-fordert-](https://www.fzs.de/2018/09/03/studentischer-dachverband-fzs-fordert-schnellen-ausbau-von-wohnheimplaetzen-und-anpassung-der-bafoeg-wohnpauschale/)
270 [schnellen-ausbau-von-wohnheimplaetzen-und-anpassung-der-bafoeg-](https://www.fzs.de/2018/09/03/studentischer-dachverband-fzs-fordert-schnellen-ausbau-von-wohnheimplaetzen-und-anpassung-der-bafoeg-wohnpauschale/)
271 [wohnpauschale/](https://www.fzs.de/2018/09/03/studentischer-dachverband-fzs-fordert-schnellen-ausbau-von-wohnheimplaetzen-und-anpassung-der-bafoeg-wohnpauschale/)

272 • **Gesellschaft*Macht*Geschlecht (gmg)**

273 Die Aktionstage Gesellschaft*Macht*Geschlecht sind nach wie vor eine sehr er-
274 folgreiche wiederkehrende Kampagne des fzs. An diversen Standorten fanden
275 die Aktionen statt. Perspektivisch kann allerdings an der Sichtbarkeit der ver-
276 schiedenen Aktionen an den dezentralen Standorten noch gearbeitet werden.
277 Die Rolle des fzs bestand vor allem darin, zu den Aktionstagen zu einem aktu-
278 ellen Anlass, in diesem Jahr Schwangerschaftsabbrüche und sexuelle Selbstbe-
279 stimmung, aufzurufen, mit den durchführenden Strukturen zu kommunizieren,
280 Informationen bereitzustellen und die lokalen Aktionen überregional zu kom-
281 munizieren.

282 • **Soy y Estoy**

283 “Soy y Estoy“ ist ein Bildungsspiel, welches der fzs aus Chile übernommen und
284 übersetzt hat. Das Spiel soll Gruppen dazu anregen, kooperativ politische Pro-
285 bleme zu bearbeiten. Das Projekt hat in den letzten Monaten materiell Form
286 angenommen, da es nun gedruckt ist. Wir haben ca. 80 Exemplare drucken
287 lassen und sind mit dem Spiel in den Vertrieb gegangen. Diverse Strukturen
288 und Einzelpersonen haben Interesse gezeigt. Zur Vermittlung werden über die
289 Projektstelle zudem Workshops zum Spiel angeboten. Über den Vertrieb des
290 Spiels hinaus steht die Fortführung des Projekts vor der Tür. Angedacht ist die
291 Übersetzung des chilenischen Kalenderprojektes “Agenda Kuir“, als ein Planer
292 für diverse Dinge, wie politischen Aktivismus.

293 • **festival contre le racisme (fclr)**

294 Das “festival contre le racisme“ wird seit vielen Jahren vom fzs und dem Bun-
295 desverband ausländischer Studierender (BAS) behandelt. Das Festival ist ein
296 dezentrales Projekt, welches Studierendenschaften vor Ort ermöglichen soll,
297 zu ähnlichen Themen in einem ähnlichen Zeitraum Veranstaltungen durchzu-
298 führen. Das kann von einzelnen Vorträgen, zu eintägigen Musikfestivals bis

299 zu längeren Veranstaltungsreihen gehen. Jedes Jahr nehmen viele Standorte
300 Teil.

301 Aktuell sucht der fzs eine neue Person für die Koordination der Kampagne.
302 Mit dem BAS sollen die weiteren Rahmenbedingungen besprochen werden, um
303 das Festival auch 2019 mit Erfolg durchzuführen und die Strukturen vor Ort
304 gut zu unterstützen.

305 Im November wurde gemeinsam mit dem StuRa Heidelberg sowie der Kam-
306 pagnenkoordinatorin ein Seminar zum fclr durchgeführt. Der Themenschwer-
307 punkt der nächsten Kampagne sowie der genaue Zeitraum werden noch mit
308 dem BAS koordiniert. Wir unterstützen euch in jedem Fall bei Fragen rund um
309 die Organisation bei euch vor Ort und können euch bald eine große Sammlung
310 an Referent*innen zur Verfügung stellen!

311 • **Never Again!**

312 Der Kampagnenzeitraum der erstmalig angelaufenen Kampagne gegen Faschis-
313 mus und autoritäre Tendenzen, Never Again, ist erst kürzlich zu Ende gegang-
314 en. Rückblickend wird der Erfolg der Kampagne als gemischt bewertet. Was
315 nicht an dem Konzept, sondern vor allem an der Umsetzung liegt.

316 Zunächst einmal war der Winterkongress als Auftaktveranstaltung ein ziem-
317 licher Erfolg. Sowohl die Vorbereitung, wie auch Nachfrage und Umsetzung
318 liefen recht einwandfrei und die Resonanz war entsprechend positiv. Die Kam-
319 pagne selber hatte jedoch ihre Schwierigkeiten. Zunächst hat sich der Zeit-
320 raum aufgrund der vorangehenden Winterferien als hürdenbehaftet erwiesen.
321 Für viele Gruppen ist es eine Herausforderung, mit dieser Pause umzugehen.
322 Zudem hat sich deutlich gezeigt, dass es keine Kontinuität in der Betreuung
323 gab, wodurch einige Strukturen, die ursprünglich Interesse an der Umsetzung
324 der Kampagne hatten, diese dann nicht durchgeführt haben. Eine Koordina-
325 tionsstelle wäre eine mögliche Antwort auf dieses Problem, verlässlichere Do-
326 kumentation und Aufbau von Kommunikationsstrukturen wären ein anderer.
327 Trotz der Schwierigkeiten haben die “Ergebnisse“ an den Standorten, an de-
328 nen die Kampagne umgesetzt worden ist, gezeigt, dass der thematische und
329 konzeptionelle Rahmen passt.

330 • **Lernen am Limit**

331 Bei der Kampagne Lernen am Limit, die sich gegen Unterfinanzierung von
332 Hochschulen, Wohnungsnot und mangelhaftes BAföG richtet, haben das Lern-
333 fabriken ... meutern!-Bündnis, Studierendenvertretungen oder hochschulpoli-

334 tisch Aktive Gruppen aus 9 verschiedenen Städten beim dezentralen Aktions-
335 tag am 14.11. mitgemacht. Es gab Vollversammlungen, Infostände, Vorträge,
336 Bettenbörsen und Protestcamps. Wir haben dazu Pressearbeit gemacht, ein
337 Layout gebastelt und die Gruppen dabei unterstützt, ihre Aktionen zu planen.
338 Insbesondere die Aktionen an der Frankfurt University of Applied Sciences
339 haben zu einer enorm hohen Presseresonanz geführt. Dort hatte auf Bestreben
340 des AStA der Kanzler der Hochschule seine Dienstwohnung für Studieren-
341 de in Wohnungsnot geöffnet. Unterstützt und getragen wurde die Kampagne
342 von Partei- und Gewerkschaftshochschulgruppen, teilweise Landesstudieren-
343 denvertretungen und Lernfabriken ...meutern! Da die Themen weiterhin ak-
344 tuell sind, möchten wir die Kampagne weiterführen und haben einen Antrag
345 zu einer neuen Aktionsphase eingebracht und einen Workshop dazu auf dieser
346 Mitgliederversammlung geplant.

347 • Europawahl

348 Gemeinsam mit dem Ausschuss Internationales arbeitet der Vorstand an einer
349 kleinen Aufklärungs- und Medienkampagne zur Europawahl. Es sollen Wahl-
350 prüfsteine zu europäischer Hochschulpolitik an die Parteien gesendet werden.
351 Die Antworten sollen u.a. für Infomaterialien aufbereitet werden. Außerdem
352 sollen von verschiedenen progressiven Organisationen Infomaterialien gesam-
353 melt werden, die an Vertretungen vor Ort als Pakete gesandt werden, um zu
354 informieren. Über das Angebot von eigenen Vorträgen zu europäischer Hoch-
355 schulpolitik in ihren Facetten wird noch beraten. Die Medienkampagne soll im
356 Rahmen der Kampagne der European Students Union stattfinden.

357 **Schwerpunktthemen**

358 • Hochschulfinanzierung

359 Nach der Mitgliederversammlung haben wir einen Positionierungsan-
360 trag zum Hochschulpakt, der zur 60. MV eingereicht und dort ver-
361 tagt wurde, zusammen mit Teilen des Ausschuss Hochschulfinanzie-
362 rung nochmal überarbeitet. Die Version, die der AS beschlossen hat,
363 gibt es hier: <https://www.fzs.de/2018/09/25/hochschulpakt-reformieren-und-verstetigen/>. Im Anschluss daran haben wir auf dem Hochschul- und
364 Wissenschaftspolitischen Blog von Jan Martin Wiarda dazu einen Arti-
365 kel veröffentlicht (<https://www.jmwiarda.de/2018/09/19/genau-zuschneiden-hei%C3%9Ft-gr%C3%B6%C3%9Fer-machen-frau-karliczek/>) und waren zu
366 dem Thema bei der GEW-follow-up-Konferenz, um gegenüber anwesenden Po-
367 litiker*innen die Meinung des fzs einzubringen.
368
369

370 Anlässlich des Antrags mehrerer Fraktionen am 18.10. im
371 Bundestag haben auch wir eine Pressemitteilung veröffent-
372 licht: [https://www.fzs.de/2018/10/18/pm-hochschulpakt-erhoehen-](https://www.fzs.de/2018/10/18/pm-hochschulpakt-erhoehen-lehrbedingungen-verbessern-studis-beteiligen/)
373 [lehrbedingungen-verbessern-studis-beteiligen/](https://www.fzs.de/2018/10/18/pm-hochschulpakt-erhoehen-lehrbedingungen-verbessern-studis-beteiligen/)

374 Zur Exzellenzstrategie haben wir eine Pressemitteilung veröffentlicht und In-
375 terviews gegeben; auch zu Drittmittelfinanzierung gab es Presseanfragen. Es
376 gab Bestrebungen, unterstützt vom Vorstand, die Studierendenschaften der
377 Hochschulen, die am Wettbewerb zur Exzellenzuniversität teilnehmen, zu Ak-
378 tionen bei den Begehungen zu koordinieren. Mangels Rückmeldungen von Sei-
379 ten der lokalen Vertretungen ist daraus aber bisher leider nichts geworden.

380 Den Qualitätspakt Lehre haben wir auch unter dem Aspekt der Hochschulfi-
381 nanzierung thematisiert, genaueres dazu aber im Unterpunkt 'Lehre' im Be-
382 richt weiter unten.

383 **Sozialpolitik**

384 • **BAföG**

385 Neben der abgegebenen Stellungnahme und Teilnahme an der Erörterung
386 des Entwurfes lag ein Schwerpunkt auf der Arbeit im BAföG-Bündnis. Dar-
387 über hinaus haben wir Pressearbeit zum Thema gemacht und auch mit
388 den Student*innenvertretungen auf Landesebene eine gemeinsame Mitteilung
389 herausgegeben. Im bisherigen Verfahren waren Gewerkschaften und Schü-
390 ler*innenvertretungen nicht beteiligt. Der Entwurf beruht im Wesentlichen
391 auf den Eckpunkten, die 2018 vorgestellt wurden und lässt in Summe keine
392 Trendwende erkennen. Wir haben gegenüber dem Ministerium eine breitere
393 Beteiligung eingefordert und auch die Forderungen des Bundesverbandes der
394 Medizinstudierenden in Deutschland (bvmd) eingebracht. In einem Treffen mit
395 einem Mitglied des BAföG-Beirates haben wir uns über Arbeit und Perspek-
396 tiven des Beirats ausgetauscht.

397 • **Wohnraum**

398 Nicht nur im engeren Rahmen der Lernen-am-Limit-Kampagne haben wir uns
399 mit dem Thema Wohnraum beschäftigt. Wir haben einen Workshop beim
400 Mietpolitischen Ratschlag der Linksfraktion gemacht, waren bei Podiumsdis-
401 kussionen und bei der Pressekonferenz zum Wohngipfel in Berlin, um die stu-
402 dentischen Belange hinsichtlich dieses Themas einzubringen. Wir haben die
403 Forderung nach studentischem Wohnraum stark gemacht, ebenso wie die Not-
404 wendigkeit von mehr Studierendenwohnheimen, Mittel für Sanierung und dem

405 Ausbau des sozialen Wohnungsbaus. Die Abgeordneten haben nach dem Ge-
406 spräch erklärt, die studentische Wohnungsnot als wichtiges Handlungsfeld er-
407 kannt (teilweise neu entdeckt) zu haben und dran bleiben zu wollen. Wir waren
408 auch zu einem Gespräch mit SPD-Abgeordneten und lokalen Wohnraumbünd-
409 nissen, vor allem Juso-HSG-Mitgliedern, eingeladen und haben dort unsere
410 Position vorgebracht, diese Gespräche sollen fortgesetzt werden. Auch in Bei-
411 trägen bei Demonstrationen haben wir die Problematik thematisiert.

412 Bei der Tagung “Bitte warten, Sie werden platziert“ der Rosa-Luxemburg-
413 Stiftung haben wir einen Workshop zu Ungleichheiten an Hochschulen gege-
414 ben.

415 Beim Stakeholder-Workshop zum Thema Studierendenbefragungen waren wir
416 auch beteiligt. Aktuell gibt es viele Befragungen, die sich an Student*innen
417 richten. Die für uns wichtigste ist sicherlich die Sozialerhebung. Bei dem vom
418 DSW und BMBF initiierten Workshop wurden Überlegungen vorgestellt, Da-
419 ten für verschiedene Befragungen künftig zusammen zu erheben. Möglicherwei-
420 se würde das etwas am Erhebungszeitraum der Sozialerhebung ändern. Wir ha-
421 ben uns dafür stark gemacht, dass der aktuelle Rhythmus beibehalten wird.

422 • Digitalisierung

423 Vielerorts wird über Digitalisierung von Hochschulen gesprochen ohne sich
424 dabei zu vergegenwärtigen, welche Grundsätze und konkreten Ziele damit zu
425 verbinden sind. Auch wir haben uns als Verband mit dem Seminar zu Digitali-
426 sierung an Hochschulen erst auf den Weg gemacht, eine Position zu erarbeiten.
427 Doch auch jetzt schon sind wir mit wichtigen Akteur*innen über unsere Zusam-
428 menarbeit mit dem Hochschulforum Digitalisierung gut vernetzt und können
429 Meinungsbildungsprozesse mitgestalten.

430 Im Zuge dessen nahmen wir auch am Verbändegespräch “Medienkompetenz in
431 Zeiten von Fake News und Algorithmen“ teil. Trotz des ursprünglichen Fokus
432 auf Verbraucher*innenschutz, konnten wir vertreten, dass eine gute Bildung
433 bedingt, sich nicht nur mit den technischen Bedingungen von Digitalisierungs-
434 prozessen zu beschäftigen, sondern vor allem auch mit den gesellschaftlichen
435 Prozessen dahinter. Bildung muss dazu befähigen, die Welt zu begreifen und
436 kritisch zu hinterfragen.

437 Außerdem haben wir an der Jahrestagung der Gesellschaft für Medien in der
438 Wissenschaft e.V. zusammen mit der ELEARN.NRW und dem BMBF-Projekt
439 “Bildungsgerechtigkeit im Fokus“ teilgenommen, Kontakte geknüpft und eine
440 studentische Perspektive eingebracht.

441 • **Antisemitismus**

442 Zum Thema Antisemitismus wurde vor allem im Rahmen der Kampagne Never
443 Again gearbeitet. Der Winterkongress als dazugehörige Auftaktveranstaltung
444 hatte den Schwerpunkt 'Antisemitismus an Hochschulen'. Durch den Kongress
445 haben wir Kontakt zu diversen Gruppen, die einen Fokus auf dem Thema An-
446 tisemitismus legen, so zum Beispiel verschiedene Gruppen des Jungen Forums
447 der Deutsch-Israelischen Gesellschaft (Jufo-DIG), aber auch zur jüdischen Stu-
448 dierendenunion (JSUD), mit der es im vorhinein bereits ein Antrittstreffen gab.
449 Diese Zusammenarbeit sollte in Zukunft gestärkt werden, was sich aktuell z.B.
450 durch die gemeinsame bereits stattfindende Planung einer Konferenz mit dem
451 Jufo Frankfurt ausdrückt.

452 Außerdem waren wir im Dezember auf dem Kongress der Österreichischen
453 Hochschul_innenschaft geladen, wo wir am Podium unter dem Titel "con-
454 fronting antisemitism" teilnahmen. Darüber hinaus haben wir im Rahmen der
455 ESU-Mitgliederversammlung eine Position zu Antisemitismus durchgebracht,
456 welche unter anderem die Anwendung der IHRA Definition innerhalb ESUs
457 beinhaltet, dazu haben wir mit der Israelischen Student Union [NUIS] zusam-
458 men gearbeitet.

459 • **Antifaschismus**

460 Zu Antifaschismus und autoritären Tendenzen haben wir in diesem Jahr
461 das erste Mal die Kampagne Never Again! gemacht, welche wir in je-
462 dem Fall fortführen möchten. Darüber hinaus haben wir den Themenkom-
463 plex Hochschulen bzw. Studierendenschaften und Erinnerungspolitik und
464 Studierende im NS bearbeitet. Dazu gab es mehrere Gespräche mit Ra-
465 dios. Zudem war ein Vorstandsmitglied bei der Eröffnung der Ausstel-
466 lung zur Weißen Rose in Wiesbaden und hat ein Grußwort gehalten.
467 <https://www.fzs.de/2018/11/13/grusswort-zur-ausstellung-weise-rose/>

468 Des weiteren mussten wir uns an unterschiedlichen Stellen mit der AfD aus-
469 einandersetzen. Dass die AfD Fraktionen in Landtagen immer stärker werden,
470 macht sich nämlich an vielen Hochschulen und vor allem auch in den Studie-
471 rendenschaften bemerkbar. Es gibt nach wie vor das Bestreben, hierzu mehr
472 zu arbeiten und ggf. einen Flyer zu erarbeiten, der Studierendenschaften einen
473 Überblick verschafft dazu, wie sie z.B. mit Anfragen von AfD Fraktionen um-
474 gehen können. Außerdem mussten wir uns mit der AfD Meldeplattform "mein
475 Prof hetzt" auseinandersetzen und haben öffentlich dazu gesprochen, dass diese
476 Form der Diffamierung kritischer Lehrpersonen ein nicht zu duldender Schritt
477 ist. Im Zuge der Auseinandersetzung welche der RefRat Berlin mit der AfD und

478 mit ihrer Hochschulleitung hatte, haben wir uns mit dem RefRat solidarisiert
479 und uns für die Autonomie von Studierendenschaften ausgesprochen.

480 • **Feminismus**

481 Da wir Feminismus als Querschnittsthema denken, fließt es eigentlich stets
482 und häufig an nicht klar zu benennenden Stellen in unsere Arbeit als Ganze
483 ein, beispielsweise wenn wir Gespräche über prekäre Arbeitsbedingungen oder
484 Studienfinanzierung führen. Darüber hinaus werden in diesem Bericht unter
485 Kampagnen und Projekte unsere Arbeit zu dem Projekt Soy y Estoy sowie
486 zur Kampagne Gesellschaft*Macht*Geschlecht dargelegt. Beide sind zentraler
487 Bestandteil der feministischen Arbeit des fzs. Im Rahmen von GMG haben wir
488 einigen Strukturen finanziell unter die Arme gegriffen, da ansonsten eine Um-
489 setzung der Kampagne an den entsprechenden Orten nicht möglich gewesen
490 wäre. Im September ist der fzs zudem dem Bündnis für sexuelle Selbstbestim-
491 mung beigetreten, was wir als wichtigen Schritt empfunden haben, um sich
492 mit verschiedenen feministischen Gruppen und Akteuren zu vernetzen. Das
493 haben wir auch an anderen Stellen, z.B. über ein Vernetzungstreffen mit der
494 Bundeskonferenz der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten an Hochschulen
495 (bukof). Die Arbeit zum Themenkomplex Mutterschutz wird an anderer Stellen
496 noch erläutert, ist aber ebenfalls Teil der feministischen Arbeit des Verbandes
497 in Gremien.

498 • **Lehre**

499 Zum Themenkomplex Lehre haben wir verschiedene Veranstaltung wichtiger
500 Akteure besucht und uns dort vernetzt bzw. nach Möglichkeit Inhalte ein-
501 gebracht und studentische Perspektiven vertreten. So waren wir Ende Ok-
502 tober auf der Konferenz des Stifterverbands für die deutsche Wissenschaft
503 „Wie frei soll und kann die Lehre sein?“. Zudem waren wir auf der HRK-
504 nexus-Tagung „Qualitätsgesicherte Praktika im Studium. Chancen für 'Em-
505 ployability' und Kompetenzerwerb“, wo Kevin an einer Podiumsdiskussion
506 über Pflichtpraktika, Praktika-Vermittlung, curriculare Einbindung und Hür-
507 den dabei, teilnahm. Des weiteren waren zwei Vorstandsmitglieder gemeinsam
508 mit einem Mitglied des Ausschusses Studienreform auf der HRK-nexus Ta-
509 gung „Die Studieneingangsphase im Umbruch. Von der Vielfalt an Angebo-
510 ten zu einem Modell?“ in Hamburg und haben den „Studentischen Kommen-
511 tar“ in zwei Foren gestaltet. Auch auf der Fachtagung „Qualitätspakt Leh-
512 re“ in Regensburg waren wir präsent. Bei der Quadriga-Debatte zum Quali-
513 tätspakt Lehre (QPL) konnte Marcus zudem auf einem hochkarätig besetzt-
514 ten Podium unsere Forderung nach mehr Grundmitteln und einer stärkeren

515 studentischen Einbeziehung stark machen. Mit viel positiver Resonanz und
516 daraus resultierenden Einladungen, zum Beispiel zum Arbeitskreis Hochschul-
517 lehre der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft. Außerdem waren wir
518 bei einer Anhörung der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz zur Fortfüh-
519 rung des Qualitätspakts Lehre und haben dort dafür plädiert, dass gute Leh-
520 re von unbefristeten, planbaren Arbeitsverhältnissen lebt und unbedingt zu-
521 sätzliche Förderung auch vom Bund benötigt. Insgesamt haben wir bei allen
522 Gelegenheiten und Gesprächen versucht die Wichtigkeit von guten Arbeits-
523 bedingungen für gute Lehre betont. In einem vielbeachteten Interview ha-
524 ben Kevin sowie Jan aus dem Ausschuss Hochschulfinanzierung die Position
525 des fzs zum Qualitätspakt Lehre und zur Lehrqualität im Allgemeinen auf
526 den Punkt gebracht: [https://www.jmwiarda.de/2018/11/21/verantwortung-
527 %C3%BCbernehmen/](https://www.jmwiarda.de/2018/11/21/verantwortung-%C3%BCbernehmen/)

528 • **Arbeitsbedingungen**

529 Arbeitsbedingungen an Hochschulen sind für die meisten Angestellten schlecht
530 bis katastrophal. Die Konsequenzen sind eine starke Belastung und Unsicher-
531 heit für die Betroffenen. Darüber hinaus wirkt sich diese Situation jedoch auf
532 die gesamte Situation an Hochschulen aus. Von der Qualität der Lehre bis zu
533 dem Funktionieren demokratischer Strukturen an Hochschulen. Entsprechend
534 haben wir uns in verschiedenen Formen mit diesem Missstand beschäftigt und
535 planen es im nächsten Semester noch intensiver zu tun. Es gab Vernetzung
536 mit verschiedenen Gewerkschaften und vor allem mit deren Jugendgruppen.
537 Außerdem gab es ein Vernetzungstreffen mit dem “Netzwerk für Gute Arbeit
538 in der Wissenschaft“, das sich gerade noch in der Gründung befindet, aber ver-
539 sucht, eine mit dem fzs vergleichbare Struktur zur Vertretung des Mittelbaus
540 zu werden. Nach Möglichkeit werden wir versuchen diesen Prozess zu unter-
541 stützen, da eine starke und progressive Stimme des Mittelbaus wichtig für den
542 Kampf gegen prekäre Arbeit an Hochschulen ist.

543 In den letzten Wochen haben wir vermehrt begonnen zu Arbeitsbedingungen
544 von studentischen Beschäftigten zu arbeiten. Es gibt zunehmend Bestrebungen
545 von lokalen Gruppen oder Landesverbänden zu versuchen TVStud “bei sich“
546 zu etablieren. Diesen Kampf möchten wir gerne unterstützen und mitgestalten.
547 Entsprechend visieren wir an, in den nächsten Monaten zwei Veranstaltungen
548 zu den Themen zu machen bzw. und an ihnen zu beteiligen, in der Hoffnung,
549 dass diese dann auch als Vernetzungstreffen der verschiedenen lokalen Akteure
550 wahrgenommen werden.

551 **Gremien**

552 • **Ausschuss für Mutterschutz**

553 Auf den Sitzungen des Ausschuss für Mutterschutz beim Familienministeri-
554 um wurden bisher die Themen und die Struktur des Ausschusses festgelegt.
555 Mutterschutz an Hochschulen wird ein eigener Themenbereich sein. Für Un-
556 terausschüsse und Arbeitskreise haben wir mehrere Personen vorgeschlagen,
557 Aktive aus dem Ausschuss Sozialpolitik, Vertreter*innen des Bundesverbands
558 Medizinstudierenden in Deutschland und der Bundeskonferenz der Frauen-
559 und Gleichstellungsbeauftragten an Hochschulen.

560 • **Kuratorium des Deutschen Studentenwerks (sic!)**

561 Auf der Sitzung im Oktober wurden die aktuelle Kampagne 'Kopf braucht
562 Dach', eine Kampagne zum Abbau vor Angst vor Verschuldung durch BAföG,
563 die Studie 'beeinträchtigt studieren' (best) 2 besprochen und die Ergebnisse der
564 Sozialerhebung in Bezug auf internationale Student*innen vorgestellt. Isabel
565 ist zur stellvertretenden Vorsitzenden des Kuratoriums gewählt worden. In
566 dieser Funktion hat sie auch im Dezember auf der Mitgliederversammlung des
567 DSW den Bericht aus dem Kuratorium gehalten und in diesem Zuge nochmal
568 auf die Kritik an der BAföG-Kampagne hingewiesen sowie das Gendern des
569 Namens angeregt. Außerdem war Isabel als studentisches Kuratoriumsmitglied
570 auch auf der Sitzung des Studierendenrats des DSW im September und hat
571 dort an den Positionen zum BAföG mitgearbeitet. Wir hoffen, dass wir mit
572 dem DSW-Studierendenrat auch in Zukunft gut zusammenarbeiten können,
573 insbesondere bei der Kampagne 'Lernen am Limit', und werden weiter Kontakt
574 halten.

575 • **National Bologna Follow-up Group (NBFUG / AG Bologna)**

576 In der Bologna Follow-up Group auf nationaler Ebene ist der fzs durch Kevin
577 und Ronja vertreten. Weitere Mitglieder sind der Bund deutscher Arbeitgeber-
578 verbände, die Hochschulrektorenkonferenz, der Akkreditierungsrat, der DAAD,
579 Landesministerien, das BMBF, das DSW sowie die Kultusministerkonferenz.

580 Auf der bisherigen Sitzung wurde von der vergangenen Bologna-Konferenz so-
581 wie über die Struktur der Bologna Follow-up Group (BFUG) auf Ebene des
582 europäischen Hochschulraums (EHEA – European Higher Education Area)
583 berichtet. Schon vor der Sitzung wurde Ronja für den fzs in eine internationa-
584 le "Advisory Group" zum Thema Soziale Dimension im Bologna-Prozess als
585 Vertreterin von Deutschland benannt. Weiterhin haben der fzs und die HRK
586 Interesse daran bekundet, in der Arbeitsgruppe zu "Teaching and Learning"
587 mitzuwirken. Auch wurde die nationale Bologna-Konferenz am 26. November

588 vorbesprochen. Auf dieser Konferenz hat Kevin einen Workshop gemeinsam
589 mit dem DSW zum Thema Soziale Dimension gegeben, Ronja war auf dem
590 Abschlusspodium vertreten. Auf der Konferenz wurden wir vom Tagesspie-
591 gel und dem Deutschlandfunk interviewt und haben viele Gelegenheiten für
592 Hintergrundgespräche und Vernetzung genutzt.

593 • **AK DQR**

594 Der “Arbeitskreis Deutscher Qualifikationsrahmen“ nimmt die Zuordnung zu
595 Qualifikationsniveaus vor, dies geschieht aktuell vornehmlich im Bereich der
596 beruflichen Bildung. Marcus nahm für uns an den Sitzungen teil und bereitete
597 die Fusion mit der IHK vor.

598 • **Bildung für Nachhaltige Entwicklung: Fachforum Hochschule**

599 Im Fachforum Hochschule sind wir vom kooptierten zum ordentlichen Mitglied
600 geworden. Die Arbeit soll auch über 2019 hinaus fortgesetzt werden. Beim
601 letzten Treffen ging es schwerpunktmäßig um eine Wissenschaftsplattform und
602 die Planung für 2019. Im März werden sich die studentischen Mitwirkenden
603 treffen, um die weitere Arbeit zu planen.

604 • **Hochschulwatch**

605 Das Projekt Hochschulwatch, das als Kooperation von Transparency Interna-
606 tional Deutschland, dem fzs und der taz begann, soll unter Federführung von
607 Transparency International fortgesetzt werden. Bezüglich der Einbindung des
608 fzs gab es einige intensive Gespräche. Letztlich ist der fzs nun im Beirat des
609 Projektes gemeinsam mit der taz, dem Stifterverband für die deutsche Wis-
610 senschaft, der Wikimedia Foundation und weiteren Personen vertreten und
611 hat dort auf einer ersten Sitzung an der Planung der Neuauflage mitgewirkt.
612 Der fzs wird weiterhin Kapazitäten für Hochschulwatch aufwenden, etwa durch
613 Arbeit in der Geschäftsstelle. Zum weiteren Ablauf steht der fzs auch auf Ar-
614 beitsebene in Kontakt mit Transparency International.

615 • **Dialogforum Lizenzierungsplattform**

616 Nach der Reform des Urheber*innengesetzes wurde vom Bundesjustizministe-
617 rium ein Dialogforum eingerichtet, um die angedachte Lizenzierungsplattform,
618 die den Zugang zu Daten und Texten ermöglichen soll, zu konzeptionieren.
619 Dazu gab es einen Auftakttermin sowie zwei Termine bei Stakeholdern. Dazu

620 wurde einerseits mit Forscher*innen und Open-Access-Befürwortern in Regens-
621 burg gesprochen und andererseits wurden zwei Wissenschaftsverlage in Wein-
622 heim besichtigt, um die dortigen Arbeitsprozesse und Interessen zu betrach-
623 ten. Beim Dialogforum vertritt der fzs die studentische Position, während auch
624 etlicher Wissenschaftsverlage, die VG Wort, Landespolitiker*innen sowie die
625 Bundesministerien für Justiz und Bildung beteiligt sind. Über die Ausrichtung
626 eines eigenen Termins für die studentische Perspektive wird noch beraten.

627 • Internationales

628 Zum 20 jährigen Jubiläum der Bologna-Prozesse war die Arbeit dazu für den
629 Vorstand sehr wichtig. Der fzs ist in verschiedenen Gremien vertreten und
630 hat sich hier aktiv eingebracht. So zum Beispiel in der Nationalen Bologna
631 Follow Up Group (NBFUG) und darüber nun auch in der Advisory Group
632 zur Sozialen Dimension der BFUG. Für die Arbeit in diesen Gremien ist der
633 Kontakt und die Zusammenarbeit mit der European Student Union (ESU)
634 sehr wichtig, da wir hier teilweise Informationen sehr zügig bekommen und zu
635 den richtigen Zeitpunkten im fzs auf Themen hinweisen können. Entsprechend
636 ist zu den letzten beiden Treffen auch ein Mitglied des Vorstands mitgefahren.
637 Siehe hierzu die Berichte der Delegationen zum Board Meeting (BM) und zur
638 European Students‘ Convention (ESC).

639 Die Zusammenarbeit mit ESU funktioniert, vor allem auch dank eines aktiven
640 Ausschuss Internationales, sehr gut, was den Stand des fzs im Verband verbes-
641 sert. Das erleichtert, progressive Positionen innerhalb von ESU durchzusetzen.
642 Über die Arbeit mit studentischen Vertreter*innen in ESU hinaus haben wir
643 einen guten Kontakt zu kosovarischen Student Union, die am ersten Februar-
644 wochenende für einen “Study Visit“ nach Berlin und Frankfurt fährt, um sich
645 mit dem fzs und der IG Metall auszutauschen.

646 Die EU-Kommission hat sich mit verschiedenen Stakeholdern im Bildungssys-
647 tem besprochen um ihren Monitoring-Report zu erstellen. Wir haben dabei
648 mit der Vertreterin über die soziale Dimension im Studium, über Durchlässig-
649 keit und Chancengleichheit im Bildungssystem sowie über Mitbestimmung-
650 möglichkeiten gesprochen, um unsere Positionen für die Berichterstattung der
651 Länderanalystin stark zu machen.

652 Gespräche mit Politiker*innen und Verbänden

653 Mit Ausnahme von Abgeordneten der AfD haben wir Angehörigen aller Frak-
654 tionen Gesprächseinladungen geschickt. Mit der FDP kamen noch keine Ter-
655 mine zustande, mit der CDU befinden wir uns ebenfalls noch in der Koordi-

656 nation. Mit der SPD gab es bisher im Rahmen eines Expert*innen- und Pres-
657 segesprächs der AG Bildung der SPD-Bundestagsfraktion zu studentischem
658 Wohnen, zu dem wir als Expert*in eingeladen waren, einen Austausch, der
659 an anderer Stelle noch fortgesetzt werden soll. Darüber hinaus fanden bisher
660 folgende Gespräche mit Fachpolitiker*innen statt:

- 661 • Treffen mit Gesine Löttsch (Die LINKE)
 - 662 – Wir haben bewusst auch Haushaltspolitiker*innen angefragt und
 - 663 uns entsprechend mit Gesine Löttsch über die Themen Studienfi-
 - 664 nanzierung, Hochschulfinanzierung und Wohnen ausgetauscht.
- 665 • Treffen mit Kai Gehring (Bündnis90/Die Grünen)
 - 666 – Mit Kai Gehring haben wir uns zu verschiedenen hochschulpoliti-
 - 667 schen Themen ausgetauscht, im Anschluss daran wurde die Zusam-
 - 668 menarbeit insbesondere im Bereich BAföG fortgesetzt.
- 669 • Treffen mit Katrin Staffler (CSU)
 - 670 – Mit Katrin Staffler hatten wir einen sehr guten Austausch zu stu-
 - 671 dentischer Wohnungsnot, der Fortschreibung der Hochschulpakete
 - 672 und europäischer Hochschulpolitik. Wir haben vereinbart, insbe-
 - 673 sondere zu Wohnungspolitik in Kontakt zu bleiben.
- 674 • Treffen mit Nicole Gohlke (Die LINKE)
 - 675 – Mit Nicole Gohlke hatten wir ein produktives und informatives Ge-
 - 676 spräch, im Anschluss daran wurden wir auch zu einem gemeinsa-
 - 677 men Termin mit dem für Wissenschaftskooperationen zuständigen
 - 678 Regionalbüro der Rosa-Luxemburg-Stiftung Tunesien eingeladen.
- 679 • Treffen mit Peter Greisler und Frank Petrikowski vom BMBF
 - 680 – Im Dezember hatten wir ein gutes Treffen mit dem Ministerialdi-
 - 681 rигentен Peter Greisler und dem BMBF-Mitarbeiter Frank Petri-
 - 682 kowsky, bei dem wir die zentralen hochschulpolitischen Entwicklun-
 - 683 gen durchgesprochen haben. Der Fokus lag auf dem BAföG, Woh-
 - 684 nungsnot und Hochschulfinanzierung. Ansonsten wurde auch über
 - 685 den Bolognaprozess und Digitalisierung gesprochen. Im Nachgang
 - 686 zu dem Treffen gab es noch einen Termin zu den European Uni-
 - 687 versity Networks mit Frank Petriowski, der für den Themenbereich
 - 688 zuständig ist, welches durchaus informativ und sinnvoll war.

689 **Kontakt zu Verbänden**

- 690 ● Mit dem BdWi (Bund demokratischer Wissenschaftler*innen) haben wir
691 Kontakt aufgenommen und ein Treffen am 20.2. vereinbart. Es soll darum
692 gehen, potentiell ein Seminar zum Thema Demokratisierung der Hoch-
693 schule zu planen sowie aktualisierte Untersuchungen zur Neuen Rech-
694 ten und Wissenschaft herauszugeben. Insgesamt soll die Zusammenarbeit
695 wieder intensiviert werden.

- 696 ● Achim Meyer auf der Heyde (Generalsekretär DSW): Die zentralen The-
697 men studentisches Wohnen und Studienfinanzierung haben das DSW und
698 wir gemeinsam. Beim Gespräch haben wir uns über Details unserer Posi-
699 tionen ausgetauscht und vereinbart, dass wir im Rahmen von Kampagnen
700 stärker aufeinander verweisen und unterstützen möchten.

- 701 ● Treffen mit Bukof: Mit der Bundeskonferenz der Frauen- und Gleichstel-
702 lungsbeauftragten an Hochschulen haben wir uns über die Thematisie-
703 rung von Gewalt gegen Frauen sowie die Implementierung der dritten
704 Geschlechtsoption im Personenstand an Hochschulen unterhalten und
705 über Zusammenarbeit zum Thema Mutterschutz und im Ausschuss für
706 Mutterschutz unterhalten.

- 707 ● Mit dem deutschen Bundesjugendring (DBJR) haben wir uns über die
708 Stärkung des Ehrenamtes unterhalten und weitere Zusammenarbeit,
709 bspw. zum BAföG, besprochen.

- 710 ● Mit der Präsidentin der Jüdischen Studierendenunion (JSUD) haben wir
711 über die Arbeitsweise der JSUD gesprochen und den Grundstein für die
712 weitere Kooperation, zum Beispiel für den Winterkongress, gelegt. Ein
713 wichtiger Punkt war, jüdisches Leben nicht nur im Kontext von Antise-
714 mitismus zu behandeln, was wir auch gerne in unsere Aufklärungsarbeit
715 aufnehmen.

- 716 ● Brot für die Welt hat den fzs angesprochen, um an der Kampagne für
717 Kinderrechte, "100 Million", als Jugendpartner mitzuwirken. Es gab ei-
718 nigen Austausch dazu, ein Gespräch zwischen Brot für die Welt, anderen
719 Verbänden (u.a. der GEW) und Politiker*innen wie dem Entwicklungs-
720 minister Gerd Müller, konnte wegen Krankheit leider nicht wahrgenom-
721 men werden. Der AS hat im Januar entschieden, dass der fzs nicht offi-
722 zieller Partner der Kampagne werden soll.

- 723 • Beim Projekt nexus der Hochschulrektorenkonferenz (sic!) waren wir als
724 Referent*innen bzw. Podiumsteilnehmer*innen auf zwei Tagungen gela-
725 den, eine zum Thema Pflichtpraktika im Studium und eine andere zu
726 Studieneingangsphasen.

727 **Kontakt zu Partei-Hochschulgruppen und Gewerkschaften**

728 Neben Politiker*innen haben wir auch Parteijugenden und insbesondere die
729 Hochschulgruppen auf Bundesebene angefragt. Ein Termin mit dem Ring
730 Christlich-Demokratischer Studenten (sic!) findet im Februar statt, mit den Li-
731 beralen Hochschulgruppen (LHG) wird noch koordiniert. Beim SDS-Kongress
732 zu 50 Jahren 68er-Aufstand im November waren wir auf einer Podiumsdis-
733 kussion vertreten. Wir hatten außerdem einen Kennlerntermin mit einem
734 Vorstandsmitglied der Grünen Jugend. Mit dem Bundesvorstand der Juso-
735 Hochschulgruppen haben wir uns über gemeinsame Inhalte sowie gemeinsame
736 Positionen in unseren Gremien ausgetauscht, genau wie über Bildungsarbeit
737 sowie die Arbeit der Juso-HSG-Basisgruppen in ihren Studierendenschaften.
738 Mit dem Bundesvorstand von Campusgrün haben wir uns ebenfalls über Bil-
739 dungsarbeit und gemeinsame Bündnisse unterhalten, genau wie über die an-
740 stehende Lernen-am-Limit-Kampagne und die Informationskampagne des fzs
741 zur Europawahl. Insbesondere mit den Juso-HSGen und Campusgrün arbei-
742 ten wir ständig in Gremien wie dem DSW-Kuratorium oder in Bündnissen wie
743 dem BAföG-Bündnis zusammen.

744 Auch mit den Gewerkschaften, vor allem mit GEW, Ver.di und sind wir über
745 Bündnisse und Gremien in regelmäßigem Austausch und arbeiten an verschie-
746 denen Stellen, wie in diesem Bericht benannt zusammen.

747 Weitere Treffen mit verschiedenen Akteur*innen sind in Planung, daneben
748 findet regelmäßiger Austausch auch bei gemeinsamen Gremien- oder Tagungs-
749 terminen statt.

750 **Geschäftsstelle & Personal**

751 Der Mietvertrag der fzs-Geschäftsstelle in Berlin wurde zum neuen Jahr um
752 fünf Jahre verlängert, leider inklusive einer Mieterhöhung. Darüber hinaus ha-
753 ben wir Aufräumarbeiten vorgenommen und die Geschäftsstelle mit teilweise
754 neuem Mobiliar ausgestattet. Dazu gehören auch Whiteboards, neue Küchen-
755 ausstattung, um die Küche hygienischer zu gestalten und neue Mülleimer. Au-
756 ßerdem wurde recht radikal ausgemistet um bspw. altes Material loszuwerden
757 und mehr Platz in der Geschäftsstelle zu schaffen.

758 Die Koordinationsstelle für das festival contre le racisme wurde neu ausge-
759 schrieben, da die vorherige Koordinatorin aufgehört hat. Bis zur Mitglieder-
760 versammlung ist hoffentlich eine neue Besetzung gefunden.

761 Mit den Mitarbeiter*innen der Geschäftsstelle finden regelmäßige Teammee-
762 tings statt, um über größere Vorhaben und die gemeinsame Arbeit und Ar-
763 beitsverteilung zu sprechen. Perspektivisch ist vorgesehen, die Arbeitsstruktur
764 in der Geschäftsstelle ein wenig umzustrukturieren und alltägliche, wieder-
765 kehrende Aufgaben, die aktuell vor allem beim Vorstand liegen, mehr in der
766 Geschäftsstelle zu verankern.

767 Insgesamt lässt sich sagen, dass ohne die festangestellten Mitarbeiter*innen
768 der Geschäftsstelle unsere Arbeit nicht möglich gewesen wäre. Wir danken für
769 die Koordinierungs- und Erinnerungsarbeit, Unterstützung in allen möglichen
770 anfallenden Aufgaben, das in bürokratischer Hinsicht den Rückenfreihalten
771 und den wertschätzenden Umgang miteinander.

772 **Presse- und Öffentlichkeitsarbeit**

773 Neben Pressemitteilungen haben wir auch zahlreiche Interviews gegeben,
774 von denen besonders unsere Initiative zum Gespräch über den Quali-
775 tätspakt Lehre mit Jan-Martin Wiarda zu nennen ist, die viel rezi-
776 piert wurde und in der Hochschullandschaft einen wichtigen Debattenbei-
777 trag darstellte, an den wir auch bei Podiumsdiskussionen und Tagungen
778 anknüpfen konnten (<https://www.jmwiarda.de/2018/11/21/verantwortung-%C3%BCbernehmen/>). Auch Gastbeiträge konnten wir verfassen. Ferner ge-
779 lang es uns, durch Hintergrundgespräche mit Abgeordneten Informationen
780 frühzeitig mit einer Pressemitteilung kommentieren zu können, um dort Be-
781 rücksichtigung zu finden. Auch am Rande zentraler Ereignisse, die Stu-
782 dent*innen massiv betreffen, ohne dass sie als Akteur*innen im Mittelpunkt
783 stehen, wie dem Mietgipfel der Bundesregierung, waren wir vor Ort, um
784 sichtbar zu sein und Statements abzugeben. Pressemitteilungen haben wir
785 im Einzelnen zu BAföG, zu "Lernen am Limit", zur möglichen Einschrän-
786 kung hessischer Student*innenschaften, zu Perspektiven der Verfassten Stu-
787 dent*innenschaft in Bayern, zum Hochschulpakt, zu Europäischen Hochschu-
788 len, zur Exzellenzstrategie, zur Lehrenden-Denunziationsplattform der AfD so-
789 wie zum Wohngipfel herausgegeben.

791 Wir haben außerdem mehrere Newsletter für fzs-Aktive und Studierenden-
792 schaften herausgegeben, in welchen über aktuelle Themen, die Vorstandsar-
793 beit sowie die Arbeit der Ausschüsse berichtet wird. Außerdem haben wir ein

794 Konzept für eine Öffentlichkeitsstelle entworfen, welche im Entwurf für den
795 Nachtragshaushalt enthalten ist.

796 Es wurden Instagram, Twitter und Facebook bespielt. Auf allen Kanälen gab es
797 deutliche Reichweitenzuwächse, insbesondere bei Twitter und Facebook haben
798 wir daran insbesondere dadurch gearbeitet, dass wir bewusst viel kommentiert
799 haben. So haben wir häufig mit pointierten Statements unter den Beiträgen von
800 großen Medien kommentiert, um so Sichtbarkeit für studentische Positionen zu
801 erhöhen.

802 **Pressespiegel**

803 Einen Eindruck unserer Presseresonanz könnt ihr unter <https://www.fzs.de/?p=5807>
804 gewinnen, da die Auflistung das Ausmaß der
805 Unterlagen unnötig ausdehnen würde.

AntragstellerInnen

Vorstand

61-5-3-So

AntragstellerInnen: Ausschuss Sozialpolitik

Gegenstand: TOP 5: Berichte

Bericht des Ausschuss Sozialpolitik

1. Arbeitsweise

Der Ausschuss hat Janek Heß und Konstantin Korn kooptiert. Außerdem wurde Janek Heß in den Ausschuss Internationales entsandt.

Da der Ausschuss Sozialpolitik mit 12 Mitgliedern gut besetzt ist und es bei diesen vielen Mitgliedern viele unterschiedliche Interessenschwerpunkte gibt, haben wir auf unserer ersten und bis zur Verschiebung einzigen Sitzung eine Arbeitsweise erarbeitet. Es gibt ausschussinterne Arbeitsgruppen zu thematischen Schwerpunkten, die ihre Arbeit und Fortschritte an den gesamten Ausschuss rückkoppeln. Dadurch können die Ausschussmitglieder nach ihren Interessen arbeiten und das große Feld der Sozialpolitik kann trotzdem in einigen Teilen abgedeckt werden. Idee dieser Arbeitsweise war es außerdem eine Partizipation an bestimmten Themen zu erleichtern. Ein Kurzbericht mit der Information über die eingerichteten Arbeitsgruppen wurde verschickt.

Da bei dieser Arbeitsweise ein kontinuierlicher Austausch vonnöten ist, hat der Ausschuss regelmäßig (i.d.R. alle zwei Wochen) telefoniert und dort auch Inhalte besprochen.

Sitzungen fanden bis zur MV folgende statt: Konstituierende Sitzung: 7. bis 9. September 2018 in Landau, 2. Sitzung: 19. bis 21. Oktober 2018 in Freiburg, 3. Sitzung: 22. Bis 24. Februar 2019 in Landau

2. Themenschwerpunkte

2.1 BAföG

22 Die zu erwartenden Änderungen und die Diskussionen darum haben wir ver-
23 folgt. Daraufhin wurde der Antrag zum BAföG, der auf der letzten Mitglie-
24 derversammlung nicht abgestimmt wurde, aktualisiert und verändert. Auch die
25 hochschulpolitischen Einstiegsseminaren, zu denen Mitglieder in Rücksprachen
26 mit dem Ausschus Workshops angeboten haben, hatten mindestens zum Teil
27 das BAföG zum Thema.

28 2.2 Psychosozialer Stress

29 Ein Schwerpunkt dieser Arbeitsgruppe war die Vorbereitung des Seminars
30 ‚Psychosozialer Stress und Studium‘, das zwischen Verschiebung und Mitglie-
31 derversammlung vom 8. bis 10. Februar in Weimar voraussichtlich stattfinden
32 wird. Die Verantwortlichen für dieses Seminar führen die meisten Workshops
33 in Eigenregie. Ziel ist, sich über grundlegende Ursachen sowie mögliche Maß-
34 nahmen gegen psychosoziale Probleme von Student*innen einen Überblick zu
35 verschaffen und eine ganzheitliche kritische Betrachtungsweise aus studenti-
36 scher Perspektive zu entwickeln. Diese soll in einen weiteren Antrag für die
37 Mitgliederversammlung einfließen.

38 2.3 Bundeskongress studentischen Sozialpolitik (BuksS)

39 Das nächste geplante Seminar – der Bundeskongress studentischer Sozialpoli-
40 tik – wird unter dem Oberthema Sozialpolitik als Geschlechterpolitik stehen,
41 ein Thema das wir bereits auf unserer Sitzung in Freiburg andiskutiert haben.
42 Es wurde eine grobe Planung des Seminars erarbeitet und Referent*innen an-
43 gefragt.

44 Zum jetzigen Zeitpunkt sieht die Planung wie folgt aus:

45 Freitag:

46 – Ankommen & Kennenlernen

47 – Inputvortrag für alle Teilnehmenden: “Vorsorgender Sozialstaat aus Ge-
48 schlechterperspektive“ (Barbara Stiegler)

49 Samstag:

50 – 3 Stränge, auf die sich die Teilnehmenden aufteilen: 1. BAföG-Schulung, 2.
51 Prüfungsrecht, 3. Sozialpolitik als Geschlechterpolitik (Schwerpunkte Arbeit,
52 Bildungssystem, Rente&Pflege aus Geschlechterperspektive)

53 Sonntag:

54 – Abschluss und Feedback in Themensträngen

55 – Gemeinsamer Abschluss mit Zusammenführung der Stränge

56 2.4 Studentische Arbeitsbedingungen

57 Der Ausschuss möchte die aktuellen Auseinandersetzungen unterstützen. Dazu
58 wurde sich ein Überblick über die aktuelle rechtliche Situation verschafft und
59 es wird Kontakt zu Aktiven aufgebaut.

60 2.5 StuMiKi-Broschüre

61 Das ewige Thema Überarbeitung der StuMiKi-Broschüre soll in den kommen-
62 den Sitzungen so viel Aufmerksamkeit gewidmet werden, dass sie endlich voll-
63 ständig überarbeitet und neu aufgelegt werden kann.

64 2.6 Weitere Themen, die noch auf der Agenda stehen

65 – Sozialpolitik der neuen Rechten

66 – Wohnraum

67 3. Seminare und sonstige Termine mit Beteiligung des Ausschusses:

68 – 30.11.-02.12.: HoPo-Einstiegsseminar

69 – 18.-20.01.: Bildungs- und Studiengebühren

70 – 08.-10.02.: Seminar „Psychosozialer Stress im Studium“

71 – 08.-10.02.: HoPo-Einstiegsseminar

72 – 03.-05.05.: BuksS

73 – 20.-22.09.: Exklusivität in der Hochschulpolitik

AntragstellerInnen

Ausschuss Sozialpolitik

61-5-3-In

AntragstellerInnen: Ausschuss Internationales

Gegenstand: TOP 5: Berichte

Bericht des Ausschuss Internationales

1 Der Ausschuss Internationales des fzs hat seit der letzten MV 3 Sitzungen
2 (Frankfurt, Bamberg, Erfurt) sowie 6 Telefonkonferenzen abgehalten. Eine wei-
3 tere Sitzung ist vom 15.-17.2. in Leipzig geplant.

4 Europäische Studierendenvertretung (ESU)

5 Die Arbeit in der europäischen Studierendenvertretung (ESU) wurde fortge-
6 setzt und vertieft. Ausschussmitglieder nahmen an den drei Seminaren von
7 ESU zu den Themen Demokratisierung, Migration und Mental Health teil, wa-
8 ren Teil von Delegationen zur European Students' Convention im September
9 in Wien und zum ESU Board Meeting (BM) im November/Dezember 2018 in
10 Budva. Positionsschärfungen konnten im Bereich des Statements zur European
11 Parliament Election erreicht werden, 4 Resolutionen des fzs wurden beschlos-
12 sen (zum BAföG, zu Antisemitismus, zu European University Networks, und
13 zur Besetzung des Kupferbaus in Tübingen). Eine Verschlimmerung der Wahl-
14 ordnung konnte verhindert werden. Die Erfolge der Delegation sind Erfolge
15 des Ausschusses, da es dem Ausschuss gelang auf seiner Sitzung in Bamberg
16 und auf gemeinsamen Telefonkonferenzen die Dokumente des Board Meetings
17 der European Students Union vorzubereiten. Drei Ausschussmitglieder sind
18 in Taskforces entsandt: Nathalie in die Task Force on Womens Representa-
19 tion, Philipp in die Task Force zu einem neuen (allgemeinpolitischen bzw.
20 Brückenschlags-) Policy Paper und Ben in die Task Force on Commodificati-
21 on.

22 European Parliament Elections

23 Der Ausschuss Internationales bereitet eine Kampagne auf Grundlage des
24 Statements der European Students Union zur Wahl des europäischen Par-
25 laments vor. Hierzu sollen verschiedene Themenschwerpunkte erarbeitet wer-
26 den. Ein Antrag dazu wird der MV vorgelegt.

27 Außendarstellung des Verbandes:

28 Der Ausschuss Internationales beteiligte sich an der Vermittlung von fzs-
29 Kompetenz nach außen, in dem er umfangreiche Fragebögen zur Repräsen-
30 tation von Frauen*/Gender im fzs, zum Zulassungssystem von Universitäten
31 in Deutschland, zur Einschränkung von Zivilrecht, sowie Digitalisierung aus-
32 füllte.

33 Internationale Solidaritätsarbeit

34 Im Rahmen der Solidaritätsarbeit hat der Ausschuss einen Facebookpost zur
35 Solidarität mit den studentischen Protesten in Albanien vorbereitet. Ein An-
36 trag dazu wird der MV vorgelegt.

37 TOPICS

38 Der Ausschuss Internationales hat sich aktiv an der Arbeit in TOPICS (dem
39 Netzwerk der progressiven Studierendenschaften in Europa) beteiligt und
40 nahm an einem Treffen in Brüssel sowie an Treffen während des ESC in Wi-
41 en, sowie an zahlreichen Skypecalls teil. Der Erfolg dieser Vernetzungsarbeit
42 spiegelte sich in der guten Zusammenarbeit auf dem Board Meeting der Euro-
43 pean Students' Union wieder. Der Ausschuss organisiert außerdem ein TOPICS
44 Treffen in Berlin im Rahmen des Internationalen Kongresses.

45 Internationaler Kongress

46 Der Ausschuss Internationales plant einen Kongress im mit internationalen
47 Gästen, der Ende März stattfinden wird. Neben Vertretern des BMBFs und
48 zahlreichen Studierenden(vertreter*innen) aus dem europäischen Ausland wer-
49 den aus Vertreter der im Bundestag vertretenen demokratischen Parteien, die
50 für die Europawahl kandidieren, zu einer Podiumsdiskussion eingeladen. The-
51 men sind neben dem Stand des Bolognaprozesses Hürden des Hochschulzu-
52 gangs in Europa, sowie mögliche und faktische Einschränkungen der Wissen-
53 schaftsfreiheit und Beispiele für Kampagnenarbeit aus den Bereichen Feminis-
54 mus, Community Engagement und Wohnraum.

AntragstellerInnen

Ausschuss Internationales

61-5-3-VS

AntragstellerInnen: Ausschuss VSPM

Gegenstand: TOP 5: Berichte

Bericht des Ausschusses Verfasste Student*innenschaft/PolitischesMandat

1 Der Ausschuss Verfasste Student*innenschaft/Politisches Mandat konnte sich
2 über einen wunderbaren Start ins Ausschuss-Jahr freuen: zu sechst und quo-
3 tiert von der Mitgliederversammlung gewählt, konstituierte er sich in Landau.
4 Zeitgleich trafen sich dort auch der Ausschuss der Student*innenschaften und
5 die meisten anderen Ausschüsse, sodass auch den Neulingen ersichtlich wurde,
6 wie der Verband funktioniert und an wie vielen verschiedenen Themen gear-
7 beitet wird. Danach traf sich der Ausschuss ein weiteres Mal Mitte Dezember
8 in Dortmund; zur weiteren Planung der Seminare gab es außerdem mehrere
9 Telefonkonferenzen.

10 Als Hauptaufgabe hat sich der Ausschuss VSPM wie gewohnt die Gestal-
11 tung der beiden Seminare gesetzt, die der Ausschuss im Vorjahr bean-
12 tragt hatte (und die auch beide genehmigt wurden). Die neuen Ausschuss-
13 mitglieder zeigten großes Interesse an der Auseinandersetzung mit konkre-
14 ten Fragen zur Geschichte der juristischen Auseinandersetzung mit der ver-
15 fassten Student*innenschaft sowie mit Fragen über die Struktur von Stu-
16 dent*innenschaften. Hier soll auf dem der Mitgliederversammlung vorangehen-
17 den Seminar in Workshops und Vorträgen Wissen vertieft werden, um bis zur
18 nächsten MV mit den jetzigen Ausschussmitgliedern und gerne auch mit wei-
19 teren Interessierten Positionen und Anträge zu erarbeiten sowie gegebenenfalls
20 Infomaterialien zu erstellen.

21 *** Das Seminar "Was ist eigentlich die verfasste Studierendenschaft – und
22 wozu!?" findet vom 27.02. bis zum 01.03. in der Jugendherberge Freiburg statt.
23 ***

AntragstellerInnen

Ausschuss VSPM

61-5-3-Fi

AntragstellerInnen: Ausschuss Finanzen

Gegenstand: TOP 5: Berichte

Bericht Ausschuss Finanzen

1 Der Ausschuss Finanzen hat sich im Wintersemester 18/19 zweimal getroffen
2 und eine ausführliche Telefonkonferenz als Ersatz zu einer Sitzung abgehal-
3 ten.

4 Die konstituierende Sitzung war vom 07 – 09.09 in Landau. Sie diente vor allem
5 dem Erfahrungsaustausch und dem Abgleich von Erwartungen und Planun-
6 gen für das kommende Semester. Auf der zweiten Sitzung in Hannover vom
7 23. – 25.11. in Hannover wurde dann vor allem der Haushalt durchgespro-
8 chen. Da abzusehen war, dass an der geplanten dritten Sitzung in Berlin vom
9 04. – 06.01 ausschließlich männliche Personen teilnehmen würden, entschloss
10 sich der Ausschuss spontan, die Sitzung in eine ausgedehnte Telefonkonferenz
11 umzuwandeln, in der der Nachtragshaushaltsplan vorbesprochen wurde. Diese
12 Sitzung zeigt, dass selbst eine quotierte Ausschussbesetzung nicht immer hin-
13 reichend ist, um tatsächlich die Partizipation von Frauen* zu gewährleisten.
14 Neben dem Haushaltsplan und der Quotierung wurde viel über Mitgliederent-
15 wicklung gesprochen und verschiedene Angebote, die eine (Voll-)Mitgliedschaft
16 im fzs attraktiver machen könnten, wurden diskutiert.

AntragstellerInnen

Ausschuss Finanzen

61-5-3-FGP

AntragstellerInnen: Ausschuss frauen- und genderpolitik

Gegenstand: TOP 5: Berichte

Bericht des Ausschusses frauen- und genderpolitik

1. Arbeitsweise

Der Ausschuss frauen- und genderpolitik besteht momentan aus Mandy (Uni Frankfurt), Lydia (Uni Potsdam), Louise (Uni Wien), Asya (ASH Berlin), Julian (Uni Passau), Verena (Uni Lüneburg), Wiebke (Uni Osnabrück), Pauline (Uni Osnabrück), Sebastian (Uni Bonn) und Moritz (Uni Wien). Die Ausschusskoordination übernehmen in diesem Jahr Mandy und Julian. Neben regelmäßigen Telefonkonferenzen hat der Ausschuss einmal im Oktober getagt und es wird vor der Mitgliederversammlung noch eine weitere Sitzung geben. Da die Ausschusszusammensetzung sich gerade verändert, langjährige Mitglieder weniger Zeit haben und neue Menschen in den Ausschuss dazugekommen sind, ist für uns der Wissenstransfer gerade eine wichtige Aufgabe.

1. Seminare

Vor der letzten Mitgliederversammlung organisierten wir mit Erfolg das Seminar "Frauen in der VS". Uns beschäftigte die Frage, wie sich Feminismus in Student*innenvertretungen organisieren lässt. So freuten wir uns auch über den Austausch mit Feministinnen der Student*innenvertretungen von Österreich und Island. Es ging neben dem Sexismus in studentischen Strukturen, Barrieren für Frauen* und feministischen Gegenstrategien auch um die unterschiedliche Stellung von Feminismus international.

Daneben organisierten wir Anfang Dezember das Seminar "Hauptsache Gesund!?". Dies musste leider wegen zu wenig Anmeldungen verschoben werden und wird vom 17. bis zum 19. Mai in Potsdam stattfinden. Im Seminar werden wir uns damit auseinandersetzen, welche Anforderungen das Studium an

24 die Gesundheit und Leistungsfähigkeit der Einzelnen stellt und wie dies mit
25 Geschlecht zusammenhängt. Ausgehend von den Beispielen Schwangerschafts-
26 abbrüche, Pflege und HIV/Aids, wollen wir ein feministisches Gegenprogramm
27 zu Vereinzelung und Überforderung dieser Verhältnisse entwerfen. Konkreter
28 Umgang, Hilfestrukturen, Infos und Empowerment zum Thema Gesundheit
29 und Geschlecht stehen im Zentrum des Seminars.

30 Des Weiteren wird vom 12.-14. April wieder das Vorbereitungsseminar für die
31 Aktionstage *gesellschaft macht geschlecht* in Leipzig stattfinden. Das Semi-
32 nar dient der Vernetzung mit hochschulpolitisch organisierten, feministischen
33 Gruppen und der Erarbeitung eines bundesweit umgesetzten Themas und da-
34 zugehörigen Aktionen gegen Sexismus, Homo- und Transphobie.

35 Außerdem ist ein Seminar zu “Frauen und Technik“ in Planung. Es geht dabei
36 um die Vermittlung von praktischem technischem Wissen (bspw. Verschlüsse-
37 lung und sichere Kommunikation) und zugleich einer feministisch-analytischen
38 Perspektive auf das Thema Digitalität, Social Media, Informatik. Das Se-
39 minar ist als eine Zusammenarbeit zwischen dem Ausschuss fgp und dem
40 ASR Ausschuss für Studienreform geplant. Zentral ist für uns insbesondere
41 der Austausch und Wissenstransfer zwischen Frauen in naturwissenschaftlich-
42 technischen Fächern und Frauen in geistes-, kultur- und sozialwissenschaftli-
43 chen Fächern.

44 1. Soy y Estoy (etwa: Sein und Bewusstsein)

45 Nachdem im letzten Amtsjahr durch eine internationale Kollaboration das po-
46 litische Rollenspiel des queerfeministischen Aktivisten Felipe aus Chile von
47 einem Teil des Ausschusses ins Deutsche übersetzt und lokalisiert wurde, ist
48 dieses mit einer Auflage von 80 gedruckt worden und kann jetzt beim fzs erwor-
49 ben werden. Das Spiel ist dezidiert auf studentischen Aktivismus angelegt: d.h.
50 bildungspolitische Aufklärung und Aktivierung für queerfeministische Aktio-
51 nen. Das übersetzte Spiel kann in fzs-Seminaren eingesetzt werden und ist auch
52 für andere Strukturen einsetzbar. Im September leitete Lydia zusammen mit
53 Felipe einen Workshop zum Spiel in Potsdam. Daneben stellte Lydia “Soy y
54 Estoy“ auf einem medienwissenschaftlichen Kolloquium der Uni Wien vor. Die
55 Erfahrungen dieser Workshops und des Ausschusses zeigen, dass “Soy y Estoy“
56 eine sehr wertvolle Methode ist um gemeinsam queerfeministische Strategien
57 zu entwerfen und kollektiv handlungsfähig zu werden.

AntragstellerInnen

Ausschuss frauen- und genderpolitik

61-5-6-ESC

AntragstellerInnen: ESC-Delegation

Gegenstand: TOP 5: Berichte

Bericht zur 36. European Students Convention [ESC] in Wien

1 Vom 23.-26. September 2018 fand in Wien die 36. European Students Con-
2 vention (ESC) der European Students Union (ESU) statt. Für den fzs waren
3 Ronja Hesse, Nathalie Schäfer, Michael Schiefelbein und Ben Seel als Delega-
4 tion vor Ort. Sie fanden einen Haufen Schnitzel, eine Menge Satzungsdebatte
5 und einige wichtige Informationen zum Stand des Bolognaprozesses am Tatort
6 vor. Unerschrocken zogen sie sich ihre Trenchcoats über, trotzten selbster-
7 klärt charmanten Wissenschaftsministern zweifelhafter Regierungskoalitionen
8 und warfen sich in die Ermittlungsarbeit im Grantl- und Drogensumpf des
9 Molochs: Vienna Calling.[1]

10 **Opening Ceremony**

11 Der erste Tag des ESC begann mit einer Eröffnungszeremonie im Haus der
12 Musik. Nach einer inhaltsleeren Eröffnungsansprache von Adam Gajek, dem
13 Präsidenten von ESU sprach Heinz Faßmann (ÖVP), der Österreiche Wissen-
14 schaftsinister.

15 Faßman rechtfertigte das Vorgehen seiner Regierung, nicht nur hinsichtlich
16 der Einführung von Studiengebühren, sondern auch hinsichtlich des zu dem
17 seit knapp einem halben Monat bestehenden 12 Studentag für Arbeitneh-
18 mer*innen. Auch zu den Zulassungsbeschränkungen für Hochschulen, welche
19 die Österreichische Regierung einführt, positionierte er sich indem er diese
20 verteidigte und relativierte.

21 Außerdem verteidigte er Anwesenheitspflichten und warf im gleichen Atem-
22 zug den Student*innen vor, ihr Studium nicht ernsthaft zu betreiben, was sich
23 v.a. darin widerspiegeln würde, dass Student*innen in seinen eigenen Veran-
24 staltungen und Vorlesungen, die er zu seiner Zeit als Professor gab, abwesend
25 gewesen seien. Dabei betonte er seine charmante Art zu unterrichten.

26 Anschließend zerpflückten die ÖH-Vorsitzenden Marita Gasteiger (Gras) und
27 Hannah Lutz (VSSTÖ) die Rede des Ministers. Während Marita stärker auf
28 den Rechtsruck in Europa und die Einschränkung von Wissenschaftsfreiheit
29 und Studentischer Selbstverwaltung einging, positionierte sich Hannah unter
30 anderem zum 12-Stunden Tag.

31 Im Anschluss hat Martin Unger vom österreichischen Hochschulforschungsin-
32 stitut eine Zusammenfassung zu Eurostudent 2018 vorgestellt und hierbei den
33 Themenaspekt soziale Dimension stärker beleuchtet. Das gesamte survey von
34 Euro Student ist hier einzusehen: <http://www.eurostudent.eu/>

35 Danach gab es Essen auf Kosten der Österreichischen Regierung. Wenig ver-
36 wunderlich wurde davon allen – zumindest großen Teilen der fzs-Delegation
37 – schlecht. Dennoch war die Delegation (gerade noch so) in der Lage die an-
38 schließenden Workshops am Nachmittag zu verfolgen.

39 1. **Workshopphase**

40 WS1 Bologna Process, mapping the way to 2020: Adam Gajek, ESU

41 Im Workshop von Adam wurde die Aufstellung der Arbeitsgruppen im Bolo-
42 gnaprozess ebenso wie ihre jeweilige Leitung bekanntgegeben. Darüber hinaus
43 wurde der grobe Zeitplan bis zur Bolognakonferenz in Italien im Mai 2020 vor-
44 gestellt. Außerdem wurde abgefragt wer grade Kontakt zu seinen NBFUG's
45 hat und wer weiß ob wer wohin entsendet wird. Da der fzs Teil der NBFUG in
46 Deutschland ist konnten wir berichten dass Deutschland – damals vermutlich
47 – die fzs-Vertreterin Ronja Hesse für die Working Group on Social Dimension
48 benennen wird. Die Vermutung hat sich bewahrheitet.

49 WS2 Economization of Education: Janine Wulz, Beate Treml, ÖH

50 In einem sehr guten und inhaltlichen Workshop wurde Kommodifizierung von
51 Bildung praktisch erklärt und anhand von Beispielen diskutiert. Dabei wur-
52 den tiefergehende Strukturen angedeutet. Gerade angesichts des unterschied-
53 lichen politischen wie Erfahrungshintergrunds der Teilnehmer*innen war der
54 Workshop sehr gelungen, da er alle auf einen Stand brachte und die Teil-
55 nehmer*innen in die Lage versetzte die Ökonomisierungsprozesse kritisch zu

56 reflektieren. Nicht zuletzt dank dieses Workshops konnte es der Delegation
57 im nachhinein auf dem weiteren ESC und dem sich anschließenden Seminar
58 gelingen, endlich ausreichend Bewerber*innen für ESUs “Task Force on Com-
59 modification“ zu gewinnen.

60 WS3 Technologies of Learning: Mag.a Maria Haas, TU Graz

61 Maria Haas stellte in einem spannenden Vortrag ihr Forschungsgebiet, digitale
62 Lernstrategien, vor. Insbesondere wurden digitale Lernangebote, so genann-
63 te MOOCs besprochen. Dies sind im Grunde digitale Vorlesungen/Seminare.
64 Möglichkeiten und Beschränkungen solcher Angebote wurden besprochen:
65 Gerade für ländliche Gegenden oder Regionen mit eingeschränktem (Hoch-
66)schulsystem haben diese MOOCs ein enormes Potential. aber auch in den De-
67 batten um (möglicherweise digitale) Europa-universitäten werden diese Ideen
68 virulent. Wer sich das Konzept mal anschauen möchte:

69 <https://imoox.at/mooc/>

70 Als beim Kaffeetrinken das Quotierungsproposal des EC nochmals besprochen
71 wurde, verflog teilen der Delegation das flauere Gefühl im Magen nicht: So lang-
72 sam wurde den Delegierten klar, dass die da was ganz großem auf der Spur
73 waren. So ein Essen kann doch nicht grundlos so krank machen!

74 1. **Workshophase**

75 WS1 European parliament elections 2019: Katrina Koppel ESU

76 Katrina stellte in ihrer Session das Vorgehen ESU's zu den European Parlia-
77 ment Elections 2019 vor. Dabei wolle man sich auf drei Themen fokussieren
78 (die zu diesem Zeitpunkt nur grob angerissen wurden), und vor allem jun-
79 ge Menschen dazu aufrufen für Education wählen zu gehen. Die inhaltliche
80 Grundlage für die Kampagne soll ein Statement werden, dass auf dem Board
81 Meeting in Budva, Montenegro beschlossen wird. In einem knappen Austausch
82 wurde die Bereitschaft der Unions abgefragt sich an einer Kampagne zu be-
83 teiligen. Die fzs Delegation signalisierte sich an einer Kampagne zu beteiligen
84 und sie ggf. zu erweitern und hub die politische Ausrichtung positiv hervor,
85 wobei überaus politische Inhalte von verschiedenen Unions wie etwa ISO als
86 problematisch bewertet wurden.

87 WS2 GDPR and Copyright policy: João Martins, ESU

88 In einer eher kleineren Gruppe diskutierten wir – unterstützt durch eine Power-
89 Point-Präsentation von João über die Umsetzung der Europäischen Daten-
90 schutzverordnung und die Gefahren der von der EU derzeit diskutierten Ur-
91 heber*innenrechtsreform für die Freiheit im Netz. Dabei wurde insbesondere
92 klar, dass neben den öffentlich bereits – zeitweise – viel diskutierten Upload-
93 filtern, welche die Memekultur existentiell bedrohen, auch auf die weiterhin
94 nicht ausgeschlossene Möglichkeit einer “Linksteuer“ zu achten sein wird. Die
95 Bestrebungen eines europäischen Leistungsschutzrechts könnten dazu führen,
96 dass bereits für Verlinkungen Geld an die Verlage der verlinkten Artikel abzu-
97 geben wäre. Leider ist trotz des offensichtlichen Irrsinns einer solchen Regelung
98 die derzeit in der Richtlinie enthaltene Formulierung alles andere als klar und
99 sie schließt eine solche Möglichkeit (je nach Interpretation) mit ein. Die Ses-
100 sion zeigte sehr schön die Notwendigkeit für ESU auf, sich auch mit Fragen
101 jenseits von (Kern-)Hochschulpolitik zu beschäftigen, da aus diesen Themen
102 gravierende Folgen für die Wissenschaftslandschaft entstehen können.

103 Außerdem fanden noch diese Workshops statt, welche leider kein Teil unserer
104 Delegation besuchen konnte:

105 WS3 Bologna and its Myths: Regina Aichner, OEAD

106 WS4 Membership and capacity building: Robert Henthorn, ESU

107 Anschließend an den Tag gab es ein Buffet mit Wiener Schnitzel und anderen
108 Speisen. Der fzs-Delegation war (zum Teil) aber immer noch schlecht aufgrund
109 der Österreichischen Regierung (s.o.), weshalb sie das Essen nicht genießen
110 konnte (oder die Delegation war eh zu Veggie für die Schnitzel).

111 **Workshopphase 3**

112 Der zweite Tag begann mit Workshops, wobei politisch vor allem die Diskussion
113 möglicher Satzungsänderungen in ESU auf dem Programm stand. Unerfreuli-
114 cher Weise war diese Diskussion parallel zu inhaltlichen Workshops geplant,
115 weshalb die Delegation verschiedene Prioritäten setzen musste und nicht an
116 allen Workshops teilnehmen konnte.

117 WS1 Draft proposal for changing ESU elections ESU, discussion

118 Die Satzungsdiskussion war ein Schwerpunkt der politischen Arbeit in ESU für
119 den fzs, der sich auch bis zum BM in Montenegro durchziehen sollte. Im Kern
120 ging es um die Frage, wie eine Quotierung der Präsidentschaft und des Execu-
121 tive Committee aussehen könnte, die nicht-binären Personen eine Kandidatur
122 für alle Positionen ermöglicht. Die fzs-Delegation warb gemeinsam mit TO-
123 PICS für eine Frauen*-Quote und für die Abschaffung von Männerquoten.

124 Der Vorschlag die Amtszeiten der Vorstandsmitglieder zu verlängern, der zu-
125 vor intensiv diskutiert worden war, wurde durch die einhellige, von uns stark
126 unterstützte Position der Ablehnung in diesem Panel beerdigt.

127 WS2 Gender Competences in Higher Education: Dr.in Iris Rauskala,
128 BMBWF

129 Frau Dr. Rauskala hat einen sehr inspirierenden Vortrag über ihre tägliche Ar-
130 beit im BMBWF und insbesondere die Promotion von Gender-kompetenzen
131 in der Hochschulbildung gehalten. Dieses basiert ihrer Auffassung nach auf
132 verschiedenen Säulen. Einerseits müssen Vorteile formuliert werden, um auch
133 Menschen ohne intrinsisch feministische Motivation an Bord zu holen, z.B. Plu-
134 ralität von Perspektiven/Rollenmodelle, Chancengleichheit, aber auch wirt-
135 schaftliche wie größere Effizienz. Vor diesem Hintergrund müssen nun Auf-
136 gaben formuliert werden. Empfehlungen umfassen Maßnahmen in Form von
137 speziellen Trainings, Gelegenheiten zur Reflektion zu schaffen und Informa-
138 tionsprozesse hinsichtlich Gender-Kompetenzen anzupassen. darüber hinaus
139 sollen Interventionen auf Management, Lehre und Forschung zielen.

140 Außerdem wurden noch die folgenden Workshops angeboten an denen niemand
141 von der Delegation teilnehmen konnte (aufgrund der Priotitäten s.o.)

142 WS3 Bizmooc round table (working title): João Martins, ESU

143 WS4 Eurostudent Database: Mag.a Angelika Grabher, IHS

144 Anschließend fand das Women's Meeting statt – zugleich gab es einen Work-
145 shop zu kritischen Männlichkeit, geführt von Caroline Sundberg, der ehemali-
146 gen Vizepräsidentin von ESU. Beim Womensmeeting wurde sich ausgetauscht
147 über Frau*-Sein im Studentmovement und über Empowerment gesprochen. Es
148 war ein gutbesuchtes Meeting.

149 **Open Organizing Sessions**

150 Nach dem Mittagessen folgten Open Organizing Sessions, also von den Mit-
151 gliedsverbänden selbst gestaltete Workshops.

152 OS1 LSVb

153 Es gab eine open session zu students loans and grants von LSVb (Niederlande).
154 Es wurde sich über die verschiedenen Studienkredite und Finanzierungssyste-
155 me in den vertretenden Ländern ausgetauscht. LSVb plant verstärkt Studien
156 zu dem Themenkomplex durchzuführen um damit Politik zu betreiben zu kön-
157 nen.

158 OS2 NSO

159 NSO (Norwegen) bot eine Session zu den Beziehungen der NUS'es zu ihren
160 Mitgliedern vor Ort an. Alle tauschten sich über ihre Verfahrensweisen aus.
161 Vom fzs wurden insbesondere die HoPo-Einsteiger*innenseminare aufgegriffen.
162 Den engsten Mitgliederkontakt hält UNEF (Frankreich), wo die Vorstandsmit-
163 glieder jeweils zwei Tage die Woche mit den lokalen Organisationen bei jenen
164 arbeiten.

165 OS3 USI

166 Partnership with Government Departments / Ministries

167 Der Workshop, den die Irische Union durchführte hatte einen Fokus darauf
168 gemeinsam mit den unterschiedlichen anwesenden Unions die verschiedenen
169 Arten auf welche die Unions in ESU mit ihren Regierungen und Ministerien
170 zusammenarbeiten zu kartieren und anschließend zu diskutieren wie eine ver-
171 besserte, bzw. vor allem wie eine formalisierte Zusammenarbeit erwirkt werden
172 kann.

173 Grundsätzlich gab es keine gänzlich neuen Aspekte, aber es hat sich gezeigt,
174 dass der fzs unter Unions die präsent waren was die enge der Zusammenarbeit
175 mit Ministerien angeht sozusagen im Mittelfeld liegt. So sind wir bspw. in
176 verschiedenen Gremien neben anderen Akteuren vertreten und haben Kontakt
177 zu verschiedenen Mitarbeiter*innen im Ministerium, was deutlich mehr ist als
178 bei einigen anderen Unions. Studierendenvertretungen wie die isländische oder
179 die finnische wiederum haben sehr engen strukturellen Kontakt und teilweise
180 Berater*innenverträge oder vergleichbares.

181 **Gender Session**

182 Die Gendersession die von der Equality Coodinatorin Hélène Mariaud gehalten
183 wurde, fand vor dem Hintergrund von Intersektionalität statt. Hélène führte für
184 ESU-Verhältnisse eine recht progressive Session, die sich in verschiedenen Stu-
185 fen dem Konzept der Intersektionalität näherte, und dabei jeweils unterschied-
186 liche Wahrnehmungsstufen von Diskriminierung als Ausgangspunkt nahm und
187 sich auch gewachsenen strukturellen Diskriminierungsformen und deren Kom-
188 bination und dadurch neu entstehenden Diskriminierungsformen annäherte.

189 **Podiumsdiskussion**

190 An der Podiumsdiskussion nahmen Hannah Lutz (ÖH Vorsitz), Sigi Maurer
191 (ehemalige ÖH Vorsitzende und ehemalige Nationalratsabgeordnete), sowie

192 Oliver Vitouc (ehemaliger Vorsitzender der der Universitätenkonferenz, inzwi-
193 schen Vizepräsident und Rektor der Uni Klagenfurt), sowie Robert Naipur
194 (Vizepräsident von ESU) teil. Die Diskussion erstreckte sich über politisches
195 Engagement von Studis, NAPs bis hin zur Wissenschaftsfreiheit in Europa.
196 Auch in dieser Podiumsdiskussion wurde eine Kritik an dem Vorgehen der
197 österreichischen Regierung recht deutlich.

198 **Intercultural Night**

199 **Workshophase 4**

200 WS1 Social Dimension within the BFUG: Robert Napier, ESU

201 Die Sitzung zur Social Dimension war aus verschiedenen Gründen wichtig.
202 Zunächst in Hinblick auf das Treffen der Bologna Follow Up Group in den
203 Tagen nach dem ESC auf dem ESU einen wichtigen Schritt zur Etablierung
204 einer Advisory Group zur Sozialen Dimension als Konsequenz aus dem Paris
205 Communiqué gehen konnte. Entsprechend wurden die von ESU für das Mee-
206 ting vorbereiteten Terms of Reference zu der Adivsory Group diskutiert, letzte
207 Änderungen vorgenommen und möglichst Studierendenfreundliche Interpreta-
208 tionen und sich aus dem Dokument ergebende Handlungsoptionen herausgear-
209 beitet. Außerdem war zu dem Workshop bereits klar, das die National Bologna
210 Follow Up Group sich ggf. bereit erklären würde eine Person aus dem fzs in
211 die advisory group zu delegieren. Entsprechend waren die Diskussionen in dem
212 Workshop sehr wichtig für die weiteren Handlungen des fzs in Hinblick auf die
213 Soziale Dimension in der EHEA.

214 Außerdem wurden noch die folgenden Workshops angeboten, bei denen nie-
215 mand aus der Delegation teilnehmen konnte:

216 WS2 Communication kit: Raising awareness to ESU: Marta Nunez, ESU

217 WS3 Session on updating ESU's internationalisation and mobility policy- Ka-
218 trina Koppel, ESU

219 Anschließend gab es noch eine Stadtführung, die Ricardo von der ÖH anbot.
220 Hiernach reisten die Delegierten, die so lange durchgehalten hatten ab oder
221 blieben noch in Wien um am Democratization-Seminar von ESU, ebenfalls in
222 Wien teilzunehmen.

223 [1] <https://www.youtube.com/watch?v=MTISjRMx5Ic>

AntragstellerInnen

Ronja Hesse, Nathalie Schäfer, Michael Schiefelbein und Ben Seel

61-5-6-BM

AntragstellerInnen: BM-Delegation

Gegenstand: TOP 5: Berichte

Bericht vom 75. Board Meeting der European Students' Union (ESU) in Budva, Montenegro

1 Das 75. Boardmeeting der European Students Union fand vom 25.11.-1.12. in
2 Montenegro statt. Der fzs nahm mit einer hart quotierten Delegation von 4
3 Personen daran teil, bestehend aus Ronja Hesse, Nathalie Schäfer, Ben Seel
4 und Phillip Stöcks. Darüber hinaus war in die Vorbereitung des Boardmee-
5 ting der Ausschuss Internationales involviert, dem die Delegation ihren Dank
6 aussprechen möchte. Diese intensive Vorbereitung von vielen Menschen führte
7 dazu, dass die Delegation gut vorbereitet in das BM starten konnte.

8 Die Delegation des fzs nahm an den dem BM vorgelagerten "sozialen Aktivi-
9 täten" wie der Fahrt nach Kotor teil und nutzte diese um im Vorfeld für die
10 gestellten Amendments zu lobbyen.

11 **A] Board Meeting Seminar**

12 Das Seminar zu diesem Board Meeting umfasste wenig eigenständigen Inhalt.
13 Das Programm fokussierte sich neben einer Selbstdarstellung der montenegri-
14 nischen Studierendenvertretung (SPUM) auf soziale Aktivitäten und vor allem
15 auf Sessions in denen Angehörige des Vorstands von ESU (Executive Commit-
16 tee, EC) Dinge präsentierten. Dabei handelte es sich um zahlreiche Dokumen-
17 te, die auch auf dem Board Meeting (BM) selbst behandelt wurden und daher
18 hier nicht separat aufgeführt werden. Daneben gab es allerdings auch Sessions,
19 welche die laufende oder zukünftige Arbeit von ESU betreffen:

20 1.1 Internationalization und Mobility Policy of ESU

21 1.2 Social Dimension Policy of ESU

22 1.3 New Structures of the BFUG (Bologna Follow-up Group)

23 1.4 European Students Card

24 1.5 Membership and Capacity Building

25 1.6 Womens Meeting und Workshop zu Allyship

26 Zum Ende des Seminarteils vor dem Board Meeting fand ein sog. "Gala Dinner"
27 statt. Es gab allerdings wenig zu essen. Statt dessen sollte es einen Auftritt des
28 Premierministers geben, es kam schlussendlich jedoch der Sportminister, wel-
29 cher neben den Student*innenvertreterinnen aus Montenegro eine Rede hielt
30 in der er wortreich ausführte, dass die Jugend und v.a. die Studierenden die
31 Zukunft sind und er uns viel Erfolg beim Studieren und Träumen wünschte.
32 Zur Anwendung kam auch eine montenegrinische Kuriosität: Vor der Rede des
33 Ministers sang ein Chor neben Gaudiamus Igitur die Nationalhymne. Da es in
34 Montenegro strafbewehrt ist, zur Nationalhymne nicht aufzustehen, stand der
35 Raum bereits beim ersten Ton sehr schnell auf. Im Anschluss an die Reden
36 spielte eine Band und es gab Getränke, Essen gab es wie gesagt jedoch nur in
37 Häppchenform.

38 **B] 75th Board Meeting of the European Students Union (ESU)**

39 1. **Formailities**

40 Das vorgeschlagene Chairing Team (Redeleitung) war nicht quotiert, es be-
41 stand aus drei männlich- und einer nicht-männlich gelesenen Person. Da dies
42 nicht der Auffassung des fzs von tatsächlicher Einbindung von Frauen* ent-
43 spricht haben wir eine Abstimmung zur Annahme des Chairing Teams bean-
44 tragt. Leider war außer dem fzs keine andere NUS (National Union of Students
45 – die studentischen Dachverbände der jeweiligen Länder) dieser Auffassung,
46 bzw. offenbar war auch nicht allen klar worin unsere Kritik bestand, sodass das
47 Chairing Team nur mit unserer Gegenstimme angenommen wurde. Darüber
48 hinaus gilt zu bedenken, ob eine "Active Opposition" und eine Gegenstimme
49 eine angebrachte Form der Kritik ist oder ob man nicht ein Statement hätte
50 abgeben können um begründet gegen das Chairing Team in nicht quotierter
51 Besetzung zu stimmen.

52 1. **Reporting**

53 Neben dem General Activity Report hielten die Mitglieder der Presidency so-
54 wie des Vorstands (EC) und auch die Koordinatoren Berichte über die geleiste-
55 te Arbeit des letzten halben Jahrs. Der fzs betonte die Arbeit der zusätzlichen

56 Seminare, machte auf die gute Arbeit zu der Advisory Group an den Bologna
57 Prozessen aufmerksam, und bedankte sich bei den Mitgliedern des Vorstands
58 für die gute Arbeit die geleistet wurde. Auch brachte die Delegation konstruk-
59 tive Kritik bspw. an der Organisation des QA-pools an, da unseres Erachtens
60 hier verschiedene Weiterbildungen für Anfänger*innen und Fortgeschrittene
61 etabliert werden müssten. Anders als beim letzten Boardmeeting wurde we-
62 nig Kritik an der Arbeit des sogenannten Hacksteams (Presidency, EC und
63 Koordinator) geäußert, dennoch wurde zum Teil bemängelt, dass partiell die
64 Qualität und die Sichtbarkeit der Arbeit abgenommen habe und dass zu wenig
65 politische Arbeit passieren würde.

66 **2.1 Working group and Taskforce-Reports**

67 **2.1.1 BM75_5b Report on TF on Creation of New Policy Paper**

68 Nachdem die Task Force (TF) erneut ausgeschrieben wurde konnte diese auch
69 mit sechs Personen (zwei davon TOPICS) besetzt werden. Sebastian (EC, früher
70 ÖH, die NUS von Österreich) begrüßte die neuen Mitglieder und freut sich auf
71 die Arbeit.

72 **2.1.2 BM75_5c Report on TF on Commodification**

73 Yulia aus dem EC hat bisher kein Meeting einberufen. Sie wird die aktuel-
74 le Informationslage mit den Mitgliedern teilen sobald sie kann. Auf dem BM
75 konnten auch unsererseits Gespräche geführt werden mit dem Ziel die TF ans
76 Laufen zu bringen. Das hat geklappt, sie arbeitet nun mittlerweile recht inten-
77 siv.

78 **2.1.3 BM75_5d Report on TF on women's representation**

79 Die Arbeit dieser TF konnte nicht aufgenommen werden, da einige Mitglieder
80 in das EC gewählt wurden. Es gab einen zweiten Call auf welchen sich drei
81 Mitglieder beworben hatten.

82 **2.1.4 BM75_5e Report on WG on working conditions**

83 Die WG hat fast nicht gearbeitet und es wurde keine ausreichenden Informa-
84 tionen bereitgestellt. EÜL [Estnische Student Union] gab ein Statement ab,
85 dass sie sich korrekte Berichte wünschen würden. Es sei keinerlei Information
86 an die WG gegeben worden und man wisse genau so viel wie das Board.

87 **2.1.5 BM75_5f Report on WG on open access**

88 ANOSR berichtet, dass es keine Bewerbungen während der zweiten Ausschrei-
89 bung gab. Wir haben ANOSR für die Organisation der WG gedankt und wollen

90 uns dafür stark machen, dass die WG Mitglieder bekommt und versuchen uns
91 zu bewerben.

92 **2.1.6 BM75_5g Report on WG on Event Hosting**

93 Es wird im Januar zwei Umfragen geben. Eine für kürzlich ausrichtenden NUS
94 und eine für die Mitglieder. AM ESC soll es eine Session über der Umfrageer-
95 gebnisse geben.

96 **2.1.7 QA Experts Pool**

97 Der Quality Assurance Experts Pool arbeitet und funktioniert.

98 **2.1.8 Pool of Trainers**

99 Robert berichtet, der Pool sei mit dem Projekt der Europäischen Kommission
100 neu aufgestellt. Zu den Seminaren gab es 20 Bewerbungen und zehn Bewer-
101 ber*innen wurden eingeladen, dabei niemand vom fzs. Der Pool kann sofort
102 genutzt werden, wenn man Robert eine Mail schreibt. NUS müssen dafür nichts
103 bezahlen.

104 **2.1.9 BM75_5a Report on TF on Finances**

105 Die TF wurde mit Adam (Präsident), Gohar (EC) und Oisin (USI – Irish
106 Union of Students) eingerichtet. Es wurde weniger geschafft als erwartet, aber
107 einige Ideen in der Finanzplanung (financial strategy) kamen aus der TF. Wir
108 haben nach einer Analyse für das Board gefragt. Adam sagt nicht darüber
109 nachgedacht zu haben, und will darüber beim nächsten Treffen der TF beraten.
110 Es wurde nach einer Feedback-Option für NUS gefragt. Dies sei schwierig, aber
111 Adam will bis zum nächsten BM eine solche einrichten.

112 **1. Statues and Standing Orders**

113 **3.1 Änderungsvorschläge zum Wahlsystem**

114 Im Zentrum zahlreicher Debatten vor und auf den Board Meeting standen An-
115 träge zur Änderung des Wahlsystems. Derzeit gelten in ESU binäre Quoten
116 von jeweils 40% für die weiteren Plätze im EC neben der Präsidentschaft und
117 eine 50/50-Quote für die Vizepräsident*innen (ein Frauen, ein Männerplatz).
118 Es lagen zwei Vorschläge vor, dieses System zu ändern. Zum einen hatte das EC
119 einen Vorschlag vorgelegt, mit dem Ziel Personen, die sich nicht in ein binäres
120 Geschlechtersystem einordnen die Kandidatur für alle Positionen zu ermögli-
121 chen. Das System basierte darauf, dass nicht mehr als 66% bzw. 60% der Prä-
122 sidentschaft bzw. des EC einem Geschlecht angehören sollte. Damit wäre zwar
123 die Binarität des Systems reduziert worden, eine Frauen*Quote hätte allerdings

124 nicht mehr bestanden und damit wäre die Repräsentation von Frauen* nicht
125 mehr gesichert. Außerdem hätte dieser Vorschlag einige praktische Probleme
126 bezüglich des Wahlsystems aufgeworfen, die Wahlen komplizierter, beeinfluss-
127 barer gemacht hätte. Zuletzt hätte der Vorschlag bewirkt, dass Menschen mit
128 lediglich knapp über 10% der Stimmen in den Vorstand hätten gewählt werden
129 können – einzelne Fraktionen (Blocks) hätten also ihre Kandidat*innen ohne
130 Kontrolle von anderen in den Vorstand bekommen können. So hätten bspw.
131 sehr weit vom ESU-Konsens abweichende Kandidat*innen rechter Fraktionen
132 gewählt werden können.

133 TOPICS (unsere progressive Fraktion in ESU) hatte bereits im Vorfeld (vgl.
134 Bericht vom ESC in Wien) für ein anderes Modell geworben, das sich an die
135 Praxis im fzs anlehnt und eine Frauen*quote und offene Plätze vorsah. Die-
136 sen Vorschlag hatte der fzs der Versammlung vorgelegt. Durch dieses Modell
137 wäre das Wahlsystem deutlich weniger in seiner Funktionalität geändert, die
138 Wählbarkeitsquoten und die Transparenz des Wahlsystems wären weniger bzw.
139 nicht beeinflusst worden.

140 Beide Modelle wurden im Vorfeld der Versammlung sehr intensiv diskutiert,
141 so gab es zwei Panels im Vorfeld (eines kurzfristig ohne uns zu informieren
142 früh morgens angesetzt), auf denen sowohl das EC als auch wir unseren Vor-
143 schlag vertraten. Viele der Anwesenden verstanden anschließend die gravieren-
144 den Probleme, die wir mit dem EC-Vorschlag hatten. Allerdings sahen einige
145 Menschen unseren Antrag wiederum als nicht durchsetzbar, da seitens der De-
146 legationen von SEI (South Eastern Initiative) und V4+ (Visegrad 4 +) die
147 Meinung vorherrscht Quoten nur für Frauen* (und nicht Männer) seien dis-
148 kriminierend. Aus diesem Grund wollten nach intensiven Diskussionen auch
149 einige eher progressive Unions (v.a. aus Nordeuropa) für den EC-Vorschlag
150 stimmen, damit “zumindest etwas“ erreicht sei für nichtbinäre Personen. Die
151 fzs-Delegation war mandatiert und überzeugt – wie auch die anderen Mitglie-
152 der von TOPICS – dass der EC Vorschlag aus feministischen und demokrati-
153 schen Gründen nicht annehmbar sei.

154 Auf dem Board Meeting war die im Vorfeld sehr intensive Diskussion dann
155 recht kurz. Nach der Diskussion beider Antragspakete stellte la FAGE (Frank-
156 reich) den Antrag beide Antragspakete zu vertagen – die fzs Delegation stimm-
157 te hier ebenso wie TOPICS zu, da sich abzeichnete dass auf dem Board Mee-
158 ting keine Mehrheit für eine gute Lösung zustande kommen würde. Der Antrag
159 scheiterte jedoch relativ knapp. Anschließend wurde in zwei Schritten über die
160 Anträge des EC abgestimmt (zur Quote für die Präsidentschaft und für das er-
161 weiterte EC). Beide Anträge verfehlten die nötige Mehrheit um eine bzw. zwei

162 Stimmen, weil bei der ersten Abstimmung eine Delegation nicht anwesend war
163 und zur zweiten Abstimmung in letzter Minute eine Person überzeugt werden
164 konnte. Im Anschluss wurde weiter über das weitere Vorgehen diskutiert, mit
165 dem Ziel weiterzuarbeiten und einen Vorschlag zu finden, der mehrheitsfähig,
166 praktikabel und in puncto Feminismus progressiv ist. Da aus formalen Grün-
167 den für einige keine Task Force zum Thema in Frage (da diese vom EC geleitet
168 würde) und eine Working Group zum Thema nach der Satzung nicht möglich
169 war, einigte man sich das Thema in einer informellen Arbeitsgruppe, in der
170 alle Fraktionen vertreten sein sollten, weiter zu behandeln.

171 **3.2 Weitere Satzungsänderungsanträge**

172 Auch wenn bezüglich des Wahlsystems keine progressive Aufhebung der Bi-
173 narität erreicht werden konnte, wurde zumindest der Antrag angenommen die
174 Genderdefinition von ESU zu einer zu ändern die statt sich auf das "biologische
175 Geschlecht" zu beziehen nun aussagt: "GENDER Gender is a social construc-
176 tion, not confined to, but rather created from, various cultural, political, social
177 and psychological factors." Ein Änderungsantrag der estnischen Studierenden-
178 vertretung auf eine weniger materielle, voluntaristischere Definition wurde von
179 uns und vom Board abgelehnt.

180 Es gab einige Klarstellungen und formale Verbesserungen der Satzung.

181 Angesichts eines Vorschlags die Sitzungsleitung flexibler zu gestalten, hatte der
182 fzs beantragt eine Quotierung der Sitzungsleitung einzuführen (auch vor dem
183 Hintergrund, dass dies auf diesem BM nicht gegeben war). Nach Diskussion
184 entschieden wir uns von der Forderung nach 50% auf 1/3- hinunterzugehen,
185 woraufhin unser Änderungsantrag angenommen wurde. Der Ursprungsantrag
186 wurde allerdings abgelehnt. Daraufhin befand sich das BM ca. 2 Stunden lang
187 in einer Phase der Konfusion in der die Sitzungsleitung einige Grundregeln
188 der Satzung außer Kraft setzte. Schlussendlich wurde – unter unserem Protest
189 sowie Protest aus der Schweiz (VSS-UNES-USU) – der ursprüngliche Antrag
190 ohne unsere Änderung, also ohne Quote für die Sitzungsleitung, verabschie-
191 det.

192 Schließlich wurde noch ein Antrag von NUS-UK (Großbritannien) diskutiert,
193 Enthaltungen nicht zur Mehrheitserfordernis zu zählen, also de facto als Ent-
194 haltungen zuzulassen. Trotz guter Argumente und intensiver Diskussion fand
195 dieser Vorschlag leider keine ausreichende Mehrheit im Board.

196 **1. Statements**

197 **4.1 Statement regarding European Parliament Elections in 2019**

198 Bei diesem Tagesordnungspunkt ging es um das Programm für ESU's Kampa-
199 gne zu den Europawahlen. Die vom EC vorgeschlagenen Schwerpunkte (Inklu-
200 sivität Europäischer Programme in sozialer Hinsicht, Akademische- und Pres-
201 sefreiheit sowie zivilgesellschaftliches Engagement und Bildungszugang für Ge-
202 flüchtete und Migrant*innen) waren aus Perspektive des fzs sehr zu begrüßen
203 und außerordentlich progressiv für ESU. Große Probleme hatten Ausschuss,
204 AS und Delegation allerdings mit der Formulierung des zweiten Abschnitts
205 zu den Freiheiten. Hier stand nichts zu akademischer Freiheit und die For-
206 mulierungen zu Pressefreiheit waren eher geneigt diese einzuschränken als zu
207 schützen. In einem langen Prozess gemeinsam mit Teilen des Vorstandes, EÜL
208 (Estland), DSF (Dänemark), UDU (Italien) konnten wir eine Globalalterna-
209 tive zu diesem Teil entwickeln, die schlussendlich angenommen wurde. Diese
210 enthält das Thema akademische Freiheit, spricht sich wirklich für Pressefrei-
211 heit aus und fordert auch Freiheit zur aktiven Einbringung in die Gesellschaft
212 durch Protest.

213 Umstritten war die Frage ob Beispiele genannt werden sollen – vor allem jene
214 aus Ungarn. Durch die unklare Haltung der ungarischen Studierendenvertre-
215 tung (HÖOK) und den Unwillen des Board Aussagen zu einem Land ohne
216 explizites Einverständnis der jeweiligen Mitgliedsorganisation zu treffen war
217 es nicht möglich, die Situation in Ungarn zu kommentieren.

218 Ein Änderungsantrag des fzs, sich für freien Zugang von Geflüchteten nach
219 Europa auszusprechen fand – überraschend – beinahe eine Mehrheit. Ange-
220 sichts der großen Furcht zahlreicher Teile von ESU sich allgemeinpolitisch zu
221 positionieren, hätte es die Delegation – sehr positiv – überrascht, wenn sich
222 ESU gegen die Festung Europa so klar positioniert hätte. Das Ergebnis sollte
223 aber ermutigen, hier weiterzuarbeiten.

224 **4.2. Internship Statement**

225 Das EC hatte eine Positionspapier bezüglich fairer Praktika eingebracht.
226 Aus unserer Sicht war das Papier nicht weitreichend genug und lies weiterhin
227 schlecht, oder unterbezahlte Praktika zu, sodass wir ein Amendment (Ände-
228 rungsantrag) vorbereiteten. Die dänischen NUS DSF merkte an, dass auch ihrer
229 Sicht ein Praktikum nicht zwingend bezahlt sein müsse, falls ein entsprechen-
230 des und auskömmliches Sozialsystem ein gutes Leben während des Studiums
231 gestatte. Wir ergänzten die Änderung um diese Forderung, bzw. ergänzten
232 weiterhin, dass Praktika von Arbeit unterschieden werden müsse, und mehr

233 als Teil des Curriculums, bzw. der Bildung zu betrachten sei. Das Statement
234 wurde mit unseren Änderungen angenommen.

235 **4.3 Antidiscrimination Statement**

236 Das Antidiscrimination Statement, welches vor dem BM vorlag, erfüllte vor
237 allem den Zweck für ESU Begriffe von Diskriminierung und verschiedenen
238 Diskriminierungsformen festzuschreiben. Dabei wurde die Notwendigkeit ei-
239 ner intersektionalen Perspektive ebenso betont, wie die Notwendigkeit sich in
240 der Hochschule mit Diskriminierung auseinanderzusetzen, da gesellschaftliche
241 Strukturen hier ebenso gelten wie andersorts in der Gesellschaft. Besonders er-
242 freut waren wir, da Antisemitismus eine zentrale Position in dem Statement
243 einnahm und zudem affirmativ auf die IHRA Definition hingewiesen wurde.

244 Von diversen Unions gab es allerdings im vorhinein teils berechtigte Kritik
245 an den Formulierungen, die partiell noch recht unpräzise waren. Das Resultat
246 war, dass einige Unions das Statement quasi gänzlich überarbeitet haben und
247 in diesem Prozess und unter fadenscheinigen – bzw. einfach ohne – Argumenten
248 versucht wurde die IHRA Definition aus dem Text zu streichen. In der Plen-
249 umsdiskussion haben wir und einige andere Unions jedoch deutlich kommuni-
250 ziert, dass wir das einen fatalen Schritt fänden. In einer kleinen Pause konnten
251 wir dann gemeinsam mit der Israelischen Students Union [NUIS], der Equality
252 Koordinatorin und den Unions die den Änderungsantrag stellten einen Kom-
253 promiss in unserem Sinne erarbeiten. Das Ergebniss war, dass wir die IHRA
254 Definition nicht nur erwähnten wie in der ursprünglichen Version, sondern sie
255 als Arbeitsgrundlage für ESU übernahmen. Mit dem Endergebnis waren wir
256 dann, vor allem aufgrund des Erfolgs beim Abschnitt zu Antisemitismus sehr
257 zufrieden. Aus der Zusammenarbeit mit NUIS, der Israelischen Student Uni-
258 on, zu diesem Antrag hat sich im Verlauf des BMs auch die Resolution zu
259 Antisemitismus ergeben welche noch weitreichendere Handlungsanweisungen
260 enthält, als das Antidiskriminierungspapier.

261 **1. Administration and Finances**

262 Im Gegensatz zum letzten Board Meeting lagen die Finanzdokumente zu die-
263 sem Board Meeting innerhalb der von den Statutes and Standing Orders vor-
264 gesehenen Fristen vor, und stellten sich als unproblematisch heraus. Der Bericht
265 stellt den Verband als liquide vor, das meiste Geld stammt aus EU-Projekte,
266 die es erleichtern Reisekosten des Executive Committees zu decken. Die ESU-
267 Wohnung wurde gewechselt und so konnten Geldeinsparungen vorgenommen
268 werden. Der Bericht der Wirtschaftsprüfung des letzten Budgets liegt leider im-
269 mer noch nicht vor. Deshalb frage die fzs Delegation, ob darüber nachgedacht

270 werden sollte, die Wirtschaftsprüfungsagentur zu wechseln, jedoch wurde nicht
271 auf die Frage eingegangen. Adam, der ESU-Präsident hob lediglich hervor, dass
272 deshalb ein Finance Officer eingestellt werden soll, nachdem der letzte aus Un-
273 zufriedenhheit zurückgetreten war. Das Budget wurde ohne "active oppositon",
274 also ohne Gegenstimme angenommen.

275 Der Kassenprüfungsbericht zeichnete ebenfalls ein unproblematisches Bild der
276 Finanzsituation des Verbandes, betonte aber, dass der Bericht nicht alle Schul-
277 den abbilden würde und hob heraus, dass sie die Bücher und Dokumente
278 rechtzeitig erhielten und ermahnte redundant, dass die Mitglieder ihre Bei-
279 träge zahlen sollten, um ESU handlungsfähig zu halten. Dass der Verband
280 recht liquide sei, verdankt er der kontinuierlichen Arbeit. Diese müsse unbe-
281 dingt fortgeführt werden. Auf eine Nachfrage der fzs Delegation, ob es nicht
282 fraglich sei, dass eben der Bericht der Wirtschaftsprüfung noch nicht vorliegt,
283 wurde das als problematisch genannt, da die Prüfung wichtig für Board und
284 für die Arbeit der Presidency sei. Da im letzten Jahr im ESU Büro Team eine
285 starke Fluktuation der Mitarbeiter geherrscht hat, stellte der Kassenprüfungs-
286 ausschuss nochmals heraus, wie wichtig eine gute Übergabe sei. Die Gründe
287 für das häufige Kündigen können an dieser Stelle nur erahnt werden, die Ver-
288 fasserin mutmaßt schlechte Arbeitsbedingungen, hohe Arbeitsbelastungen und
289 keine gute Atmosphäre was aus den politischen Wahlen innerhalb des Verban-
290 des resultiert.

291 Weiter wurde der Presidency empfohlen sich auf weniger Projekte (vorgeschla-
292 gen 5 Projekte anstatt 13 Projekte), die aber mehr Geld bringen zu konzen-
293 trieren, da so mehr kleinteilige Abrechnungsarbeit verhindert werden könnte,
294 und langfristig besser mit Geldern umgegangen werden könnte. Zudem soll an
295 einer langfristigen Zukunftsstrategie gearbeitet werden, gemäß dem Fall, dass
296 die EU Gelder bei Projektstellen kürzt. Strategische Überlegungen wie der
297 Verband sich finanziell weiterhin halten kann, eine gute Übergabe sowie das
298 kontinuierliche Zahlen der Mitgliedsbeiträgen seien daher innerhalb der Arbeit
299 der Finances and Administration zu priorisieren.

300 Auf Nachfragen wurde der Bericht der Presidency ergänzt: Besonders viel Ar-
301 beit sei die finanzielle Übergabe, die mit der Transformation von EISIB (1)
302 zu ESU einhergeht. Des Weiteren wurde die Situation des fehlenden Finance
303 Officers beschrieben, da der Vertrag des jetzigen Finance Officers im Dezember
304 2018 ausläuft/ausgelaufen ist. Der Job wurde mittlerweile ausgeschrieben. Das
305 Budget ist balanced, auch wenn perspektivisch im nächsten Jahr keine neuen
306 EU-Projekte dazu kommen werden.

307 Die Verständlichkeit des Berichts bzw. der Dokumente wurden gelobt, für die
308 nächsten Male wurde jedoch eine Powerpoint oder ein Erklärungsdokument für
309 BM-Anfänger*innen gefordert. Zudem wurde in einem Wortbeitrag des Boards
310 verdeutlicht, dass man über eine Erhöhung der Bezahlung der Hacks-Teams
311 (Des Executive Committee und der Koordinationsstellen) nachdenken sollte,
312 da die Arbeitsbelastung hoch ist und sich dies nicht in der Aufwandsentschä-
313 digung widerspiegelt.

314 1. Membership Issues

315 Da keine Anträge von potentiellen Neumitgliedern vorlagen ging es bei diesem
316 TOP um das Thema Membership Reassessment. Das Reassessment ist für den
317 fzs wichtig, um die Einhaltung demokratischer Standards bei den Mitgliedern
318 zu kontrollieren. Leider kamen die Unterlagen – wie auch schon auf dem letz-
319 ten Board Meeting – wieder nicht rechtzeitig. Das wurde von uns erneut scharf
320 kritisiert, da so der Prozess ad absurdum geführt wird. Inhaltlich waren die
321 Präsentationen von NUS_UK (Großbritannien) und SRVS (Slowakei) unpro-
322 blematisch bzw. gaben einen guten Einblick in ihre Arbeit. Unsere Bedenken
323 und Fragen hinsichtlich v.a. der finanzielle Unabhängigkeit, die anhand der
324 Papierlage bestanden konnte SRVS sehr gut beantworten und so stimmten wir
325 auch hier für den Verbleib, beide Voten fielen einstimmig aus.

326 1. 7. Plan of Work and Strategies

327 Der Plan of Work stellt die Arbeitsgrundlage für das EC und die Presidency
328 dar. Zu diesem Board Meeting wurde lediglich ein Short-Term Plan of Work
329 abgestimmt, der die Arbeit für ein halbes (?) Jahr festlegt. Entgegen dem
330 letzten Plan of Work orientierte sich dieser an der bereits laufenden Arbeit und
331 wurde nicht um Arbeitsfelder erweitert, da das Hacks-Team bereits deutlich
332 überlastet ist. Besonders hervorzuheben ist, dass eine Priorisierung der Social
333 Dimension stattgefunden hat, was nicht unwesentlich mit der Rolle, die ESU
334 im Bolognaprozess und vor allem in der BFUG (Bologna follow up group)
335 spielt zusammenhängt. Gemäß der Mandatierung des fzs hat die Delegation
336 eine Änderung des Antrags hinsichtlich des Vorgehens in der Working Group
337 on Social Dimensions gefordert. Innerhalb dieser Working Group soll daran
338 gearbeitet werden klare Ziele (etwa 40% aller Studis mit nicht Akademischen
339 Hintergrund), mit eher bindendem Charakter in das Communiqué zu pushen.
340 Der Antrag wurde mit keiner Gegenstimme angenommen und somit konnte
341 die Delegation dem Plan of Work zustimmen.

342 Für die Erarbeitung eines langfristigen Plan of Work sollten fzs-
343 Vertreter*innen auf kommenden ESU-Veranstaltungen (ESC) ein Verfahren

344 erarbeiten auf Grundlage dessen man die Social Dimension als Kernthema von
345 ESU herausarbeitet (was meinst du damit?).

346 Die Finanzstrategie stellte sich als Resultat des letzten BM, sowie der beim
347 73. BM eingesetzten Taskforce on Finance, sowie der Arbeit der Presidency
348 dar. Die Finanzstrategie stellt eine Shortterm Handlungsanweisung dar, die
349 mehrere Schwerpunkte hatte: Zum Einen führt sie aus, dass der Verband sich
350 keine vier Großevents leisten kann, und evaluiert werden müsse ob die Pra-
351 xis der 4 Event beibehalten werden müsse und führte damit vor allem vor
352 Augen, dass der Austragungsort des nächsten BM immer noch nicht sicher
353 war. Im Laufe des BM erklärte sich jedoch eine Union bereit das Event aus-
354 zurichten. Mehr dazu unter Up-coming events. Eine Kürzung von Events, die
355 es ohne eine Ausrichtungsbereitschaft nicht gegeben hätte, hat der fzs als ne-
356 gativ und undemokratisch bezeichnet, da es jetzt schon wenig Möglichkeiten
357 zum Austausch und der Beeinflussung der Politik gibt, die in Presidency und
358 EC stattfindet. Der fzs brachte zusammen mit der italienischen Student Uni-
359 on UDU gemeinsame Anträge ein um die hohe finanzielle Belastung des ESU
360 Events zu verdeutlichen und dem Verband die Aufgabe gab, sich damit ausein-
361 anderzusetzen, ob Vier-Sterne-Hotels wirklich der Standard sein müssen, oder
362 ob Board-Meetings nicht durchaus mit weniger hohen Standards durchgeführt
363 werden sollten. Das Board nahm die Änderungen nach einer kurzen Debatte
364 an.

365 1. Internal Motions

366 Internal Motions sind strukturelle Anträge bei ESU. Ein Antrag Minderhei-
367 tensprachen bei der Policy von ESU zu beachten wurde angenommen. Die
368 Task Force zu Finanzen wird fortgeführt, es soll eine Task Force geben, die
369 das Together Moving Forward (Refugee-)Projekt evaluiert und best practices
370 analysiert. Die Arbeitsgruppe zu Mental Health wird noch einmal geöffnet für
371 Unions die mitmachen möchten. Ein Antrag, den wir zusammen mit SFS ge-
372 stellt hatten der viel Freude gebracht hätte, wurde leider knapp abgelehnt.

373 1. Resolutions

374 9.1 Resolutionen des fzs bzw. mit fzs-Beteiligung:

375 Die Delegation brachte es diesmal – auch durch unvorhergesehene Umstände
376 – auf eine Rekordzahl von 4,5 Resolutionen. Und das Beste daran: Alle kamen
377 durch! (Spoiler!).

378 9.1.1 A critical analysis of the European Commission's call for the 379 European Universities Alliances

380 Gemeinsam mit der italienischen Student Union UDU und der rumänischen
381 Student Union ANSOR ist in einer 5 Stündigen Nachtsession eine Resolution
382 über den ersten Call der European University Alliances entstanden, die sich
383 kritisch mit dem ersten Call auseinandersetzt, sowie die Kritik an dem Projekt
384 aus dem Statement vom BM in Budva verschärft. Des weiteren wurden Ände-
385 rungen für den zweiten Call herausgearbeitet. Besonders wurde die regionale
386 Imbalance kritisiert, die einen ungleichen Verteilungsschlüssel zulässt, der Ein-
387 bezug von Studierenden in die Entscheidungsprozesse und Mobilitätmöglich-
388 keiten für alle Studierenden gefordert. Außerdem wurde davor gewarnt Bildung
389 zur Ware werden zu lassen, dadurch dass auch private Forschungsinstitutionen
390 stark durch die Geldmittel gefördert werden können.

391 **9.1.2 Combating anti-Semitism: Student Unions to take responsi-** 392 **lity**

393 An den Tagen vor dem offiziellen Beginn des BMs wurden wir von Vertre-
394 ter*innen der israelischen Studierenden Union NUIS angesprochen. Sie sagten,
395 dass sie es sehr bedauernswert finden, dass ESU noch keine klare Position ge-
396 gen Antisemitismus bezogen habe. Vor einigen Wochen hatte das European
397 Youth Forum dabei die Antisemitismus-Definition der International Holocaust
398 Remembrance Alliance (IHRA) angenommen. Wir haben daraufhin erörtert,
399 inwiefern auch in ESU dies politisch mehrheitsfähig wäre. In den folgenden
400 Tagen haben wir eine Resolution vorbereitet und hatten uns gleichzeitig schon
401 auf einen schwierigen Mehrheitsfindungsprozess eingestellt. Die Gespräche ver-
402 liefen aber sehr positiv, und die Definition der IHRA fand auch schon Einzug
403 im Antidiskriminierungsstatement von ESU. Die Resolution wurde durch das
404 Board mit "no active opposition", also einstimmig angenommen.

405 **9.1.3 ESU supports fzs fight for a better BAföG**

406 Da das Eckpunkte Papier zum BAföG zum Zeitpunkt des BMs gerade erst
407 erschienen waren, verfassten wir eine Resolution mit der ESU sich den Kern-
408 forderungen des fzs, nach einem Lebenshaltungskostendeckenden BAföG, das
409 unabhängig von Alter, Leistung, Staatsangehörigkeit und als Vollzuschuss ge-
410 zahlt wird angeschlossen hat. Besonders kritisiert hat die Resolution die pre-
411 käre Situation am Wohnungsmarkt, von der nicht nur Studierende betroffenen
412 sind, aber für die das BAföG keine Antwort gefunden hat. Die Resolution ist
413 ohne "active opposition" vom Plenum beschlossen worden.

414 **9.1.4 ESU supports protests in Tübingen against Underfunding and** 415 **Prestige Projects**

416 In der letzten Minute erreichte uns die Bitte aus Tübingen auch bei ESU für
417 Solidarität mit der Besetzung des Kupferbaus zu werben. Dies wurde kurzer-
418 hand getan indem Teile der Delegation spät nachts mit den Besetzer*innen
419 kommunizierten und für den Antrag einige Unterstützer*innen von anderen
420 Unions besorgten – obschon diese über “du arbeitest immer noch“ an dieser
421 Zeit des BMs etwas amüsiert waren. Die Resolution wurde mit einer klaren
422 2/3-Mehrheit ohne Gegenstimmen bei einigen Enthaltungen angenommen.

423 9.1.5 Budget cuts in Higher Education

424 Eine niederländische NUS (LSVb) sowie die italienische NUS UDU brachten
425 eine Resolution zu Kürzungen im Bildungsbereich ein und skizzierten dort die
426 Entwicklungen in derer Länder. Angesichts des auslaufenden Hochschulpakts
427 des Bundes und der Hochschulverträge der Länder und der prekären der Lage
428 Hochschulfinanzierung in Deutschland haben wir einen Absatz zu deutschen
429 Situation mit Forderung nach Ausfinanzierung ergänzt.

430 9.2 Weitere Resolutionen

431 Neben diesen Resolutionen gab es noch einige weitere. Alle, die
432 beschlossen wurden können hier eingesehen werden: [https://www.esu-
433 online.org/policy/resolutions/](https://www.esu-online.org/policy/resolutions/)

434 Thematisch stach hier neben zahlreichen landesspezifischen eine Resolution
435 gegen den Klimawandel heraus, die von einer Gruppe um PSRP (Polen) als
436 Gastgeberland der Klimakonferenz eingebracht wurde. Diese war sehr zu be-
437 grüßen, vor allem auch da sie neben hochschulpolitischen Spezifika auch auf
438 allgemeine Klimapolitik einging und damit ein weiterer (guter) Baustein in
439 ESUs Politik werden wird. Diese konnte vom EC auch direkt genutzt werden
440 als ESU bei der Klimakonferenz vertreten war.

441 Wesentlich umstrittener war eine Resolution, die den Fall betraf, dass der Ko-
442 sovo Sondersteuern für serbische und Bosnische Produkte erhoben hat, was
443 v.a. die serbische Minderheit im Nordkosovo trifft. Diese Resolution wurde zu-
444 nächst von den serbischen Student Unions eingebracht und sollte angeblich
445 politisch neutral sein. Allerdings waren hier zahlreiche Buzzwords versteckt
446 die den Kosovo als Staat delegitimieren sollten. Auf Kritik hin wurde dies
447 abgestritten bis sich einer der serbischen Vertreter “verplapperte“, dass man
448 von den “Regionen Kosovo und Mitrovica“ spreche, weil man keinen Kosovari-
449 schen Staat als existent betrachte. Daraufhin wurde die Resolution abgelehnt.
450 Später auf dem BM legte die Menschenrechtskoordinatorin einen neuen Text
451 vor, der deutlich besser war. Da auch unsere Kritik an einige Passagen dort,

452 die uns immer noch problematisch schienen, eingegangen und der Text noch-
453 mals geändert wurde, konnten die Resolution schlussendlich in einer wesentlich
454 neutraleren Version verabschiedet werden.

455 ESU solidarisierte sich darüber hinaus auch mit von Repression betroffenen
456 Studierenden in Kolumbien und sprach sich gegen Studiengebühren für inter-
457 nationale Studierende in Frankreich aus.

458 1. Upcoming Events

459 Bis zur Mitte des BM hatte sich keine Union bereit erklärt, das nächste Board-
460 meeting auszurichten und mögliche Ausweichstrategien wurden diskutiert. Ei-
461 ne jedoch etwaige Ausrichtung in Brüssel gab die Verbandsfinanzlage zu dem
462 Zeitpunkt nicht her. Letztendlich erklärte sich die bulgarische Student Union
463 bereit das 76. Boardmeeting in Sofia auszurichten – anstatt wie bisher geplant
464 das 77. Grundsätzlich schwebte im Raum dennoch Kritik, dass hauptsächlich
465 Studentunions aus dem südosteuropäischen Raum die Boardmeetings ausrich-
466 ten, und dass sich so eine regionale imbalance abzeichnen würde.

467 (1)

468 Ursprünglich wurde die Organisation am 17. Oktober 1982 in Stockholm un-
469 ter dem Namen „Western European Student Information Bureau“ (WESIB)
470 von Studierendenschaften aus Norwegen, Großbritannien, Schweden, Island,
471 Frankreich und Österreich gegründet. Das Ziel war zunächst der Informations-
472 austausch der Mitglieder untereinander und die Sicherstellung des Informati-
473 onsflusses von europäischen und anderen internationalen Einrichtungen zu den
474 Mitgliedern.

475 Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion öffnete sich WESIB für Mitglie-
476 der aus Osteuropa und benannte sich im Februar 1990 in „European Student
477 Information Bureau“ (ESIB) um.

478 Mit der Zunahme der bildungspolitischen Bedeutung der europäischen Ebe-
479 ne beschlossen die Mitgliedsorganisationen jedoch 1993, ESIB nicht nur als
480 Informationsplattform, sondern als Dachorganisation und politische Interes-
481 senvertretung zu nutzen. Das gut bekannte Kürzel ESIB wurde beibehalten,
482 doch mit dem Zusatz „The national unions of students“ versehen.

483 Im Mai 2007 wurden aus den geänderten Aufgaben und der Bedeutung wei-
484 tere Konsequenzen gezogen, und die Organisation erhielt mit „ESU – The

485 European Students' Union“ ihren heutigen Namen. Eine vollständige Trans-
486 formation von ESU zu EISIB erfolgte in einem zweiseitigen Verfahren von
487 zwei Boardmeetings in Wales und Israel.

AntragstellerInnen

Ronja Hesse, Nathalie Schäfer, Ben Seel und Phillip Stöcks

61-5-7-Soy

AntragstellerInnen: Lydia Kray u.a.

Gegenstand: TOP 5: Berichte

Koordination Politisches Rollenspiel Soy&Estoy

1 Bericht der Koordination des Spiels Soy&Estoy

Im letzten halben Jahr ist viel passiert. Hier findet ihr eine Übersicht:

1. **Umsetzung** Das Spiel, ein politisches Rollenspiel zum Einsatz in politischen Gruppen und Studierendenschaften und an Hochschulen wurde fertiggestellt!

a) das Spiel wurde im September nach mehreren Monaten Arbeit von der Projektgruppe (Lydia Kray, Louise Haitz, Mandy Gratz, Sandro Philippi, Hannah Noesser, Marie Dücker) fertig übersetzt.

b) Der Macher und Designer Felipe Roman Osorio war von September bis Oktober in Deutschland. Das Spiel ist in diesem Zuge gelayoutet, re-designed und in Erstauflage von 20 Exemplaren gedruckt worden.

c) Im September fand ein fzs-Workshop zum Spiel in Potsdam statt, bei dem Felipe und Teile der Projektgruppe das Spiel aus mehreren Perspektiven vorgestellt und auch gespielt und ist auf großes Interesse gestoßen. Daraus sind u.a. weitere Kooperationen und Erweiterungen des Spiels entstanden.

1. Kooperationen

a) Im Rahmen einer Kooperation mit der **FH Potsdam** wurde ein Seminar zum Spiel mit Geldern aus der Gender-Förderung gegeben, dass die Koordinatorin des Projekts, Lydia Kray und Louise Haitz mitbetreut hat.

20 b) Daraus ergab sich sowohl eine Zusammenarbeit mit dem Fachbereich Design
21 und eine Zusammenarbeit mit dem **Asta der Uni Potsdam**.

22 c) Das Spiel wurde an der **Uni Wien** vorgestellt – daraus ergaben sich weitere
23 Vernetzungen und Käufe des Spiels.

24 d) Aus dem Seminar an der FH Potsdam hat sich auch eine Publikation des
25 Spiels, bzw. eine Vorstellung des Spiels im **Art School Differences Reader**
26 **4** der **Züricher Hochschule der Künste (ZhdK)** ergeben.

27 Das Projekt, von Sophie Vögele betreut, setzt sich kritisch mit der mangelnden
28 Diversität an europäischen Kunsthochschulen auseinander und ist, ebenso wie
29 das Spiel ein intersektionales Projekt.

30 e) Im November 2018 wurde das Spiel auf der drift Konferenz in Marburg
31 vorgestellt und ist auch dort auf großes Interesse gestoßen. Vernetzung mit
32 Gruppen in Passau, Kassel und Berlin wurden angestoßen

33 f) Im Anschluss daran wurde eine Vernetzung sowohl mit dem **Asta als auch**
34 **dem FB Soziale Arbeit mit der Alice Saloon Hochschule in Berlin**
35 angestoßen. Eine Weiterführung steht noch aus, die Kontakte und erste Kom-
36 munikation wurden angestoßen.

37 Alle diese Institutionen und Gruppen haben entweder Spiele gekauft oder in
38 Bestellungen aufgegeben.

39 1. **Neuer Druck, Erweiterung, Verkäufe (auch hier auf der MV** 40 **gibt es das Spiel, JUHU!)**

41 Im Januar 2019 wurde das Spiel durch einige Karten und auch Präzisie-
42 rungen der Spielanleitung erweitert und erneut 80 Sets in Druck gegeben.

43 Bisher (seit Ende Januar) wurden davon 8 Sets von Privatpersonen bestellt
44 und weitere 10 von Institutionen.

45 Das Spiel wird auch auf der MV nochmal vorgestellt und es sind noch viele
46 Entwicklungen und Vernetzungen in Planung!

47 Wenn ihr Interesse am Spiel oder Workshops zum Spiel, das alles suspekt
48 findet oder einfach nur neugierig seid: Es gibt auf der MV einen Stand zum
49 Spiel und Mandy Graatz und Ronja Hesse wissen mehr. Lydia ist in Chile zur
50 Weiterentwicklung und kann leider nicht hier sein.

AntragstellerInnen

Lydia Kray (Kordinatorin Soy&Estoy / Agenda Kuir und Mitglied fgp)

61-7-I-01

AntragstellerInnen: StuRa Uni Freiburg

Gegenstand: TOP 7: Inhaltliche Anträge

Check your antisemitism before you wreck yourself

- 1 Die MV möge beschließen,
- 2 Der fzs verpflichtet sich, jeden Antisemitismus zu verurteilen, sich aller antise-
- 3 mitischen Gewalt, ob struktureller oder physischer Art, entgegenzustellen und
- 4 den Kampf gegen den Antisemitismus als einen antifaschistischen anzuerken-
- 5 nen. Dem Antisemitismus ist nicht erst in seiner offenen Form als Judenhass
- 6 entgegenzutreten, sondern bereits dort, wo er unbewusst oder versteckt mit
- 7 sich getragen wird, als Antizionismus, als Antisemitismus in Symbolen und
- 8 Codes oder als Antisemitismus nicht trotz, sondern wegen Auschwitz.

Begründung

Es gibt gute Gründe, keine Formel anzugeben, durch welche definitiv zwischen Antisemitismus und unverbindlicher Meinung unterschieden werden könnte.

Schon deshalb, weil hinter der Forderung einer solchen Definition das Bedürfnis nach einem Schiedsspruch steht. Eine Bestimmung des Antisemitismus soll aber kein Kompromiss sein, auf den sich Antisemit*innen und ihre Gegner*innen einigen können, so dass zwischen ihnen dann Frieden und Sicherheit herrscht. Dass sich gegen jeden Antisemitismus zu richten ist, deutet bereits an, dass Antisemitismus nicht in einer Liste seiner Spielarten zusammengefasst werden kann, sondern es darauf ankommt, dem Gemeinsamen hinter allen seinen Formen entgegenzutreten.

Antisemitismus ist nicht allein als eine Form des Hasses unter anderen oder als Wahn aufzufassen, sondern kann erst als Produkt derjenigen Gesellschaft begriffen werden, in der es Antisemit*innen gibt. Deshalb kann er auch nicht nur durch Korrigieren einiger falscher Ansichten, sondern nur mit politischen Mitteln bekämpft werden. Und ebendeswegen ist die Bekämpfung des Antisemitismus immer antifaschistisch. Das bedeutet nicht, dass nur Nazis Antisemit*innen sind. Auch in der politischen Mitte der Gesellschaft und auch in der Linken gibt es Antisemitismus, und seine Bekämpfung ist auch dort Moment der Aufarbeitung der Vergangenheit, wo sich nicht mit dieser identifiziert wird.

Dass sich der Antisemitismus heute selten offen zeigt, und deshalb an der Oberfläche harmloser scheint, ist kein Grund zur Beruhigung. Gerüchte und Halbwissen waren schließlich schon immer das Medium des Antisemitismus. Er ist auch deshalb so hartnäckig, weil er sich stets eine scheinbar unverbindliche Form sucht. Deshalb ist der Antizionismus auch keine bloße politische Meinung wie jede andere, sondern die Abneigung gegen dasjenige, was es zehn Jahre vor der Shoah hätte geben müssen: einen jüdischen Staat.

AntragstellerInnen

StuRa Uni Freiburg

61-7-I-02

AntragstellerInnen: 60. Ausschuss der Student*innenschaften

Gegenstand: TOP 7: Inhaltliche Anträge

Nachhaltiges Engagement

1 Der fzs und seine Gremien fördern nachhaltiges Engagement, aber sind vor
2 allem darauf angewiesen. Engagement ist keine Selbstverständlichkeit, beson-
3 ders in Zeiten von Regelstudienzeit und Leistungsdruck. Daher schätzt der fzs
4 die Arbeit seiner aktiven Mitglieder und unterstützt sie darin. Dabei geht es
5 zum einen darum, das allgemeine Wohlbefinden der Mitglieder nicht einzu-
6 schränken, das durch zusätzlichen Stress und unsensible Kritik gefährdet ist.
7 Ein anstrengendes Umfeld baut Hürden auf und oft sind besonders strukturell
8 benachteiligte Personen betroffen. Zum anderen hilft ein nachhaltiger Umgang
9 mit Engagement auch dabei, die Strukturen des fzs auf lange Sicht zu stabili-
10 sieren, engagierte Student*innen an sich zu binden und die aktive Gestaltung
11 des Verbands durch möglichst viele Menschen zu gewährleisten, denn nur so
12 kann der fzs auch weiterhin ein Sprachrohr studentischer Interessen sein.

13 Zu nachhaltigem Engagement zählt etwa:

- 14 – ein niedrigschwelliger Einstieg in den Verband
- 15 – Abbau von Wissenshierarchien – es gibt keine dummen Fragen!
- 16 – die Anerkennung von und Ermutigung zu Grenzen und Prioritätensetzung
- 17 – Rückzugsräume ermöglichen
- 18 – das Sichtbar-machen von “unsichtbarer“ Arbeit
- 19 – angemessene Aufgabenverteilung, Selbstausschöpfung ist keine Lösung
- 20 – respektvoller und freundlicher Umgang miteinander: einander zuhören, auf-
- 21 einander achten

- 22 – in die Perspektiven der anderen hineinversetzen
- 23 – Kritik wertschätzend formulieren und Kritik wertschätzen
- 24 – Perspektiven aufzeigen, ohne dabei zu verpflichten
- 25 – Ausgleiche schaffen und wirkliche Pausen machen: Ehrenamt darf und soll
- 26 auch Spaß machen

Begründung

Auf Mitgliederversammlungen des fzs wurden zuletzt sehr hohe Erwartungen zusammen mit unsensibler Kritik an ehrenamtlich tätige Menschen gerichtet. Die Mitarbeit in Gremien ist oft zeitintensiv und anstrengend, auch wenn sie zeitgleich bereichernd und wichtig ist. Ein großer Teil dieser Arbeit ist auf den ersten Blick nicht sichtbar. Für die freiwillige Arbeit dann lediglich unsensibel kritisiert zu werden, ist mit ein Grund dafür, dass es zunehmend schwieriger wird, Ausschüsse zu besetzen.

Der fzs ist immer auch geprägt von den Strukturen der einzelnen Mitglieds-Student*innenschaften. Daher sieht sich der fzs damit beauftragt, nachhaltiges Engagement in diesen zu fördern.

AntragstellerInnen

60. Ausschuss der Student*innenschaften

61-7-I-03

AntragstellerInnen: Vorstand des StuRa u.a.

Gegenstand: TOP 7: Inhaltliche Anträge

Neurodiversität als integraler Bestandteil menschlicher Diversität

1 Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

2 Der fzs sieht Neurodiversität als einen von vielen Aspekten menschlicher Di-
3 versität, und setzt sich dafür ein, Universitäten und Hochschulen sowie die
4 gesamte Gesellschaft freundlicher für neurodiverse Menschen zu gestalten. In
5 internen Strukturen bemüht sich der Verband, die Mitarbeit und Inklusion
6 neurodiverser Menschen zu verbessern, und die Perspektiven neurodiverser
7 Menschen in die eigene Arbeit miteinzubeziehen. Bei der intersektionellen und
8 thematischen Arbeit des Verbandes soll Neurodiversität als eines von vielen
9 Merkmalen von Vielfalt mitberücksichtigt werden.

10 Neurodiversität bedeutet, dass neurologische Unterschiede zwischen Menschen
11 natürliche und bereichernde Varianten sein können, und nicht notwendiger-
12 weise als Mängel oder Abweichungen von einer vorgegebenen Norm begriffen
13 werden. Neurologische Vielfalt wird so nicht mehr pathologisch als Mangel ge-
14 genüber „neurotypischen“ Menschen gesehen. Demzufolge stellt sich der Ver-
15 band klar gegen die Abwertung von Menschen, die einem konstruierten Ideal
16 von „Normalität“ nicht entsprechen und unter dieser „Normalität“ leiden. An-
17 statt bei neurodiversen Menschen Defizite zu sehen, fordert der Verband, die
18 menschliche Vielfalt als Bereicherung zu sehen, welche in vielen Diskursen neue
19 Anregungen und Ideen erzeugen können, und nicht, Menschen in ein starres
20 Idealbild von „Normalität“ zwingen. Der Verband fordert die Gesellschaft und
21 unsere Hochschulen auf, offener für unterschiedliche Formen des Lebens und
22 Denkens zu sein.

Begründung

Neurodiversität umfasst eine Vielzahl an Phänomenen menschlicher Vielfalt. So sind autistische, bipolare, und andere Menschen neurodivers. Der Begriff umfasst alle Menschen, die psychologischen Vorstellungen von „Normalität“ nicht entsprechen.

Auch neurodiverse Menschen studieren an unseren Hochschulen und Universitäten. Auch sie sind, wie unsere gesamte Gesellschaft, sehr stark einem konstruierten Ideal von „Normalität“ unterworfen. Allerdings zeigt sich deutlich, dass etwa autistische Menschen darunter leiden, nach außen hin „normal“ wirken zu müssen und dafür abgestraft zu werden, wenn sie nicht gängigen Vorstellungen von sozialer Interaktion oder „normalem“ Verhalten folgen.

In Deutschland sind neurodiverse Studierende noch kaum organisiert. In anderen Ländern, bspw. den USA gibt es bereits mehrere aktive Organisationen. Hier besteht also dringend Handlungsbedarf und die Notwendigkeit, mehr Bewusstsein für die Thematik zu schaffen.

In der Hochschulpolitik landen meist eher sozial aktive Menschen, was für neurodiverse Menschen weitere Hürden schafft. Daher bleibt dieses Thema hier und auch in vielerlei Kontexten intersektionellen Aktivismus unterbelichtet.

Der vorliegende Antrag kann nur der erste Schritt sein in eine tiefgehende Auseinandersetzung des fzs mit diesem Thema. Die Antragsstellenden wünschen sich, dass im Falle einer Annahme verschiedene Ausschüsse darüber beraten, wie dieses Thema in die Verbandsarbeit eingebracht werden kann.

Eine kurze prägnante Definition des Begriffes findet sich unter: <https://neurodiversitysymposium.wordpress.com/what-is-neurodiversity/>

AntragstellerInnen

Vorstand des StuRa; Albert-Ludwigs Universität Freiburg

Studieren ohne Hürden Referat; Albert-Ludwigs-Universität Freiburg

61-7-I-04

AntragstellerInnen: AS u.a.

Gegenstand: TOP 7: Inhaltliche Anträge

Regelstudienzeit ist nicht die Regel

1 Für uns Studierende ist die Regelstudienzeit eines dieser Konstrukte, welche
2 als ständige Bedrohung über uns schwebt.

3 Die Regelstudienzeit scheint das Ideal darzustellen, in welcher Zeit wir unser
4 Studium erfüllen sollten, während alles andere als außergewöhnlich und zu lang
5 gilt. Wer kennt nicht die Fragen der Eltern, wann man endlich fertig sei, wenn
6 die Regelstudienzeit doch schon erreicht sei. Hinzu kommt nicht zuletzt der
7 persönliche Druck, da der Name „Regelstudienzeit“ doch nahe legt, dass dies
8 die Regel zu sein habe.

9 Doch nicht nur ideell wird Druck erzeugt, auch materiell wird es oft ungleich
10 komplizierter, wenn mensch diese „Regel“ nicht einzuhalten scheint: Staatliche
11 Gelder wie BAföG sind daran geknüpft oder der studentische Status für güns-
12 tige Krankenkassenbeiträge. Auch die Hochschulen und Länder unternehmen
13 allerhand, um einen Studienabschluss nach Überschreiten der Regelstudienzeit
14 zu erschweren, indem sie beispielsweise Langzeitstudiengebühren erheben oder
15 Studierende teilweise sogar exmatrikulieren. Dabei schließt die Mehrheit der
16 Studierenden – insbesondere in den Geisteswissenschaften – ihr Studium nicht
17 in der Regelstudienzeit ab und die Regelstudienzeit ist alles andere als die
18 Regel.

19 Dies sind Gründe genug, um sich gegen das Konzept der Regelstudienzeit stark
20 zu machen. Der Begriff ist ursprünglich daran geknüpft, Rahmenbedingungen
21 einzufordern, die das Studieren in einer bestimmten Zeit ermöglichen sollen
22 und daher notwendig sind, um die Studierbarkeit der Studiengänge zu ge-
23 währleisten.

24 Daher bedarf es dringend einer genaueren Betrachtung der damit verbundenen
25 Ziele und einer klaren Positionierung unsererseits dazu; denn wir wollen ein
26 individuell gestaltbares Studium, welches uns nicht in Normen zwingt und
27 allen ermöglicht, ihr Studium erfolgreich abzuschließen.

28

29 **Studierbarkeit gewährleisten**

30 Auch weiterhin ist es notwendig für Studierende, dass die Studier-
31 barkeit ihrer Studiengänge gewährleistet ist. Innerhalb einer gewis-
32 sen Zeit müssen alle erforderlichen Lehrveranstaltungen und Modu-
33 le angeboten werden, um Studierenden zu ermöglichen, innerhalb
34 eines planbaren Zeitraums ihr Studium zu absolvieren. Dabei soll-
35 te beispielsweise vermieden werden, dass das Nicht-Bestehen einer
36 Prüfung das Studium gleich um mehrere Semester verzögert. Außer-
37 dem muss dafür gesorgt werden, dass notwendige Kurse regelmäßig
38 und mit ausreichenden Kapazitäten angeboten werden.

39 Dieser Aspekt der Studierbarkeit stellt einen wesentlichen Aspekt
40 bei der Akkreditierung von Studiengängen dar. Doch der Begriff
41 der Regelstudienzeit wirkt hier schwammig und erzeugt das falsche
42 Bild einer Norm, welche nicht bestehen kann. Der Begriff legt nicht
43 gerade nahe, dass es dabei darum gehen sollte, den Fokus auf das
44 strukturelle Angebot zu richten.

45 **Unsere Forderungen:**

- 46 – Regelstudienzeit darf kein Akkreditierungsmerkmal sein. Wir
47 fordern in den Akkreditierungskriterien deutlich zu machen, um
48 was es Studierenden in diesem Punkt geht, sowie den Begriff der
49 Regelstudienzeit aus der Musterrechtsverordnung zu streichen und
50 durch sinnvolle Konzepte zu ersetzen: Wichtig ist die Bereitstellung
51 der Strukturen, ein Studium in einer bestimmten Zeit studierbar zu
52 machen und die dafür benötigten Angebote zu schaffen. Insbeson-
53 dere Paragraph 3, Absatz 2 muss dahingehend überarbeitet werden
54 (<http://www.akkreditierungsrat.de/fileadmin/Seiteninhalte/KMK/Vorgaben/>
- 55 – Wir unterstützen die Vertreter*innen im studentischen Akkredi-
56 tierungspool dabei, sich weiterhin gegen eine normative und für die
57 Studierenden nachteilige Verwendung des Konzepts einzusetzen.

58

59 **Bessere Planung nach Studiendauer**

60 Eine Planung der Kapazitäten der Hochschulen nach Regelstudienzeit, wie im Hochschulrahmengesetz festgelegt, ist nicht möglich.
61 Bisher lautet die dortige Formulierung: „Die Regelstudienzeit ist
62 maßgebend für die Gestaltung der Studiengänge durch die Hochschule, für die Sicherstellung des Lehrangebots, für die Gestaltung
63 des Prüfungsverfahrens sowie für die Ermittlung und Festsetzung der Ausbildungskapazitäten (§ 29 Abs. 1) und die Berechnung von
64 Studentenzahlen bei der Hochschulplanung.“ <https://www.gesetze-im-internet.de/hrg/HRG.pdf> Gute Lehre kann allerdings nur sicher-
65 gestellt werden, wenn sich die Planung an der tatsächlichen Studiendauer orientiert, welche individuell und aus unterschiedlichsten
66 Gründen verschieden ist. Da die tatsächliche Dauer des Studiums die Regelstudienzeit meist über- aber nicht unterschreitet, kann der
67 tatsächliche Bedarf aufgrund dieser Zahlen nicht ermittelt werden und die notwendigen Kapazitäten können nicht gewährleistet werden.
68
69
70
71
72
73
74
75

76 Dagegen wäre es notwendig, Studienverläufe differenziert zu erfassen und zu berücksichtigen, um zu sehen, wo ein längeres Studium
77 gewünscht ist und wo sie aus verschiedenen Problemen oder Hürden resultieren. Auch Gründe für einen Abbruch sollten genau analysiert
78 werden. Die genauen Zahlen und Gründe sollten ausschlaggebend für die Planung des Lehrangebots sein.
79
80
81

82 **Unsere Forderungen:**

- 83 – Die Planung der Studiengänge soll sich am tatsächlichen Bedarf und den Studienverläufen orientieren.
- 84
- 85 – Das Hochschulrahmengesetz soll entsprechend überarbeitet werden und der Begriff der Regelstudienzeit ersetzt werden.
- 86
- 87 – Hochschulen sollen Studienverläufe und -abbrüche differenziert erfassen und analysieren.
- 88

89

90 **Individuelle Studiendauer**

91 Die Studiendauer ist individuell sehr verschieden. Unter Berufung auf die Regelstudienzeit erfahren jedoch viele Studierende Benachteiligungen, wenn sie länger als diese scheinbare Norm für ihr Stu-
92
93

94 dium benötigen. Direkt nach verstreichen der Regelstudienzeit ist
95 das Beziehen von Bafög nicht mehr möglich, auch andere Sozial-
96 leistungen sind an die Regelstudienzeit geknüpft. Dies ist nicht ge-
97 rechtfertigt, da die Regelstudienzeit nicht der tatsächlichen Dauer
98 des Studiums entspricht. Politisch abzulehnen ist die Regelstudi-
99 enzeit folglich, weil sie individuellen Bildungswegen entgegensteht
100 und zahlreichen Studierenden das Abschließen ihres Studiums er-
101 schwert oder sogar verunmöglicht. Gerade Zwangsexmatrikulierun-
102 gen aufgrund der Semesterzahl sind abzulehnen, da der Abschluss
103 des Studiums immer im Vordergrund stehen muss und Studierende
104 dabei individuell zu unterstützen sind. Auch Langzeitstudiengebüh-
105 ren erschweren das Studium unnötig, indem sie Studierende zusätz-
106 lich zum Studium in die Lohnarbeit zwingen.

107 Gerade in höheren Semestern sollten vielmehr Angebote und Lern-
108 bedingungen geschaffen werden, die die Studierenden dabei unter-
109 stützen, ihr Studium erfolgreich abzuschließen.

110 **Unsere Forderungen:**

111 – Soziale Leistungen, Bafög oder Krankenkassenbeiträge sollen sich
112 nicht an der Regelstudienzeit oder bestimmten Semesterzahlen ori-
113 entieren.

114 – Landesregierungen haben dafür Sorge zu tragen, dass es für die
115 Hochschulen von Vorteil ist, Studierende hin zu ihrem Abschluss
116 zu begleiten und dabei zu unterstützen, ihr Studium abzuschließen.
117 Exmatrikulationen aufgrund der Semesterzahl sind abzulehnen und
118 sollten zu Nachteilen für diejenigen Hochschulen führen, die dies
119 aufgrund der Semesterzahl tun. Die Finanzierung der Studienplätze
120 durch Bund und Länder darf nicht an die Einhaltung von Regelstu-
121 dienzeiten und damit verknüpften Kennzahlen gekoppelt werden.

122 – Langzeitstudiengebühren sind abzuschaffen.

Begründung

Ergibt sich aus der Stellungnahme und den Forderungen.

AntragstellerInnen

AS (Ausschuss der Student*innenschaften)

61-7-I-06

AntragstellerInnen: Nadia Abd El Hafeu u.a.

Gegenstand: TOP 7: Inhaltliche Anträge

Position vom FZS zur Europäischen Union und europäischen Hochschulnetzwerken

1 Die Idee eines geeinten Europas ist die Lehre aus Jahrhunderten der Kriege,
2 Ausbeutung und Unterdrückung. Der daraus entstandene Geist sollte den Be-
3 ginn eines friedlichen, gerechten und freien Kontinents darstellen. Diese Vision
4 möchte der FZS endlich verwirklicht sehen. Wir streiten für ein Europa des
5 21. Jahrhunderts!

6 Spätestens seit der Finanzkrise ist klar, dass ein soziales und geeintes Europa
7 bisher nicht geschaffen werden konnte. Die Chance auf Regulierung der euro-
8 päischen Wirtschaftsordnung zugunsten der Demokratie und Menschlichkeit
9 wurde verpasst, seitdem wurden Grenzregime verschärft und neue innereuro-
10 päische Konflikte geschaffen.

11 Die unsolidarische Sparpolitik in der Eurokrise hat soziale Ungleichheiten ver-
12 stärkt. Soziale Sicherungssysteme können in Ländern wie Griechenland keinen
13 angemessenen Lebensstandard mehr ermöglichen, die (Jugend-)arbeitslosigkeit
14 ist auf einem Rekordhoch angelangt und es fehlen Investitionen in die öf-
15 fentliche Infrastruktur. Die EU muss zeigen, dass sie eine Solidargemeinschaft
16 ist und mit gemeinsamen Investitionen Arbeitslosigkeit senken, Bildungschan-
17 cen erhöhen und der sozialen Sicherungssysteme eine ausreichende Finanzia-
18 rung ermöglichen. Unterschiedliche Regionen in der EU müssen einen ähnli-
19 chen Lebensstandard und Bildungs- sowie Arbeitsmarktperspektiven bieten.
20 Transferleistungen könnten langfristig im Rahmen einer gemeinsamen Fiskal-,
21 Wirtschafts- und Sozialpolitik realisiert werden. Auf der internationalen Ebene

22 könnte sie damit veranschaulichen, wie der neoliberalen Globalisierung staatliche
23 Regulierung und Demokratie folgen kann. Jedoch gibt es auch noch innerhalb
24 des politischen Systems der EU vielfältige demokratische Defizite. Doch
25 ein Europa der Zukunft muss ein Europa der Demokratie sein.

26 Die Europäische Kommission und der Rat sind für uns keine ausreichend demokratisch
27 legitimierten Gremien. Für uns sind politische Interessen keine Interessen von Nationen,
28 sondern von Menschen. Das Europäische Parlament (EP) als das demokratisch legitimierte
29 Gremium: Nach wie vor fehlt dem Europäischen Parlament das Initiativrecht im ordentlichen
30 Gesetzgebungsverfahren und die Zusammensetzung der Kommission hängt immer noch nicht
31 wirklich vom Ausgang der EU-Wahlen ab. Es braucht eine gänzlich dem Parlament verantwortliche
32 Kommission, denn die Legitimation und Accountability der Kommission muss verstärkt
33 werden, auch um deren Arbeit und Funktion transparenter und verständlicher zu machen.
34 Im Zuge der Eurokrise wurde der Handlungsspielraum der Eurogruppe auf Kosten der
35 nationalen Parlamente erweitert, das Europäische Parlament braucht als Ausgleich dafür
36 in Zukunft hierbei stärkere Mitspracherechte.

39 Die Wahrung der Menschenrechte muss auch für die Grenz- und Migrationspolitik
40 der EU gelten. Anstatt, dass seit Jahren zehntausende Menschen vor den Grenzen
41 der EU im Mittelmeer ertrinken, auf dem Weg dorthin verdursten oder versklavt
42 werden, müssen sichere Fluchtwege geschaffen werden. Gleichzeitig dürfen nicht die
43 Flüchtlinge durch Kooperationen mit autokratischen Herrschern brutal bekämpft
44 werden, was nebenbei auch undemokratische Strukturen stärkt und eine nachhaltige
45 wirtschaftliche Entwicklung hemmt und damit zur prekären Lage der Flüchtlinge
46 beiträgt, sondern Fluchtursachen wie ethnische und politische Konflikte oder extreme
47 Armut. Die momentane Handels- und Agrarpolitik und die Rüstungsexporte widersprechen
48 der behaupteten Rolle der EU als Garant für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und
49 Freiheit in der Welt.

51 Rechtspopulistische und rechtsextreme Parteien werden immer stärker und sind
52 Teil von Parlamenten und Regierungen. Sie stellen nicht nur die multilaterale
53 Zusammenarbeit innerhalb der EU-Institutionen infrage, sondern auch Demokratie,
54 Rechtsstaatlichkeit und die Menschenrechte. Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus
55 und Antifeminismus haben Hochkonjunktur. Die EU darf diesen Prozessen nicht
56 tatenlos zuschauen. Dabei reicht es nicht nur mit Strafen zu drohen, sondern es
57 bedarf einer grundlegenden Vertiefung und Demokratisierung der Europäischen
58 Institutionen und ihrer Politiken, um die Vorteile einer geeinten und starken EU
59 konkret zu zeigen und transparenter

60 zu machen. Dabei geht es nicht um die Entstehung eines zentralisierten, eu-
61 ropäischen Super-Staates, sondern um die Verlagerung von Kompetenzen in
62 denjenigen Politikfeldern, in denen eine supranationale Zusammenarbeit von
63 Vorteil ist. Für einen echten Politikwechsel braucht es aber eine europäische
64 Solidargemeinschaft, in der auf europäischer Ebene über Politikentscheidungen
65 und nach den besten Kompromissen gestritten wird und nicht innerhalb von
66 Mitgliedstaaten auf Kosten anderer Länder oder der EU. Fortschrittliche Kräfte
67 kämpfen dafür bereits in der EU und sind wesentlich für vergangene Erfolge
68 im Umweltschutz und Durchsetzungen der Menschenrechte verantwortlich.

69 In dieser umkämpften Situation findet auch Macrons Vorstoß für supranatio-
70 nale Universitäten statt. Durch die künstliche Verknappung der Grundfinan-
71 zierung herrscht eine permanente Konkurrenz zwischen marktförmigen, also
72 unternehmerischen Universitäten. Durch die wettbewerbsförmige Vergabe von
73 Geldern staatlichen oder privaten Drittmitteln wird so eine vertikale Diffe-
74 renzierung von Hochschulen bis dato vor allem innerstaatlich durchgesetzt.
75 Die Konsequenz sind einerseits wenige besser finanzierte Exzellenzuniversitä-
76 ten (oder sogar nur bestimmte Fachbereiche) und viele weiterhin massiv un-
77 terfinanzierte. Vor allem aber findet in allen Hochschulen eine Ausrichtung an
78 die Erwartungen der Drittmittel-Geber*innen und damit eine Mainstreami-
79 sierung statt, die der Wissenschaft ihren kritischen Stachel, und damit ihre
80 bedeutendste gesellschaftliche Funktion zieht.

81 Auf der Europa-Ebene besteht eine weitere Ebene der Differenzierung über
82 die sehr unterschiedlichen Finanzierungssituationen staatlicher Universitäten
83 und damit auch über die Zugangsmöglichkeiten. So ist eine soziale Öffnung
84 in Deutschland teilweise erkämpft wurden und bis heute umkämpft, in an-
85 deren Staaten bleiben Hochschulen weiterhin einigen, wenigen Menschen vor-
86 behalten. Die europäische Austeritätspolitik verschlechtert die Finanzierungs-
87 situation in allen Mitgliedsstaaten weiter. In dieser Situation wollen die Vor-
88 antreibenden des Netzwerks Europäischer Universitäten eine Wahrnehmung
89 eines fortschrittlichen Charakters verbreiten. De facto sind die Vorschläge
90 für europäische Universitäten eine weitere Verschärfung der jetzigen Situa-
91 tion, die die Leuchtturm-Unis der einzelnen Mitgliedsstaaten in Konkurrenz
92 untereinander und gegen die anderen Universitäten führen soll. So können
93 einzelne Europa-Universitäten in einer systematisch unterfinanzierten und
94 Drittmittel-abhängigen Hochschullandschaft nicht Orte demokratischer Parti-
95 zipation, emanzipatorischer Bildung und kritischer Forschung sein. Erst die be-
96 darfungsgerechte Grundfinanzierung aller europäischen Universitäten kann diesen
97 neuen Typus von Universitäten hervorbringen, die in wirklich freier Koopera-
98 tion die solidarische Forschung an gemeinsamen Problemstellungen gestalten.

99 Diese Möglichkeit bietet ein enormes Potential an produktiver Wissenschaft,
100 für das es an allen Universitäten zu streiten lohnt – nicht zuletzt indem lokale
101 Bündnisse gegen die deutsche und europäische Steuer- und Austeritätspolitik
102 gegründet werden. Weiterhin gilt es hierfür die Ungleichheit an der Univer-
103 sität und weltweit durch eine internationalistische Ausrichtung zurückzudrän-
104 gen: Einerseits indem wir an unseren Universitäten die Selbstorganisation von
105 Ausländer*innen unterstützen, und den Kampf gegen die gegen sie gerichteten
106 Repressionen als spezifischen Teil unseres allgemeinen Kampfes für eine soziale
107 Universität, für eine allgemeine Studierendenvergütung, für ein gebührenfreies
108 Studium und für ein inklusives Studium verstehen.

109 Mit diesem Programm streben wir als FZS, ausgehend von den Hochschulen
110 Europas an, den europäischen Geist für ein wirklich friedliches, gerechtes und
111 freies Europa zu verwirklichen.

Begründung

Die EU-Parlamentswahlen stehen kurz bevor – wir wollen Alternativen zum
aktuellen EU-Konzept aufzeigen und hin zu einem europaweiten, solidarischen
Zusammenschluss wirken. Weiteres erfolgt mündlich!

AntragstellerInnen

Nadia Abd El Hafeu (Campusgrün-BuVo)

61-7-I-07

AntragstellerInnen: Nadia Abd El Hafez u.a.

Gegenstand: TOP 7: Inhaltliche Anträge

Gegen jeden Neoliberalismus!

1 Der Neoliberalismus wurde zwischen den 70er- und 90er-Jahren vorherrschend
2 und löste damit den "Korporatismus" aus der Nachkriegszeit ab, der auf eine
3 keynesianische Wirtschaftspolitik setzte.¹ Kennzeichnend für den Neolibera-
4 lismus sind ein Marktradikalismus, die Feindschaft gegenüber dem Sozialstaat
5 und ein Begriff von "Freiheit" bzw. Liberalismus, der allein auf die Freiheit von
6 staatlichen Zwängen ("negative" Freiheit) setzt und nicht auf die ermöglichenden
7 bzw. "positive" Freiheit, also der, die materielle Ressourcen bereitstellt, die
8 den Menschen eine möglichst freie Entfaltung ihrer Selbst ermöglichen wür-
9 de.

10 Spätestens seit der Finanzkrise 2009, in der das Scheitern des politischen Mark-
11 tradikalismus deutlich wie nie zuvor geworden ist, kann sich kein ernsthafter
12 Politiker mehr politisch als "neoliberal" outen. In weiten Teilen der gesellschaft-
13 lichen Linken grenzt man sich gerne vom Neoliberalismus ab. Dass der Begriff
14 verbrannt ist, hat aber noch längst nicht dazu geführt, dass die jahrzehntelang
15 vorherrschende neoliberale Politik wieder abgewickelt wurde. So sind zum Bei-
16 spiel die Hartz-Gesetze nach wie vor in Kraft, die Vermögenssteuer immer noch
17 nicht wiedereingeführt, die Universitäten werden immer mehr zu Unternehmen
18 zur Produktion von "Humankapital" und die Vermögenskonzentration nimmt
19 immer weiter zu. Das Problem besteht sehr wesentlich darin, dass es der ge-
20 gesellschaftlichen Linken nicht gelungen ist, über die formelle Abgrenzung vom
21 Label "neoliberal" hinauszukommen.

22 Als zentrale Elemente der weiteren anti-neoliberalen Auseinandersetzung fas-
23 sen wir:

24 **Der Mythos vom Antagonismus zwischen wirtschaftlichem Wach-**
25 **stum und Vollbeschäftigung einerseits und Sozialem, Umverteilung**
26 **und guten Löhnen andererseits:**

27 Der Neoliberalismus behauptet, ein flexibler und deregulierter Arbeitsmarkt
28 mit geringen Lohnkosten für die Unternehmen und wenig Umverteilung (z.B.
29 in Form von Unternehmensbesteuerung) würden zu niedriger Arbeitslosigkeit
30 und gutem wirtschaftlichem Wachstum führen. Das ist jedoch falsch. Das we-
31 sentliche Hemmnis für Wachstum ist in entwickelten Volkswirtschaften nicht
32 die Tatsache, dass Unternehmen zu wenig Geld hätten, um investieren, For-
33 schen und Leute einstellen zu können – sondern, dass sie das nur dann auch
34 tun werden, wenn die damit verbundene Ausweitung der Produktion sich auch
35 lohnt. Und das wiederum ist nur dann gegeben, wenn die gesamtwirtschaftliche
36 Nachfrage, die hauptsächlich von den Masseneinkommen abhängt, ausreichend
37 wächst. Höhere Löhne und mehr Umverteilung führen also in Wahrheit zu we-
38 niger Arbeitslosigkeit, mehr Wachstum und mehr technologischem Fortschritt
39 (allerdings weniger Reichtum für Reiche). Davon unabhängig ist durchaus in
40 Frage zu stellen, ob wirtschaftliches Wachstum ein immer sinnvolles Ziel ist.

41 **Der Mythos, dass Sparen gut und Schulden böse seien:**

42 Der Neoliberalismus verallgemeinert die Beobachtung, dass Sparsamkeit für
43 einzelne Privathaushalte langfristig ökonomischen Wohlstand bedeutet, auf
44 gesamte Volkswirtschaften (Analogie der “schwäbischen Hausfrau”). Erstens
45 können Volkswirtschaften nicht als ganze sparen, Vermögen und Schulden sum-
46 mieren sich immer zu null. Zweitens: Wenn Unternehmen sich verschulden, um
47 zu investieren, wenn Privathaushalte sich verschulden, um zu konsumieren oder
48 wenn Staaten Schulden aufnehmen, um zu investieren oder sozial umzuvertei-
49 len, nützt dies der wirtschaftlichen Entwicklung. Die einzige Möglichkeit, als
50 Volkswirtschaft mehr zu sparen als auszugeben, ist, wenn das Ausland sich ver-
51 schuldet – das kann allerdings, im Hinblick auf Eurokrise und Arbeitslosigkeit
52 in den südeuropäischen Staaten, keine Lösung sein.

53 **Konkurrenzideologie; Glorifizierung des Wettbewerbs; “There is no**
54 **such thing as society“**

55 Der Neoliberalismus propagiert, dass die Prinzipien, nach denen der Wettbe-
56 werb zwischen Unternehmen im Kapitalismus funktioniert, also Profitstreben,
57 Effizienz und Egoismus, ebenfalls sinnvolle Prinzipien für die gesellschaftli-
58 chen Verhältnisse zwischen Menschen und Gruppen von Menschen bis hin zu

59 Staaten sei. Damit wird der Vereinzelung von Menschen, dem Niedrigsteu-
60 erwettbewerb zwischen Staaten, der “marktkonformen Demokratie“, der Ink-
61 aufnahme bestehender Ungleichheit, der Ökonomisierung aller Lebensbereiche
62 und der Behauptung, in der Politik ginge es um die Durchsetzung von Ein-
63 zelinteressen, das Wort geredet. Jede linke Organisation oder überhaupt die
64 Überzeugung davon, dass es ein Allgemeininteresse gibt, wird dadurch infrage
65 gestellt. In Wahrheit ist der Mensch ein gesellschaftliches Wesen, und auch
66 unser Wohlstand wird nicht durch Individuen geschaffen, die sich konkurrenz-
67 haft gegen andere durchzusetzen, sondern durch gesellschaftlich organisierte
68 Arbeitsteilung.

69 **Leistungsträger*innenideologie**

70 Der Neoliberalismus propagiert, dass individueller Wohlstand die Folge von be-
71 sonderer Leistungsbereitschaft und umgekehrt Armut die Folge von “Faulheit“
72 sei. Damit wird verschleiert, dass der Kapitalismus, insbesondere in seiner der-
73 zeitigen Form, extrem ungleiche Voraussetzungen für Menschen bedeutet (ins-
74 besondere zum Beispiel Erbschaften) – und außerdem, dass der Kapitalismus
75 nicht nur ein ökonomisches, sondern ein Herrschaftsverhältnis ist. Damit wird
76 die extreme Ungleichheit, die der Kapitalismus produziert, als gerecht ver-
77 marktet und außerdem jede Maxime für die individuelle Lebensführung, die
78 nicht das Streben nach ökonomischem Reichtum ist, als “Faulheit“ diffamiert.
79 Aber auch die Bestrebung einiger Teile der gesellschaftlichen Linken, “Chan-
80 cengleichheit“ zu realisieren, ist letztlich eine Annahme und keine Verwerfung
81 der Leistungsideologie – behauptet sie doch, dass alles gerecht sei, wenn nur
82 alle benachteiligten Menschen empowert würden, bis sie die gleichen Startvor-
83 aussetzungen haben (wann immer das im Kapitalismus sein soll), nur damit
84 sie danach wieder die Ellenbogen gegeneinander ausfahren können.

85 Es wird deutlich: Der Neoliberalismus war als Ideologie extrem erfolgreich.
86 Viele Begriffe, Argumentationen und Konzepte, die in der politischen Debatte
87 verwendet werden, sind neoliberal geprägt und verfestigen falsche Vorstellun-
88 gen über gesellschaftliche Realitäten. Solange diese Mythen nicht gesamtgesell-
89 schaftlich verworfen werden, ist es schwer bis unmöglich, den gesellschaftlichen
90 Diskurs wieder echt nach links zu verschieben – und nicht zuletzt dadurch erst
91 wieder wirkungsvoll handlungsfähig gegen den aktuellen Erfolg von Rechten
92 zu werden.

93 Der FZS setzt sich konsequent für den Abbau sozialer und ökonomischer Un-
94 gleichheit ein. Dies beinhaltet auch die Rechtfertigung dieser Ungleichheit
95 durch eine vorgebliche ökonomische Notwendigkeit als ideologisch zu demaskie-
96 ren. Wir sprechen uns gegen eine Konkurrenzideologie aus, die zur Vereinzelung

97 von Menschen, zu Ungleichheit und der Ökonomisierung aller Lebensbereiche
98 führt. Stattdessen wollen wir die Gemeinschaft in den Vordergrund stellen und
99 solidarische und gemeinwohlorientierte Wirtschaftsformen finden.

100 Der FZS beschließt,

101 1. der neoliberalen Ideologie entschieden den Kampf anzusagen. Zur neoli-
102 beraler Ideologie gehört für uns im speziellen auch, wie oben beschrieben,
103 der “Trickle-down“-Mythos, die Sparsamkeits-, Konkurrenz-, Leistungsträ-
104 ger*innenideologie und die Feindschaft gegenüber dem politischen Prozess und
105 seinen Institutionen.

106 2. sich dem mit der neoliberalen Ideologie einhergehenden Sozialabbau, der
107 fortschreitenden Privatisierung und Ökonomisierung der Daseinsvorsorge (z.B.
108 Bildung, Pflege, Wohnen) sowie der Schuldenbremse entgegen zu stellen und
109 für materielle Verbesserungen zu kämpfen. Das schließt insbesondere angemes-
110 sene Löhne, solidarisches Wirtschaften und ein gutes Leben für alle ein.

111 3. grundsätzlich alle, insbesondere die in 1. benannten, neoliberalen Konzepte
112 und Begriffe², mit denen sie im politischen Diskurs konfrontiert ist, als sol-
113 che zu benennen, über die dahinterliegenden Mythen aufklärt und scharf als
114 Ungleichheitsideologie verurteilt.

115 1 Siehe weiterführende Literatur zur Geschichte des Neoliberalismus, ua.:
116 Schui, Helmut: Die Krise des Wohlfahrtsstaates durch unsachgemäße Politik:
117 Die politische Vorbereitung des Neoliberalismus. In: Schui et al.: Wollt ihr den
118 totalen Markt? – der Neoliberalismus und die extreme Rechte, Droemersch
119 Verlagsanstalt Th. Knaur Nachf., München 1997, S.45-52.

120 2 Zum Beispiel: die “schwäbische Hausfrau“; die Behauptung, man könne “über
121 seine Verhältnisse leben“; die Behauptung, bei Lohnerhöhungen würde Ar-
122beitslosigkeit entstehen; die moralische Einteilung in “gut/schlecht“ für Spar-
123samkeit und Verschuldung; dass Staaten nicht mehr ausgeben könnten, als sie
124 einnehmen; die Glorifizierung der Exportabhängigkeit (und damit des Nied-
125 riglohnsektors) Deutschlands.

Begründung

Wir stellen uns gegen Sozialabbau, Privatisierung und die Schuldenbremse und wollen für angemessene Löhne, solidarisches Wirtschaften und ein gutes Leben für alle (so auch Studis) wirken.

Alles weitere erfolgt mündlich.

AntragstellerInnen

Nadia Abd El Hafez (Campusgrün BuVo)

61-7-I-08

AntragstellerInnen: Nadia Abd El Hafez u.a.

Gegenstand: TOP 7: Inhaltliche Anträge

Solidarität mit den um ihre Verfasstheit kämpfenden Studierendenschaften

1 Demokratie ist keine abstrakte Idee, sondern benötigt zu ihrer Realisierung
2 kritische Individuen, die sich mit gesellschaftlichen Verhältnissen auseinander-
3 setzen, sie analysieren und gegen Missstände vorgehen. Der FZS zeigt sich
4 solidarisch mit den U-AStA-Strukturen und studentischen Initiativen in Bay-
5 ern und unterstützt Kampagnen zur Wiedereinführung der dortigen Verfassten
6 Studierendenschaften. Er erklärt sich darüber hinaus solidarisch mit allen an-
7 deren Studierendenschaften, die gegen rechte Kräfte um den Erhalt ihres Man-
8 dats kämpfen müssen. Studentische Selbstorganisation, das allgemeinpolitische
9 Mandat und die Finanzautonomie der Studierendenschaft sind notwendige Be-
10 dingungen für demokratische Universitäten.

11 Die Verfasste Studierendenschaft wurde als Reaktion auf die 68er-Bewegung
12 und das verstärkte Eingreifen in allgemeinpolitische Auseinandersetzungen für
13 ein menschenwürdiges Leben für alle in Bayern 1973 abgeschafft und vier Jahre
14 später in Baden-Württemberg. In den damals CDU/CSU-geführten Bundes-
15 ländern wurde zur Begründung der Entdemokratisierung von Hochschulen der
16 Mythos bemüht, es gelte, einen linksterroristischen "Sumpf" auszutrocknen.
17 Dass es ein Angriff auf die Meinungsfreiheit und die demokratischen Grund-
18 werte ist, kritische Stimmen auf diesem Weg zum Schweigen zu bringen, igno-
19 rierten die damaligen Regierungen. Ebenso, dass die Studierendenvertretungen
20 nach dem Zweiten Weltkrieg in Anerkennung der gesellschaftlichen Bedeu-
21 tung von Universitäten mit dem Ziel geschaffen wurden, wieder demokratische
22 Strukturen in Deutschland aufzubauen. Denn jedes System kann nur dann ein
23 demokratisches sein, wenn es in all seinen Instanzen demokratisch organisiert

24 ist. Auf das Verhältnis von Staat und Universität bezogen ist dies besonders
25 relevant, da Universitäten einen Bildungsauftrag zu erfüllen und Lösungen für
26 gesellschaftliche Probleme zu finden haben. Um solche Probleme durch demo-
27 kratische Prozesse erfassen, analysieren und bearbeiten zu können, bedarf es
28 selbstverständlich einer demokratisch legitimierten und gesetzlich verankerten
29 Vertretung der größten Mitgliedergruppe einer Universität durch eine Verfass-
30 te Studierendenschaft. Es überrascht nicht, dass die Entscheidungen von 1973
31 und 1977 unter den beiden Ministerpräsidenten Alfons Goppel, einem ehema-
32 ligen Mitglied der SA und der NSDAP, bzw. Hans Filbinger, einem ehemaligen
33 NS-Marinerichter, fielen.

34 Seit dieser Zeit haben Studierende permanent auf dieses undemokratische Miss-
35 verhältnis hingewiesen. Denn nur unabhängige, selbstorganisierte und demo-
36 kratische Verfasste Studierendenschaften bieten die Bedingungen für eine um-
37 fassende Vertretung der Interessen der Studierenden und gute Bedingungen für
38 die Wahrnehmung der gesellschaftlichen Verantwortung von Universitäten. Es
39 müssen überall die Bedingungen hergestellt werden, die politischen, sozialen
40 und kulturellen Belange der Studierenden innerhalb der Universität und nach
41 außen repräsentieren zu können. So ist z.B. die Finanzautonomie notwendig,
42 um handlungsfähig zu sein und nicht, wie beispielsweise in Bayern, auf gerin-
43 ge finanzielle Mittel, die durch die Universitätsleitung gönnerhaft und unter
44 Abgleich mit den eigenen Interessen je im Einzelfall "bewilligt" werden, ab-
45 hängig zu sein. Dafür ist das allgemeinpolitische Mandat wesentlich. Konflikte
46 an Hochschulen entstehen nie im luftleeren Raum, sondern sind Ausdruck von
47 gesamtgesellschaftlichen Auseinandersetzungen. Deshalb sind sie auch nicht
48 davon losgelöst zu betrachten, sondern müssen kontextualisiert und politisch
49 entlang gesellschaftlicher Konfliktlinien diskutiert werden. Wir fordern des-
50 halb freie Meinungsäußerung für unabhängige Verfasste Studierendenschaften,
51 um politische Handlungsfähigkeit herzustellen und zu sichern! Hochschulpoli-
52 tik als Gesellschaftspolitik ist ganz akut notwendig, das zeigen auch die neuen
53 Autoritäts-Maßnahmen in Bayern und Baden-Württemberg. So ist das CSU-
54 Polizeigesetz 2018 auch dadurch möglich geworden, dass es in Bayern keine or-
55 ganisierte und Verfasste Studierendenschaft und damit weniger Raum für pro-
56 gressive politische Organisation gibt. Insgesamt brauchen wir Universitäten,
57 in denen die gesellschaftlichen Verhältnisse analysiert und kritisiert werden,
58 damit gemeinsam eine soziale, gerechte Alternative zum neoliberalen Status
59 Quo entwickelt und durchgesetzt werden kann.

60 Um beispielsweise zu Akkreditierung Stellung zu nehmen, muss die Möglich-
61 keit gegeben sein, sich frei und kritisch damit auseinanderzusetzen, Konzepte
62 und Alternativen zu entwickeln und in die gesamtgesellschaftlichen Verhältnis-

63 se zu kontextualisieren. Besonders effektiv kann dies durch den vorhandenen
64 Zusammenschluss im FZS erfolgen. Denn, wenngleich hochschul- und bildungs-
65 politische Entwicklungen sich teilweise auf Länderebene abspielen, ist gerade
66 dann eine einordnende Vernetzung sinnvoll, um sich auf andernorts bereits
67 erkämpfte Fortschritte berufen zu können. Zudem ist beispielsweise eine Ana-
68 lyse und Einschätzung des fzs von bundesweiten Neuerungen, wie der 2017
69 in Kraft getretenen Ausweitung des Mutterschutzgesetzes auf Studentinnen,
70 deutlich effizienter, als wenn diese von allen Studierendenschaften je einzeln
71 erstellt werden müsste. Auch zu sozialen Themen ist die Organisation von
72 bundesweiten Kampagnen sinnvoll, wie beispielsweise in der FZS-Kampagne
73 gegen Wohnraummangel (2018).

74 Die Notwendigkeit politisch handlungsfähiger Studierendenschaften, welche
75 sich aktiv für die Verbesserung der Studienbedingungen wie für die Bearbei-
76 tung sozialer Probleme einsetzen, drückte sich in den zahlreichen jahrelangen
77 Protesten und Forderungen zur Wiedereinführung der Verfassten Studieren-
78 denschaft aus – mit streckenweisem Erfolg: Bedingt durch den Bildungsstreik
79 von 2009/2010 musste die Grün-Rote Landesregierung in Baden-Württemberg
80 dem Druck der Studierenden nachgeben und führte die Verfasste Studieren-
81 denschaft dort 2012 wieder ein. Der Verfassten Studierendenschaft wurde im
82 baden-württembergischen LHG § 65 (4) zugesprochen: “Im Rahmen der Er-
83 füllung ihrer Aufgaben nimmt die Studierendenschaft ein politisches Mandat
84 wahr.“ Ein Recht, das in dieser Explizitheit mit der Reform 2017 – wiederum
85 auf Verlangen der CDU – gestrichen wurde. Kurz darauf wurden 2017 zudem
86 Studiengebühren für Ausländer*innen eingeführt.

87 Doch drastischer noch ist die Lage in Bayern, wo eine Verfasste Studierendens-
88 chaft noch immer nicht wieder eingeführt wurde. Dies macht sich für dort Stu-
89 dierende unmittelbar finanziell bemerkbar, unter anderem durch die deutsch-
90 landweit studierendenunfreundlichsten Semestertickets. Auch werden dort bei-
91 spielsweise Studierende, die ihr 10. Bachelorsemester überschreiten, zwangsex-
92 matrikuliert. Die Studierenden- und Bildungsproteste waren in Baden- Würt-
93 temberg ausschließlich durch die finanzielle Unterstützung und Solidarität der
94 Verfassten Studierendenschaften, unter anderem auch durch die Hilfe des Dach-
95 verbandes fzs, möglich. Ebenfalls waren viele studentische Projekte nur mit de-
96 ren Unterstützung realisierbar, wie zum Beispiel die Organisation des festival
97 contre le racisme, lady*feste und Demo-Material. Diese Hilfe muss weiterhin
98 den Studierendeninitiativen in Bayern zukommen.

99 Auch in Nordrhein-Westfalen sind die bereits erkämpften hohen Standards – ei-
100 ne Viertelparität sowie eine Zivilklausel sind dort im Hochschulgesetz verankert

101 – weiterhin umkämpft. Seit der schwarz-gelben Regierungskoalition wird jetzt
102 auch dort von konservativ-neoliberaler Seite versucht, die Errungenschaften
103 einer progressiven VS durch eine Hochschulgesetzänderung völlig zunichte zu
104 machen. So sollen neben Viertelparität und Zivilklausel auch gesetzlich veran-
105 kerte, verhältnismäßig gute Beschäftigungsbedingungen für Mitarbeiter*innen
106 an Hochschulen abgeschafft und Studiengebühren für Ausländer*innen einge-
107 führt werden. So soll das kritische Potential von Universitäten und Verfassten
108 Studierendenschaften unterdrückt werden. In der harten Bekämpfung durch
109 rechte, konservative und neoliberale Regierungen und politischer Akteur*innen
110 zeigt sich die Wirksamkeit der Arbeit der Verfassten Studierendenschaften
111 für Demokratisierung, Allgemeinwohlorientierung und kritischer Aufklärung
112 an Hochschulen und in der Gesellschaft. Dass diese notwendige Arbeit Verfas-
113 ster Studierendenschaften weitergeführt und weiter ausgebaut werden kann,
114 geht uns alle etwas an – überall in Deutschland und über die Bundesrepublik
115 hinaus!

Begründung

Der FZS zeigt sich solidarisch mit den U-AStA-Strukturen und studentischen Initiativen in Bayern und unterstützt Kampagnen zur Wiedereinführung der dortigen Verfassten Studierendenschaften. Er erklärt sich darüber hinaus solidarisch mit allen anderen Studierendenschaften, die gegen rechte Kräfte um den Erhalt ihres Mandats kämpfen müssen.

Alles weitere erfolgt mündlich.

AntragstellerInnen

Nadia Abd El Hafez (Campusgrün BuVo)

61-7-I-09

AntragstellerInnen: Ausschuss Internationales

Gegenstand: TOP 7: Inhaltliche Anträge

Solidarität mit den studentischen Protesten in Albanien

1 Seit Dezember vergangenen Jahres finden massive Proteste von Student*innen
2 in Albanien statt. Der Protest richtete sich gegen die von der albanischen
3 Regierung beschlossenen, verdoppelte Prüfungsgebühren, sowie die massiv ge-
4 stiegenen Studiengebühren. Nach massiven Protesten ist die Entscheidung auf-
5 gehoben worden, die Bildungsproteste halten jedoch an, da ein Großteil der
6 Forderungen bisher nicht durchgesetzt wurde. Daher solidarisiert sich der freie
7 Zusammenschluss von student*innenschaften mit den Bildungsprotesten und
8 den Forderungen der #MeStudentet Bewegung:

9 1. Die Aufstockung des Haushalts für Bildung auf 5% des BIP, um für jede
10 Studienstufe die Verbesserung des Unterrichts und der Infrastruktur (Univer-
11 sitäten und Wohnheime) bei Studiengebühren in halber Höhe zu gewährleis-
12 ten;

13 2. Transparenz des Haushalts des Ministeriums für Bildung und Hochschulen,
14 Veröffentlichung aller Ausgaben online;

15 3. Die Erhöhung der studentischen Stimmzahl von 10% auf 50% für die
16 Wahlen der Dekan*innen, Rektor*innen und Auswahl der Professor*innen;
17 Repräsentation der Student*innen im akademischen Senat;

18 4. Die Überprüfung der akademischen Titel auf Plagiate, Überprüfung von
19 Plagiaten bei Doktorand*innen und von Lehrbüchern auf Plagiate;

20 5. Auf der Grundlage von Artikel 99 Abs. 2 des Hochschulgesetzes, betref-
21 fend die Studierendenräte, wird gefordert, dass der Verwaltungsrat der Hoch-
22 schulen zu gleichen Teilen vom akademischen Senat und aus den Hochschulen
23 benannten Vertreter*innen besetzt wird und ein*e Repräsentant*in der Stu-
24 dent*innenschaft ebenfalls beteiligt wird;

25 6. Die Bereitstellung eines Student*innenausweises für alle Student*innen für
26 das akademische Jahr 2018-19;

27 7. Den Bau von kostenlosen Bibliotheken mit Zuga zu (europäischen) Online-
28 Katalogen und Onlinezugang für Student*innen in albanischer Sprache;

29 8. Evaluation von Professor*innen in Hinblick auf Lehre und Forschung im
30 Hinblick u.a. auf Onlinepublikationen und Kursanmeldungen

31 Diese 8 Bedingungen wurden als Vorbedingungen der Student*innen für Ge-
32 spräche mit dem Premierminister genannt. Gesprächsangebote, welche diese
33 Forderungen ignorierten oder nur zum Teil erfüllten, wurden von Seiten der
34 Student*innen abgelehnt, stattdessen halten die fiedlichen Proteste weiterhin
35 an. Mit Wiederaufnahme der Proteste im Januar kam es zu zahlreichen Beset-
36 zungen von Hochschulen in Albanien.

37 Der freie Zusammenschluss von StudentInnenschaften begrüßt die Proteste der
38 Studen*innen in Albanien und solidarisiert sich mit ihnen. Dabei ist dem fzs
39 bewusst, dass die Forderungen mit der Situation in Albanien eng verbunden
40 sind und nicht notwendigerweise den Positionen des fzs entsprechen, so ist z.B.
41 die Halbierung von Studiengebühren als eine wichtige Forderung auf dem Weg
42 zu deren Abschaffung zu sehen.

43 Der fzs und seine Mitglieder mögen:

- 44 – sich solidarisch mit den Protesten des StudentsBloc in Albania zeigen
- 45 – auf Twitter und Facebook den Hashtag #MeStudentet nutzen um Fotos und
46 Videos posten, die die 8 Forderungen präsent zu machen und den Druck auf
47 den sozialistischen Primieminister Edi Rama erhöhen
- 48 – Kontakt mit dem BMBF hinischtlich der studentischen Proteste suchen

Begründung

erfolgt mündlich

AntragstellerInnen

Ausschuss Internationales

61-7-I-10

AntragstellerInnen: Ausschuss Studienreform

Gegenstand: TOP 7: Inhaltliche Anträge

Das E in MINT steht für Ethik

1 Immer mehr Student*innen studieren in MINT-Fächern. In diesen fehlt es al-
2 lerdings oft an Reflektionsangeboten. Insbesondere in den Zeiten der Digitali-
3 sierung spielt die Reflektionsfähigkeit in dennaturwissenschaftlich-technischen
4 Fächern eine große Rolle. Künstliche Intelligenz, Data Mining, Robotic, Auto-
5 nomes Fahren, Vernetzte Welt und Big Data sind die Stichworte der Digitali-
6 sierung, die sowohl wissenschaftlich als auch gesellschaftlich kritisch in ihrem
7 Kontext hinterfragt werden müssen.

8 Viele Studiengänge sind vor allem auf technisch-fachliche und methodische
9 Kompetenzen ausgerichtet. Es geht darum, die Student*innen in die Lage zu
10 versetzen, ein System* zu entwerfen, zu optimieren und zu realisieren. In-
11 nerhalb dieser Konzeption des Studiums bleibt die kritischen Reflexion häu-
12 fig eine Leerstelle. Die meisten Student*innen werden weder dazu angeleitet
13 noch dazu befähigt, kritisch über das eigene Handeln, das eigene Fach und
14 die vermittelten Inhalte zu reflektieren. Mögliche gesellschaftliche Auswirkun-
15 gen der vorgelesenen Technik und Systemen sind nicht Teil des Studiums. Die
16 Überlegung, welche Methodik an welcher Stelle genutzt wird, beschränkt sich
17 ausschließlich auf die Frage, ob die Methode zu dem System passt. Die Frage,
18 ob es sinnvoll ist, bestimmte Modelle* zu nutzen, wird hingegen nicht gestellt.
19 Die Student*innen werden daher nicht dazu befähigt, sich mit diesen Fragen
20 zu befassen.

21 “Man wird weiter die Erwägung nicht von sich abweisen können, dass die Er-
22 findung der Atombombe, die buchstäblich mit einem Schlag Hunderttausende
23 auslöschen kann, in denselben geschichtlichen Zusammenhang hineingehört wie
24 der Völkermord. Die sprunghafte Bevölkerungszunahme heute nennt man gern

25 “Bevölkerungsexplosion“: es sieht so aus, als ob die historische Fatalität für die
26 Bevölkerungsexplosion auch Gegenexplosionen, die Tötung ganzer Bevölkerungen,
27 bereit hätte. Das nur, um anzudeuten, wie sehr die Kräfte, gegen die man
28 angehen muss, solche des Zuges der Weltgeschichte sind.“ (1)

29 Wie schon im Aufsatz „Erziehung nach Auschwitz“ gefordert wird, soll entgegen
30 eines verdinglichten Bewusstseins gerade hinsichtlich der Fetischisierung
31 der Technik, eine Bildung zur Autonomie gesetzt werden.*

32 Im Konkreten heißt das, dass die kontextgebundene Anwendung von Fähigkeiten,
33 etwa in den naturwissenschaftlichen Fächern mit ethischer Zielabschätzung
34 vermittelt werden soll. Diese Zielabschätzung steht immer im Kontext
35 einer gesellschaftlichen Norm und soll das Handeln innerhalb dieser als auch
36 die Norm als solche in die Zielabschätzung einbeziehen.

37 Studentische Vertretungen versuchen in den studiengangsgestaltenden Gremien
38 immer wieder, derartige Module in den Studienplan aufzunehmen, doch
39 verwehren sich viele Professor*innen dagegen, Ethik und die kritische Reflexion
40 über das Fach sowie Zielabschätzungen in ihr Studium aufzunehmen, da
41 sie die Relevanz für das Fach nicht sehen.

42 Der fzs fordert die Hochschulen auf, insbesondere in den naturwissenschaftlich-
43 technischen Fächern den Student*innen durch eine Konzeption der Fächer, die
44 eben kritische Weltaneignungen im Pflichtkanon enthalten, die Wichtigkeit von
45 ethischem Denken nahezubringen und damit auch in den Freiräumen des Studiums
46 diese Auseinandersetzung zu fördern. Die Student*innen, die die späteren
47 Expert*innen in der Digitalisierung darstellen, müssen befähigt werden, kritisch
48 über ihr Handeln reflektieren zu können. Eine reine Verschiebung dieses
49 Themenkomplexes in den Wahlbereich wird der Relevanz des Themas nicht
50 gerecht.

51 Der fzs fordert daher:

- 52 1. Alle Studiengänge müssen verpflichtende Anteile zum kritischen Hinterfragen
53 des Fachs und der Relevanz des eigenen Handelns beinhalten
- 54 2. Die studiengangsgestaltenden Gremien dürfen Fähigkeiten, die zum Erwerb
55 kritischer Reflexionsfähigkeit und ethischem Handeln nicht mehr in
56 den reinen Wahlbereich der Studienkonzeption rücken
- 57 3. Stärkere Achtung der studentischen Positionen in den Studiengangskonzeptionen
58

- 59 (1) Adorno, Theodor W.: Erziehung nach Auschwitz In: Adorno:
60 Gesammelte Schriften. Bd. X/2, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 1977
61 <https://www.google.com/url?sa=t&rct=j&q=&esrc=s&source=web&cd=1&ved=0ahUKEs5LSubPcAhUEfFAKHVfTBGUQFggrMAA&url=https%3A%2F%2Fwww.staff.uni-giessen.de%2Fg31130%2FPDF%2Fpolphil%2FErziehungAuschwitzOffBrief.pdf&usg=AOv>
62
63
64 cxXxL9lB6qjZ
- 65 (2) Ebd.

Begründung

Zunächst möchte der ASR festhalten, dass der Begriff „MINT“-Studiengänge durchaus kritisch betrachtet wird, da hier eine Priorisierung innerhalb der Studienfächer vorgenommen wird. Allerdings hat sich der Ausschuss dazu entschieden, diesen Begriff zu nutzen, da bisher leider kein anderer Begriff zur Verfügung steht.

Des Weiteren sind im Antrag einige Begriffe genannt, die nicht alle anwesenden auf der MV verstehen werden. Im Sinne einer barrierefreien Sprache folgen hier Erklärungen für diese Begriffe, die der Ausschuss auf seiner Sitzung in Darmstadt als mögliche kritisch im Sinne eine barrierefreien Sprache identifiziert hat:

- Was ist ein System im technischen Sinne? – beispielsweise ein Algorithmus, eine Elektronik, ein Netzwerk, eine Anwendung, eine Maschine, eine Regelungstechnik etc.
- Data Mining – Sammeln vieler Daten (zB durch „Überwachung“ des Verhaltens der Nutzer*innen in Sozialen Netzwerken)
- Big Data – das Sammeln von Informationen aus den gewonnen Daten und was man daraus für Schlüsse ziehen kann (zB gezielte Werbung für bestimmte Personengruppen)
- Modell: Eine Fragestellung anhand ihrer Klassifizierung beantworten.
- Erklärung: mit einer Gesellschaft, die immer stärker technisiert und auf Dinge anstelle von Moral fixiert ist, muss das Studium stärker zum selbstständigen Handeln erziehen.

Nun zur eigentlich Begründung des Antrags:

Nicht nur in technischen Fächern bildet ein kritisches Hinterfragen des Fachs und des eigenen Handelns eine Leerstelle, dennoch zeigt sich hier besonders deutlicher Handlungsbedarf. „Eine Welt, in der Technik eine Schlüsselposition inne? hat, bringt auf Technik eingestimmte Menschen hervor.“ (2) Das bedeutet Menschen sind geneigt, die Technik für die Sache und nicht als den verlängerten Arm des Menschen zu sehen. Wie sich dies im Studium darstellt, soll exemplarisch am Beispiel der Informatik gezeigt werden:

Viele Informatikstudiengänge konzentrieren sich insbesondere auf die fachlichen Kompetenzen – wie kann ein Algorithmus aufgebaut sein? Welche Techniken gibt es dafür? Was sind die mathematisch-theoretischen Grundlagen? Wie ist ein Netzwerk/Betriebssystem aufgebaut? Welche Techniken gibt es, um ein Netzwerk oder ein Betriebssystem zu schützen? Wie ist eine Datenbank aufgebaut und wie funktioniert sie?

Die Gesellschaft für Informatik, die Fachgesellschaft für Informatik, hat in ihren Empfehlungen zur Gestaltung von Studiengängen bereits hervorgehoben, dass die ethischen Zusammenhänge und die Frage nach der gesellschaftlichen Auswirkung eine große Rolle in der Informatik spielen. Ebenso fordert die Konferenz der Informatikfachschaften (kurz KIF), die Bundesfachschaftentagung der Informatik, die Hochschulen ebenfalls auf, derartige **Fächer** in den Studienplan mitaufzunehmen. Wichtig ist hierbei, dass diese Module Teil des Pflichtkanons sein müssen, damit auch tatsächlich alle Student*innen sich mit diesem Thema auseinandersetzen.

Sowohl die Gesellschaft für Informatik als auch die KIF haben also erkannt, dass es wichtig für Informatiker*innen ist, sich mit diesem Thema auseinanderzusetzen. Wichtige Fragen beispielsweise wie autonomes Fahren gestaltet wird, wie in Zukunft mit künstlicher Intelligenz umgegangen wird und wie durch Datenschutz die Gefahren der Beeinflussung durch unterschiedlichste Institutionen verhindert werden können, werden zwar derzeit in der Politik andiskutiert, doch sie haben ihren Weg noch nicht in das Studium gefunden.

Es ist gefährlich, die Gestaltung der Digitalisierung Menschen zu überlassen, die nur selten Kompetenzen im Bereich der kritischen Reflektion und der ethischen Auseinandersetzung mit ihrer Arbeit besitzen.

Ein weiteres Beispiel für die Notwendigkeit derartiger Module ist der Überwachungsskandal aufgedeckt durch Edward Snowden. Hier wurden Millionen von Menschen über Jahre hinweg durch unterschiedlichste Geheimdienste flächendeckend überwacht, die Daten gesammelt, katalogisiert, klassifiziert und

ausgewertet. Die dafür nötigen System wurden durch Informatiker*innen entwickelt und umgesetzt. Derzeit wird im Informatikstudium nur an einzelnen wenigen ausgewählten Stellen vereinzelt in Ausnahmefällen kurzzeitig die Frage gestellt, ob eine bestimmte Systemeigenschaft notwendig oder sinnvoll ist – aus der Sicht des Datenschutzes. Hier wird die Verantwortung von den entwickelnden Informatiker*innen immer wieder auf die Nutzer*innen abgeschoben, obwohl dort die fachliche Kompetenz häufig fast vollständig fehlt.

Die Liste der Beispiele und ihre Ausführungen liese sich noch immer weiter fortsetzen. Es ist allerdings wichtig zu beachten, dass die grundsätzliche Problematik nicht nur in der Informatik Anwendung findet, sondern auch in anderen MINT-Fächern und in den Ingenieurwissenschaften. Die Entwicklung chemischer Kampfstoffe, Genetical Engineering oder die maschinelle Grundlage für autonome Waffensysteme und ihre Optimierung – das sind Beispiele aus der Chemie, Biologie und dem Maschinenbau, wo eine kritische Auseinandersetzung stattfinden muss, was leider bisher nicht immer so flächendeckend der Fall ist, wie es notwendig ist.

AntragstellerInnen

Ausschuss Studienreform

61-7-I-11

AntragstellerInnen: Arbeitskreis Nachhaltigkeit & Ökologie

Gegenstand: TOP 7: Inhaltliche Anträge

fzs for future – studentische Perspektiven zu Nachhaltiger Entwicklung

1 Nachhaltige Entwicklung beschreibt den Prozess hin zu globaler Gerechtigkeit,
2 insbesondere zwischen globalem Norden und Süden, in Gegenwart und Zu-
3 kunft. Das Ziel ist eine emanzipatorische und freie Gesellschaft, die im Rahmen
4 der planetarischen Leitplanken lebt und Nachhaltige Entwicklung als grundle-
5 gende gesellschaftliche Herausforderung versteht.

6 Dabei richtet sich das hier vorgestellte Verständnis von Nachhaltiger Entwick-
7 lung explizit gegen rechte Positionen, die Naturschutz als Heimatschutz im
8 Sinne eines Raumes, der aufgrund historischer und kultureller Aneignung be-
9 stimmten Gruppen exklusiv vorbehalten sein soll, verstehen. Mit der Verknüp-
10 fung des Anspruchs einer bestimmten Gruppe auf einen bestimmten Raum,
11 eine bestimmte Sozialkultur oder auch biologische Zusammensetzung werden
12 Gruppen dikriminiert und Ausgrenzung geschaffen. Auch anderherum kann
13 von den planetarischen Leitplanken keine Bestimmung ausgehen, wer einen je-
14 weiligen Raum für seine Zwecke beanspruchen darf. Denn die ökologischen Pro-
15 bleme und Verteilungsfragen können nur solidarisch gelöst werden. Nachhaltige
16 Entwicklung ist daher stets mehr als nur Naturschutz, und muss zwangsläufig
17 soziale Kriterien mit einbeziehen und lebendige Naturräume auch als für sich
18 stehenden gemeinschaftlichen Wert anerkennen.

19 Damit Nachhaltige Entwicklung der Relevanz als gesamtgesellschaftliche Her-
20 ausforderung gerecht werden kann, ist es wichtig, Aspekte von Nachhaltiger
21 Entwicklung in der Definition von einzelnen Aufgaben und Projekten zu be-
22 rücksichtigen. Dazu sollte Nachhaltige Entwicklung stets von Anfang an ein

23 Ziel sein und dabei auch über Einzelprojekte hinweg zusammen gedacht wer-
24 den, um Zielkonflikte zu vermeiden. Nachhaltige Entwicklung soll nicht einfach
25 nur mitgedacht werden, sondern ist Grundlage und Ziel aller Überlegungen. In
26 unserem Verständnis werden Konzepte von sozialer Gleichberechtigung und
27 zu jeglichen Formen von Antidiskriminierung zusammenführt. Deshalb spre-
28 chen wir von einer Nachhaltigen Entwicklung, die versucht Zielpfade zu iden-
29 tifizieren, die möglichst umfassend versuchen die verschiedenen, teilweise ge-
30 gegenläufigen Aspekte innerhalb der planetarischen und menschlichen Grenzen
31 aufzulösen. Auf Grundlage der aktuellen gesellschaftlichen und informationel-
32 len Kontexte kann dies nur beschränkt getan werden, weshalb eine Reflexi-
33 on der eigenen Positionen, Rollen und Definitionen (auch des Konzeptes von
34 Nachhaltiger Entwicklung) in besonderem Maße erforderlich ist. Dabei zeichnet
35 unser Verständnis von Nachhaltigkeit aus, dass auch gegenläufige Positionen
36 beachtet werden, in dem Sinne dass deren Ursachen analysiert und reflektiert
37 werden.

38 Zeitweise kann es sinnvoll sein Einzelaspekte in einer vertiefenden Analyse ge-
39 trennt zu betrachten. Spätestens in der Vorbereitung der Entscheidungsfindung
40 müssen diese aber zusammengeführt werden, um eine ganzheitliche Betracht-
41 ung sicherzustellen. Das heißt beispielsweise die wechselseitige Wahrnehmung
42 der ökologische Verantwortung ohne Einbeziehung der sozialen Gerechtigkeit
43 ist keine Nachhaltige Entwicklung. Dem zu Folge ist die Änderung des Wirt-
44 schaftssystems unerlässlich. Es kann dabei nicht darum gehen, den Kapital-
45 ismus zu “begrünen“ oder isoliert eine Abkehr von der Wachstumsdogmatik
46 zu fordern ohne die Ursachen der aktuellen Kapital- und Machtverhältnisse
47 zu beleuchten. Die Verknüpfung von Kapitalverwertungslogik, Umwelt- und
48 Klimazerstörung sowie Ausbeutung sollte dabei kritisch in ihren Zusammen-
49 hängen beleuchtet werden.

50 Der Mensch steht in einem Austauschverhältnis zur Natur, er schöpft alle seine
51 lebensnotwendigen materiellen Ressourcen aus der Umwelt. Diese Ressourcen
52 sind jedoch, so effizient sie mit dem technologischen Fortschritt auch genutzt
53 werden mögen, natürlich begrenzt. Diese Tatsache steht einem Wirtschaftskon-
54 zept entgegen, dass auf unendliches Wachstum für Gewinnmaximierung ausge-
55 legt sowie durch ungleiche Eigentums- und Machtverhältnisse gekennzeichnet
56 ist und in seiner Theorie Umwelt lediglich als Quelle für die Ressourcen ihrer
57 Produktion und Senke für ihre Abfälle angesehen wird.

58 Der daraus resultierende, kurzsichtige und zerstörerische Umgang mit der Na-
59 tur hat bereits jetzt massive Schäden der Umwelt zur Folge. Viele dieser Schä-
60 den sind nicht ohne weiteres umkehrbar und können bestimmte Ressourcen

61 für den Menschen für sehr lange Zeit verderben (z.B. Wasser). Insbesondere
62 Frauen leiden unter den Folgen der Klimakrise. Deshalb müssen ihre Interes-
63 sen und Bedürfnisse stärker berücksichtigt und die Machtverhältnisse geändert
64 werden. Mary Robinson, Ex-Präsidentin der Republik Irland ehemalige UN-
65 Hochkommissarin für Menschenrechte, brachte es auf den Punkt: “Die Klima-
66 krise ist auch ein männergemachtes Problem und braucht eine feministische Lö-
67 sung“. Umweltzerstörung und Klimawandel ist ein systemimmanentes Problem
68 – in patriarchalen Systemen und im Kapitalismus. Unter den Auswirkungen
69 leiden auch Menschen an vielen Orten globalen Süden bereits jetzt stark, welt-
70 weit nehmen die Extremwetterereignisse zu und zerstören u.a. Lebensgrundla-
71 gen wie bspw. Getreide. Wird dieses Verhalten fortgeführt, bedeutet das eine
72 (noch) massive Einschränkung aller jetzt und zukünftig lebenden Menschen.
73 Um das zu vermeiden und bisherige Auswirkungen zu bekämpfen, muss statt
74 Profitmaximierung durch grenzenloses Wachstum eine dynamische, nachhal-
75 tige Entwicklung, d.h. eine, die es jetzt und zukünftig lebenden Menschen
76 ermöglicht, sich selbständig und uneingeschränkt zu entwickeln, treten. Dafür
77 muss an Stelle der Wirtschaftswachstum erzwingenden Ideologie des Kapitalis-
78 mus eine stärker demokratische Entscheidungskultur des Produktionsprozesses
79 für eine Erfüllung der Grundrechte treten.

80 Deshalb bewerten wir es kritisch, dass die UN Wirtschaftswachstum ohne
81 Grenzen als ein nachhaltiges Entwicklungsziel (SDDs) bis 2030 formuliert hat.
82 Wir finden es gut, dass es internationale Ziele gibt, die globale Probleme wie
83 Klimawandel, Armut, Artensterben, Krieg Geschlechterungerechtigkeiten und
84 fehlende Bildung adressieren. Positiv an den SDGs beurteilen wir, dass die-
85 se Nachhaltige Entwicklung als globale Aufgabe formulieren und nicht ein-
86 zelnern Ländern Entwicklungsdefizite attestieren. Neben der internationalen
87 Ebene kommt es aus unserer Sicht also auch entscheidend auf die EU an.
88 Wir sehen es deshalb als notwendig an, dass bei Themen der nachhaltige
89 Entwicklung auch Politikgestaltung auf europäischer und internationaler Ebe-
90 ne erfahr- und lernbar wird. Zu der genaueren Umsetzung Teilziel “Bildung
91 für nachhaltige Entwicklung“ allen Menschen zu ermöglichen haben wir uns
92 als fzs bereits positioniert [[https://www.fzs.de/2017/08/30/bildung-fuer-eine-
93 nachhaltige-entwicklung-verankern-und-leben/](https://www.fzs.de/2017/08/30/bildung-fuer-eine-nachhaltige-entwicklung-verankern-und-leben/)].

94 Die in unserer Gesellschaft aktuell vorhandenen Strukturen verhindern an vie-
95 len Stellen eine Nachhaltige Entwicklung. Deshalb ist ein tiefgreifender gesell-
96 schaftlichen Wandel, der auch einen Systemwandel an den Hochschulen um-
97 fasst, nötig. Eine gesellschaftliche Transformation in diesem Sinne braucht al-
98 so auch eine strukturelle Verankerung im Wissenschaftssystem. Diese umfasst
99 eine Gesellschaftsanalyse inklusive der jeweiligen **Entscheidungsprozesse**,

100 **Abhängigkeiten und Narrative.** Auf dieser Basis muss zuerst eine strategi-
101 sche Perspektive entwickelt und dann konkrete Maßnahmen vereinbart werden.
102 Eine Reflektion der bestehenden Zielkonflikte und unbeabsichtigte Rückschritte
103 bzw. kontraproduktive Nebeneffekte ist dabei notwendig.

104 **Entscheidungsprozesse**

105 Ziel von Entscheidungsprozessen an Hochschulen sollte es sein, die Interessen
106 aller vertretenen Mitgliedergruppen gleichberechtigt zu berücksichtigen und
107 diese Interessen auf Augenhöhe, das heißt insbesondere unter Berücksichti-
108 gung der Existenz von informellen Hierarchien, auszuhandeln. Dies sollte so
109 geschehen dass kritische hochschulpolitische Diskussionen zu einer Reflexion
110 über die Entscheidungsstrukturen und damit auch Gestaltungsmöglichkeiten
111 an den Hochschulen führen.

112 Wichtig ist in diesem Rahmen entsprechend die Kompetenzverteilung zwischen
113 den Gremien der Hochschule – Hochschulräte, dürfen hier keine Entscheidungs-
114 kompetenzen bekommen oder über den akademischen Senaten stehen. Ent-
115 scheidungsbefugnisse sollten dabei stets paritätisch besetzten demokratischen
116 Gremien vorbehalten sein.

117 Entsprechende Nachhaltigkeitsgremien/Funktionen sollten auf diesen Kriteri-
118 en aufbauen und können je nach Kontext zentrale oder dezentrale Strukturen
119 aufweisen. Wichtig ist, dass Nachhaltigkeitsgremien nicht nur inhaltlich Quer-
120 schnittsthemen bearbeiten sondern auch übergreifend besetzt sind und eine
121 Durchdringung der Themen auch auf die unteren Organisationsstrukturen ge-
122 währleistet bleibt. Die Frage ist, ob eine zentrale oder dezentrale Struktur
123 erwünscht ist – je nach Kontext kann beides sinnvoll sein. Senats-Ausschüsse
124 oder Kommissionen oder analoge Gremien auf Fakultätsebene zu Nachhaltiger
125 Entwicklung könnten je nach Arbeitsfähigkeit solche Funktionen übernehmen
126 oder eingerichtet werden.

127 Studentische Initiativen, die sich für die strukturelle Verankerung von Nach-
128 haltiger Entwicklung in Lehre, Forschung, Verwaltung und Studienbedingun-
129 gen einsetzen, unterstützen wir. Dies können Nachhaltigkeitsbüros, bzw. Green
130 Offices sein, welche sich an den folgenden Prinzipien orientieren: Sie sind stu-
131 dentisch geleitet und von Mitarbeiter*innen unterstützt, haben ein offizielles
132 Mandat der Hochschule, sind finanziert mit einem selbstverwalteten Global-
133 budget, sind an zentraler Stelle in die Hochschulstruktur integriert, arbeiten
134 mit hochschulinternen und -externen Nachhaltigkeitsinitiativen zusammen und
135 bilden sich regelmäßig weiter.

136 Bei der Einrichtung ist zentral, dass dauerhafte Aufgaben nicht kostengünstig
137 auf Student*innen abgewälzt werden dürfen, sondern langfristig in Hochschul-
138 strukturen übernommen werden müssen. Insbesondere soll keine Übertragung
139 der ureigenen Aufgaben der Hochschulverwaltung auf die Student*innen statt-
140 finden, anderenfalls widerspricht das den ganzheitlichen Zielen einer Nach-
141 haltigen Entwicklung. Außerdem sollten die Aktiven, trotz Hochschulmandat,
142 Handlungsfreiraum und Finanzverantwortung bekommen und nicht für Zuar-
143 beiten benutzt werden. Dafür ist wichtig, dass die Nachhaltigkeitsbüros ein
144 Budget bekommen und selbst demokratisch entscheiden, wie das Geld ver-
145 teilt und wer eingestellt wird. Ebenso unterstützen wir die Einrichtung nur,
146 wenn dadurch die Verfassten Student*innenschaften (VS) nicht geschwächt
147 werden. Das Engagement in bzw. für Nachhaltigkeitsbüros kann ergänzend
148 zu ASten/StuRä sinnvoll sein, um bspw. Kontinuität zu wahren. Außerdem
149 führt gerade die Kooperation von Initiativen, die häufig eher kleine Projekte
150 sowie praktische Themen bearbeiten sowie ASten/StuRä, die häufig vor allem
151 größere Zusammenhänge und strukturelle Bedingungen bearbeiten, zu großen
152 Verbesserungen. Viele der Strukturen können aber auch im AStA oder StuRa
153 selbst sinnvoll verankert und auf jeden Fall wirkungsvoll unterstützt werden.
154 Auch deshalb sollte es ebenfalls Anliegen von entsprechenden studentischen
155 Initiativen sein die VS zu stärken. Fest steht: Bayern muss jetzt endlich die
156 Verfasste Student*innenschaft einrichten!

157 Bei gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen wie die Zukunft gestaltet wird,
158 darf eine studentische Stimme nicht fehlen. Deshalb treten wir auch unermüd-
159 lich ein für ein politischen Mandat für alle Verfassten Student*innenschaften.

160 Innerhalb der Hochschule ist es wichtig, dass die Strategieentwicklung von An-
161 fang an partizipativ geschieht. Das heißt auch unter der Berücksichtigung der
162 demokratischen Gremien sowie BottomUp-Initiativen. Das heißt nicht: Das
163 Präsidium legt eine Strategie vor und alle Hochschulangehörigen dürfen die-
164 se (meist ungehört) kommentieren. Genau das passiert leider noch viel zu oft
165 und wird zu Marketingzwecken missbraucht. Dabei geschieht Nachhaltige Ent-
166 wicklung erst dann, wenn auch die Hochschule selbst eine lernende Institution
167 wird, demokratische Grundsätze wahrt und alle Hochschulangehörigen auf Au-
168 genhöhe ernst nimmt und wertschätzt. Diese Augenhöhe ist ebenfalls für die
169 internationalen Kooperationen entscheidend. Deshalb fordern wir die aktuelle
170 Praxis dahingehen zu überprüfen sowie sollten deutlich weniger Kooperationen
171 zu Hochschulen und Personen im globalen Süden existieren, diese entsprechend
172 aufzubauen.

173 Bei den Entscheidungsprozessen innerhalb von Hochschulen ist es außerdem

174 notwendig sich mit den ethischen und moralischen Zielen der eigenen Handlung
175 auseinander zu setzen. Wir fordern, dass alle Hochschulen sich selbst Zivilklauseln
176 geben und über deren Gegenstand regelmäßig in ihren demokratischen
177 Gremien sowie in alltäglichen Gesprächen beraten.

178 **Abhängigkeiten**

179 Um eine Nachhaltige Entwicklung von Hochschulen im Rahmen einer übergrei-
180 fend gleichberechtigt selbstorganisierten Institution zu ermöglichen, müssen
181 verschiedene Abhängigkeiten abgebaut werden. Im Handlungsfeld Finanzen
182 bedarf es der Ausfinanzierung der Hochschulen um überhaupt erst Handlungs-
183 räume zu schaffen. Solange Drittmittel-Druck besteht und Kosteneinsparungen
184 um jeden Preis notwendig sind, werden Nachhaltigkeitsaktivitäten keinen Stel-
185 lenwert bekommen können, obwohl sie selbst innerhalb einer neoliberalen Logik
186 mittlerweile notwendig wären, um im Wettbewerb zu bestehen.

187 Nachhaltige Entwicklung darf deshalb nicht wettbewerblicher Faktor werden,
188 den Hochschulen nur deshalb fördern, weil sie sich dadurch eine bessere fi-
189 nanzielle Ausstattung versprechen. Auch deshalb bedarf es einer verstetigten,
190 auskömmlichen Grundfinanzierung für Hochschulen, die Möglichkeiten zu In-
191 novation und Förderung von Nachhaltiger Entwicklung ermöglicht. Mit Sorge
192 blicken wir auf zunehmende Unternehmensaktivitäten an Hochschulen, die vor-
193 dergründig altruistisch Mittel bereitstellen, tatsächlich aber Abhängigkeits-
194 verhältnisse schaffen und die Unabhängigkeit wissenschaftlicher Erkenntnis
195 angreifen. Hochschulen befinden sich dadurch nicht mehr nur im – ohnehin
196 schon problematischen – Wettbewerb um staatliche Finanzierung, sondern se-
197 hen sich gezwungen auch um die Gunst von Drittmittelgeber*innen zu werben.
198 Wir wollen Konkurrenz und Wettbewerbe abbauen! Die Exzellenzstrategie des
199 Bundes lehnen wir ab. Auch Preise und andere finanzielle Anreize müssen kri-
200 tisch begutachtet werden – selbst wenn es auf den ersten Blick eine effiziente
201 Methode zu sein scheint, Nachhaltigkeitsanforderungen in diese Programme
202 zu integrieren. Doch auch dort schafft zweckgebundenes Geld neue Abhängig-
203 keiten. Daher sollten Auszeichnungen nur dann in Erwägung gezogen werden,
204 sofern sichergestellt werden kann, dass sie nicht konkurrenzorientiert sind, son-
205 dern zur Weiterentwicklung von Vorhaben auch ohne Auszeichnungen anregen.
206 Es geht nicht darum sich besser als andere nachhaltig zu entwickeln, sondern
207 darum gemeinsam statt im Wettbewerb den aktuellen Herausforderungen ge-
208 recht zu werden.

209 Damit Student*innen an der Nachhaltigen Entwicklung mitwirken können be-
210 darf es auch an rechtlichen und zeitlichen Freiräumen. Eine Reform des BAföG
211 ist dabei elementar. Aktuell kommt dieses viel zu wenigen Schüler*innen und

212 Student*innen zu Gute und seine Förderung ist nicht auskömmlich. Lang-
213 fristig muss der Weg zum Vollzuschuss geebnet werden, Abhängigkeiten von
214 Angehörigen abgebaut werden und die Fördersätze dynamisiert steigen. Damit
215 Student*innen, die auf die BAföG-Förderung angewiesen sind auch Freiräume
216 zu gesellschaftlichem Engagement haben müssen einerseits Leistungsnachwei-
217 se abgeschafft werden und andererseits Engagement besser anerkennungsfähig
218 werden. Um Reflexion und Engagement zu fördern ist die Abwesenheit jegli-
219 cher Anwesenheitspflichten sowie Bildungs- und Studiengebühren essentiell.

220 Der Kampf gegen Abhängigkeiten an Hochschulen endet aber nicht bei den
221 Student*innen, sondern muss auch mit und für alle Beschäftigten geführt wer-
222 den. Hier gilt es Befristungen abzubauen, sichere Beschäftigungsverhältnisse
223 und faire Vergütungen zu schaffen. Der Grundsatz muss stets sein: Dauerstellen
224 für Daueraufgaben.

225 Die Abhängigkeit von gesellschaftlichen Bedingungen erstreckt sich allerdings
226 nicht nur auf die Studien- und Hochschulfinanzierung. Auch gesellschaftliche
227 Ausschlüsse müssen überwunden werden. Nachhaltige Entwicklung erfordert
228 die Überwindung patriarchaler Geschlechterverhältnisse, ein inklusives Men-
229 schenbild, sowie den entschiedenen Kampf gegen Rassismus, Antisemitismus
230 und für eine offene Gesellschaft.

231 **Narrative**

232 Wie und nach welchen Prinzipien eine Gesellschaft sich organisiert wird auch
233 durch so genannte Narrative, also tiefverankerte wiederkehrende Erzählungen,
234 bestimmt. Deshalb ist es auch sehr entscheidend für die gesellschaftliche Trans-
235 formation hin zur Nachhaltigen Entwicklung die eigenen sowie institutionellen
236 bzw. systemischen Narrative zu überdenken. Viel zu häufig werden eigene Her-
237 ausforderungen weder kritisch hinterfragt, berichtet noch transparent gemacht.
238 Dort wo über Herausforderungen berichtet wird, wird wiederum häufig verfehlt
239 Erkenntnisse und positive Entwicklungen darzustellen. Dafür ist es zudem not-
240 wendig, dass plurale Menschenbilder und Methodenvielfalt aufgezeigt werden
241 (z.B. in den Wirtschaftswissenschaften und der Psychologie).

242 Hochschulen bilden Narrative zur Umsetzung von Nachhaltiger Entwicklung
243 an Hochschulen vor allem über Öffentlichkeitsarbeit und die enge Zusammen-
244 arbeit mit Hochschulangehörigen. Formal sowie als Instrument zur Steuerung
245 stellen Nachhaltigkeitsberichte Narrative über die Tätigkeiten dar. Diese kön-
246 nen ein wertvolles Instrument sein, um intern Daten zu erheben und einen
247 Überblick über die Handlungsfelder der eigenen Hochschule zu erlangen. Sie
248 verlieren allerdings ihren Sinn, sobald sie zum Marketing-Instrument verfallen,

249 in dem z.B. Zahlen oder Kriterien nach Belieben veröffentlicht oder zurückge-
250 halten werden. Auch ist stets der Arbeitsaufwand zu beachten, der üblicher-
251 weise zur Vernachlässigung anderer Projekte und Vorhaben führt. Deshalb ist
252 eine integrative Verzahnung mit anderen Berichten und die Einbindung von
253 Student*innen in der Bewertung der Daten wichtig. Student*innen unbezahlt
254 Daten für einen Nachhaltigkeitsbericht erheben zu lassen lehnen wir ab, da
255 dies einerseits Aufgabe von Hochschulen ist und wir andererseits geleistete
256 Tätigkeit auch vergütet wissen wollen.

257 Es gibt die Erzählung zu Elfenbeintürmen im Kontext von Hochschulen und
258 Wissenschaft insgesamt. Dass Hochschulen so nicht sein sollen, ist gesellschaft-
259 lich weitestgehend anerkannt, dennoch kommt dem Bildungs- und Wissen-
260 schaftssektor eine entscheidende Rolle dabei zu, Reflexion und gesellschaftliche
261 Anbindung zu ermöglichen. Entscheidend finden wir, dass sowohl Raum zum
262 kritischen Denken als auch für eine gemeinsame Praxis der Wissenschafts- und
263 Gesellschaftskritik gibt. Dabei verstehen wir Bildung auch als die Entwicklung
264 mündiger Persönlichkeiten und Kritische Wissenschaft als Prozess der Selbst-
265 befreiung des Menschen durch Aufklärung.

266 Wir finden es wichtig, lokale Narrative des Wandels zu entwickeln. Dazu ge-
267 hört, Begegnungs- und Diskussionsräume für die Ausgestaltung und Diskussions
268 eines Wandels innerhalb und außerhalb der Hochschulgremien zu schaffen,
269 damit der Diskurs hochschulweite Bedeutung entfalten kann. Regionale und
270 Überregionale Vernetzung sorgen für einen Erfahrungsaustausch. Konkrete da-
271 für sinnvolle Formate sind u.a. Open Educational Resources (also offene Bil-
272 dungsmaterialien für alle), politische Bildung über sozialökologisch wirksame
273 Handlungen sowie die Schaffung von und Mitarbeit in Reallaboren. Realla-
274 bore sind eine Kooperation zwischen Wissenschaft und Zivilgesellschaft, die
275 an einem realweltlichen Problem im Kontext der Nachhaltigen Entwicklung
276 transdisziplinär System-, Ziel- und Transformationswissen sowie Interventio-
277 nen erarbeiten.

278 **Aufruf zum Wandel!**

279 Selbstverständlich muss Nachhaltige Entwicklung auch bei uns im Verband
280 stattfinden. Bereits im August 2017 haben wir den Beschluss „Bildung für eine
281 Nachhaltige Entwicklung verankern und leben“ gefasst. Für die Mitgliederver-
282 sammlungen und andere fzs-Veranstaltungen existieren Richtlinien in Bezug
283 auf Beschaffung und Verpflegung. Im Frühjahr 2018 gab es eine Positionierung
284 zum Kohleausstieg, indem sowohl auf die ökologische, soziale und auch ökonomische
285 Dimension des Kohletagebaus und der Kohleverstromung sowie auch
286 Handlungsmöglichkeiten an die Student*innenschaften formuliert wurden. Um

287 weiterhin glaubhaft Nachhaltige Entwicklung an Hochschulen und Gesellschaft
288 einzufordern, bedarf es sich weiterhin an den Leitlinien im Verband zu orien-
289 tieren und die Vorbildfunktion gegenüber Politik, Student*innenschaften und
290 Gesellschaft wahrzunehmen. Gleichzeitig ist es sehr wichtig einen Wandel von
291 Systemen und politischen Entscheidungen zu erreichen.

292 Das tun wir mit unserer alltäglichen politischen Arbeit: Fast jeder Ausschuss
293 ist inhaltlich anschlussfähig für das Themengebiet Nachhaltige Entwicklung.
294 Deshalb sind alle Ausschüsse aufgefordert für jedes folgende Arbeitsprogramm
295 ihren Bezug zum Themengebiet Nachhaltige Entwicklung aufzuzeigen.

296 Wir können diesen Wandel nicht nur im Verband selbst, sondern auch in un-
297 seren jeweiligen Student*innenschaften anstoßen. Deshalb verpflichten wir uns
298 als Verband und als Student*innenschaften darüber hinaus selbst Seminare
299 und Weiterbildungsmöglichkeiten zum Themenkomplex Nachhaltige Entwick-
300 lung durchzuführen bzw. andere Themen und Kamapagnen damit zu verbind-
301 den. In unseren Student*innenschaften richten wir Beauftragte, Referate o.
302 ä. zu Nachhaltiger Entwicklung ein. Arbeitsgemeinschaften und Initiativen an
303 unseren Hochschulen, die sich mit dem Themenfeld beschäftigen, machen wir
304 auf unsere Positionierung aufmerksam und unterstützen diese entsprechend.
305 Den institutionellen Wandel für eine Nachhaltige Entwicklung können wir zu-
306 sammen voran bringen.

307 Lasst uns gemeinsam vernetzten, solidarisch handeln und für eine global ge-
308 rechtere Welt in Gegenwart und Zukunft streiten!

Begründung

Als studentischer Verband sind auch wir ein Ort, an dem Nachhaltige Ent-
wicklung stattfinden muss. Dazu haben wir in der Vergangenheit auch schon
gearbeitet. Mit diesem Antrag knüpfen wir an den Arbeitsauftrag aus dem
Jahr 2014 an: [https://www.fzs.de/2014/03/07/bekanntnis-zur-oekologischen-
und-sozialen-verantwortung-der-hochschulen/](https://www.fzs.de/2014/03/07/bekanntnis-zur-oekologischen-und-sozialen-verantwortung-der-hochschulen/)

AntragstellerInnen

Arbeitskreis Nachhaltigkeit & Ökologie

61-7-I-12

AntragstellerInnen: Vorstand und Koordination des Aktionsbündnisses gegen Bildungs- und Studiengebühren

Gegenstand: TOP 7: Inhaltliche Anträge

Abschreckungsmodell Baden-Württemberg

1 Seit dem Wintersemester 2017/2018 gelten für Student*innen, die nicht aus
2 der EU kommen in Baden-Württemberg Studiengebühren, die ein kaum mess-
3 bares Bildungshindernis darstellen. Für uns kann und wird sich aber kein
4 Gewöhnungseffekt einstellen. Für Landesregierungen wird dieses ausschlie-
5 ßende Instrument begonnen mit Nordrhein-Westfalen als "Modell Baden-
6 Württemberg" immer häufiger Gegenstand von perspektivischen Überlegun-
7 gen. Aus studentischer Perspektive eignet sich die Einführung von Studienge-
8 bühren für internationale Student*innen allerdings nur als eines: Als abschre-
9 ckendes Beispiel und Mahnung, dass wir unseren Kampf für eine offene Ge-
10 sellschaft ohne nationalstaatlich-restriktive Instrumente weiterführen müssen:
11 Ob vor Gericht, im Hörsaal oder auf der Straße: Wir werden Studiengebühren
12 jeder Art immer entschieden bekämpfen.

Begründung

Die Beschlusslagen des fzs gegen Studiengebühren sind eindeutig und unumstößlich. Die erste Mitgliederversammlung, die nach der Einführung dieser Studiengebühren in Baden-Württemberg stattfindet, soll dies aber noch einmal bekräftigen und ein deutliches Zeichen zur Unterstützung des Protest, der laufenden Klagen und vor allem der betroffenen Student*innen und vom Studium Abgehaltenen senden.

AntragstellerInnen

Vorstand und Koordination des Aktionsbündnisses gegen Bildungs- und Studiengebühren

61-7-I-05

AntragstellerInnen: Vorstand

Gegenstand: TOP 7: Inhaltliche Anträge

Schluss mit Lernen am Limit: Her mit Wohnraum, BAföG für alle und Geld für Bildung!

1 Jedes Jahr der gleiche Schreck: Student*innen sitzen auf dem Boden des Hör-
2 saals, finden keine Wohnung und von welchem Geld sollen sie eigentlich leben?
3 Die prekären Rahmenbedingungen sind bekannt, sie werden sogar Jahr um
4 Jahr prekärer.

5 Zu Beginn jeden Semesters sind tausende Student*innen ohne Wohnung. Nicht
6 nur bezahlbarer Wohnraum ist in den Hochschulstädten knapp, vielerorts kön-
7 nen Student*innen froh sein, überhaupt etwas zu finden. So beginnt das Stu-
8 dium also in der Notunterkunft oder bei Bekannten oder Fremden auf dem
9 Sofa. Der Studienstart: Aufbruch in eine spannende neue Phase – oder Auf-
10 bruch ins Ungewisse, in eine Phase chronischer Geldsorgen und existenzieller
11 Ängste. Schluss mit Wohnungsnot, Geldmangel und Zukunftsangst – Schluss
12 mit Lernen am Limit!

13 Was für ein Glück, dass es das Studium gibt! Die Hochschule, ein Ort an dem
14 die alltäglichen, materiellen Sorgen durch die Freude über geistige Höhenflüge
15 vergessen werden, spannende Lehre und interessegeleitetes Lernen für Ablen-
16 kung sorgen. Doch auf den Traum von einem Zufluchtsort folgt das jähe Erwa-
17 chen: Wettbewerb um Seminarplätze, Sitzplatzgarantie auf der Hörsaaltreppe
18 mit Panoramablick auf den abbröckelnden Putz, auch die Bibliotheken plat-
19 zen aus allen Nähten. Und nicht nur Student*innen lernen am Limit, auch die
20 Dozent*innen lehren am Limit. Die prekären Arbeitsbedingungen, die schlech-
21 ten Betreuungsverhältnisse, die maroden Räumlichkeiten – das alles muss ein

22 Ende haben. Schluss mit Unterfinanzierung von Bildung, Befristung von Do-
23 zent*innen und Leistungsdruck – Schluss mit Lernen am Limit!

24 Ein bedarfsdeckendes, angehörigunabhängiges BAföG böte—vielen Stu-
25 dent*innen die Möglichkeit ihr Studium sorgenfrei zu absolvieren, einigen über-
26 haupt erst über ein Studium nachzudenken. Doch der aktuelle BAföG-Entwurf
27 kann das nicht leisten. Die geplanten Erhöhungen kommen zu spät, fallen zu
28 gering aus und erreichen zu wenige. Besonders zu Beginn des Studiums, wenn
29 Umzugskosten, Lehrmaterialien und Kautions fällig werden, zeigt sich die Fehl-
30 konstruktion des BAföG. Für ein gutes, selbstbestimmtes Leben und Lernen
31 reicht das Geld immer noch nicht. Immer noch kommen die meisten nicht ohne
32 Nebenjob durch ihr Studium. Immer noch müssen wir uns die Semesterbeiträge
33 und nötige Anschaffungen vom Mund absparen. Immer noch reicht das Geld
34 nicht, um die stetig steigenden Mieten zu bezahlen.

35 Wir sagen Schluss mit Lernen am Limit: Diese Bedingungen wollen wir nicht
36 weiter hinnehmen! Student*innen, die keine feste Wohnung haben oder viel
37 zu viel dafür zahlen, Student*innen, die dank 1-2 Nebenjobs kaum Zeit zum
38 Lernen oder für politisches und kulturelles Engagement haben, Student*innen,
39 die in Riesenveranstaltungen untergehen oder ihre Kurse nicht aus Interesse
40 sondern mangels Alternative belegen – all das muss der Vergangenheit ange-
41 hören! Wir wollen und werden prekäre Studienbedingungen bekämpfen und
42 fordern:

- 43 ● Eine echte BAföG-Reform: Alter, Studiendauer, Herkunft und famili-
44 ärer Hintergrund dürfen keine Rolle mehr spielen, wir fordern BAföG als
45 Vollzuschuss für alle, die studieren wollen
- 46 ● Mehr sozialen Wohnungsbau, eine funktionierende Mietpreisbremse, be-
47 darfsdeckenden Ausbau und Sanierung von Wohnheimplätzen, die Un-
48 terstützung von alternativen Wohnkonzepten und die Nutzung von Leer-
49 stand!
- 50 ● Ein Studium ohne Bildungs- und Studiengebühren
- 51 ● Gute Finanzierung von Forschung und Lehre und ausreichend Studien-
52 plätze für alle statt Elitenförderung für wenige!
- 53 ● Eine bedarfsgerechte Finanzierung der Hochschulen über die Grundfi-
54 nanzierung
- 55 ● Flächendeckend bessere, unbefristete Beschäftigungsverhältnisse an allen
56 Hochschulen

- 57 • Bessere Lehrbedingungen und verbesserte Betreuungsrelationen!
- 58 Wir fordern: Schluss mit Lernen am Limit: Her mit Wohnraum, BAföG für
59 alle und Geld für Bildung!

Begründung

Zu Beginn des letzten Wintersemesters haben wir erstmals die Kampagne „Lernen am Limit“ durchgeführt. In vielen Städten haben Aktionen wie Protestcamps, Vorträge, Wohnraumbörsen und Vollversammlungen stattgefunden. Mehr Infos dazu auch unter: lernenamlimit.de

Doch unsere Forderungen sind nicht erfüllt, die Probleme sind nicht gelöst. Wir müssen und werden uns diesen Problemen weiter widmen. Wir thematisieren die Probleme der Unterfinanzierung, der Wohnungsnot und der mangelhaften Studienfinanzierung. Dies sind nämlich Probleme, die sich durch das ganze Studium ziehen, die aber zu Semesterbeginn, wenn viele Erstsemester ihr Studium beginnen, besonders spürbar werden.

Die Kampagne hat dabei zum Ziel, Student*innen, die diese Probleme haben zu politisieren. Möglicherweise fangen sie an, sich in den Strukturen der Studierendenvertretungen oder anderen Strukturen zu engagieren, wenn sie den systematischen Charakter ihrer Probleme können und Protesterfahrungen machen.

Zudem soll den Problemen eine Öffentlichkeit verschafft werden. Auf lange Sicht erhoffen wir uns einerseits, dass erkannt wird, dass mehr Geld ins Bildungssystem investiert werden muss. Aber nicht nur mehr Geld, sondern auch eine Umstrukturierung der Studienrahmenbedingungen muss passieren.

Dieses Jahr wollen wir frühzeitig mit der Planung beginnen, damit die Aktionen in noch mehr Städten und noch größer stattfinden können. Deshalb haben wir auch einen Workshopslot vorgesehen, in dem die Kampagne detaillierter geplant werden kann und um festzustellen, wobei möglichst viele Studischaften sich eine Teilnahme an der Kampagne feststellen können.

Ziel dieses Antrags ist es auch, dass die Mitgliedsstudischaften des fzs an der Kampagne teilnehmen und möglicherweise noch mehr Studischaften davon überzeugen, im Rahmen der Kampagne Aktionen zu Semesterbeginn durchzuführen.

AntragstellerInnen

Vorstand

61-7-I-13

AntragstellerInnen: AG Masterplan – Vorstand der Bundesvertretung der
Medizinstudierenden in Deutschland e. V. u.a.

Gegenstand: TOP 7: Inhaltliche Anträge

fzs unterstützt bvmd „faires PJ“

1 Der fzs schließt sich den Positionen der Bundesvertretung der Medizinstudie-
2 renden e. V. (bvmd) zum Praktischen Jahr (*“faires PJ“*) an. Diese lauten im
3 Kern:

4 -Steigerung der Lehrqualität durch Qualitätssicherungsmaßnahmen und ein
5 Fokus auf das selbstständige Erlernen ärztlicher Tätigkeiten unter Supervision
6 und Anleitung sowie die Reduktion von Hilfstätigkeiten auf ein angemessenes
7 Maß. Implementation von berufsgruppenübergreifenden Ausbildungsangebo-
8 ten.

9 -BAföG-Höchstsatz als Aufwandsentschädigung und für alle über 25-jährigen
10 zusätzlich den Krankenkassenbeitrag

11 -Das Unterscheiden von Krankheits- und Urlaubstagen und das Gewähren von
12 Krankheitstagen in gesplitteten Tertialen

13 -Mindestens 4 Stunden Lehrveranstaltungen und mindestens 8 Stunden Selbst-
14 studium pro Woche

15 -Persönlicher Zugang zum Patientenverwaltungssystem

16 -Eigene Arbeitskleidung und eigene Aufbewahrungsmöglichkeit für Kleidung
17 und persönliche Gegenstände

18 -Streichung des BAföG §23 Abs. 3 – Aufwandsentschädigung bei Pflichtprak-
19 tika ohne Freibetrag

Begründung

Das Praktische Jahr (PJ) als unverzichtbare Schnittstelle zwischen theoretischem Studium und praktischer ärztlicher Tätigkeit befindet sich in der Krise. Fehlende oder ungenügende Bezahlung bei 40 Stunden Arbeit pro Woche sind die Regel. 40% der Medizinstudierenden müssen im PJ auf ihr Erspartes zurückgreifen. Rund 28% sind neben der emotional und körperlich belastenden Vollzeittätigkeit am Krankenbett zudem noch auf Nebenjobs angewiesen. Anstatt unterrichtet zu werden oder lernen zu dürfen (Examensvorbereitung, Vor- und Nachbereitung des Stationsalltags), werden PJ-Studierende mancherorts größtenteils für stumpfe Routinetätigkeiten wie Blutabnahmen, Botengänge und Dokumentation eingesetzt. Dabei ist das Praktische Jahr zentraler Schlüsselpunkt in der Ausbildung zur fertigen Ärzt*in und für die Auswahl des späteren ärztlichen Tätigkeitsbereich. Gerade in diesem Ausbildungsabschnitt führen qualitativ hochwertige praktische Lehre und ärztliche Tätigkeit unter Supervision zu einer deutlichen Kompetenzsteigerung und Berufsvorbereitung der angehenden Mediziner*innen. Doch viele PJ-Studierende arbeiten als kostenlose Stationsgehilfen und sind nebenbei von einem oder mehreren umfangreichen Nebenjobs abhängig, wodurch sich deren Arbeitszeit auf deutlich über 40h pro Woche erhöht. Dieser hohe Stundensatz kann im Einzelfall erwünscht sein, darf aber, gerade in Zeiten mit vielen jungen Familienmitgliedern im Studium, keine Regelerwartung sein, nur um Versorgungsdefizite auszugleichen. Auch hygienisch von der Klinik gereinigte Kleidung wird teilweise nicht wie dem restlichen Personal zur Verfügung gestellt, sondern muss selbst organisiert und gewaschen werden.

AntragstellerInnen

AG Masterplan – Vorstand der Bundesvertretung der Medizinstudierenden in Deutschland e. V.

Peter Jan Chabiera – ehem. Geschäftsführender Vorstand 2018

61-8-St-03

AntragstellerInnen: 60. Ausschuss der Student*innenschaften

Gegenstand: TOP 8: Strukturelle Anträge

Rassistische Strukturen im Verband erkennen und bekämpfen!

1 Wir fordern den 61. AS auf sich weiterhin mit dem Thema Anti-Rassismus zu
2 beschäftigen, rassistische Systeme zu erkennen, zu begreifen, als strukturelles
3 Problem unserer Gesellschaft zu erklären und verantwortungsvoll zu bekämp-
4 fen. Die Auseinandersetzung damit muss als Querschnittsthema im Verband
5 verankert werden und mit Kooperationen, Zusammenarbeiten und dem Knüp-
6 fen neuer Netzwerke die hochschulpolitischen Themen derer besetzt werden,
7 die durch Rassismus diskriminiert werden. Ideelles Ziel des Ausschusses ist es,
8 gleiche Chancen und Rechte, etwa auf Bildung, politische Teilhabe und Re-
9 präsentation zu erkämpfen. Dies gilt auch im eigenen Verband. Dabei dürfen
10 jedoch antirassistische Kämpfe außerhalb der Hochschulen ebenso wenig über-
11 sehen werden.

12 Der AS sucht z.B. nach Möglichkeiten, Strukturen zu schaffen, die Diskrimi-
13 nierung entgegenwirken, und rassismuskritische Inhalte in der Verbandsarbeit
14 zu verankern.

15 Hierzu soll der 61. AS die Einrichtung eines entsprechenden Ausschusses auf
16 der 62. MV beantragen. Erste Ziele und Arbeitsaufträge für diesen sollen for-
17 muliert werden. Der Ausschuss hat die Aufgabe, rassistische Strukturen und
18 Herrschaftssysteme sichtbar zu machen und sie mit Bezugnahme auf gesell-
19 schaftliche Verhältnisse zu erklären, um so eine antirassistische Praxis zu er-
20 möglichen und zu initiieren. Dies kann beispielsweise in Form von Antidiskri-
21 minierungsarbeit innerhalb des fzs oder an Hochschulen geschehen, um dort
22 Rechte, auf Bildung, politische Teilhabe und Repräsentation zu erkämpfen.

23 Aber auch die Beteiligung an antirassistischen Kämpfen außerhalb hochschul-
24 politischer Kontexte soll ein Teil der Ausschussarbeit sein.

25 Außerdem soll der 61. AS Kontakte zu Interessenvertretungen aufnehmen, wel-
26 che migrantische oder nicht-weiße Schüler*innen, Student*innen und Akade-
27 miker*innen vernetzen.

28 Das Thema soll dauerhaft in der Tagesordnung verankert und auf den Sitzun-
29 gen thematisiert werden.

30 Auch alle anderen Ausschüsse sind dazu aufgerufen, sich mit dem Thema aus-
31 einanderzusetzen.

Begründung

Begründung:

Seit längerem beschäftigt sich der AS damit, wie antirassistische Arbeit im Verband aussehen könnte. Insbesondere nach Workshops auf der Mitgliederversammlung und der konstituierenden Ausschusssitzung wurde das Thema langsam greifbarer und wir haben auf der Sitzung im Dezember versucht, mit den Ergebnissen des Workshops weiterzuarbeiten.

Immer wieder sind wir dabei an unsere Grenzen gestoßen, da uns durch das große strukturelle Problem des Verbandes und unserer Strukturen wichtige Perspektiven fehlen. Umso mehr halten wir eine breite Auseinandersetzung mit dem Thema für notwendig. Gleichzeitig gilt es jedoch auch, Kooperationen und Kontakte auszubauen und zu stärken und relevante Themen anzugehen, die wir schon seit viel zu langer Zeit übersehen.

Trotz der intensiven Arbeit ist es uns seit Dezember nicht gelungen, einen Ausschuss ausreichend vorzubereiten. Da wir dies jedoch für absolut wünschenswert halten, versuchen wir auf diesem Weg, den nächsten AS zu verpflichten, den Antrag umzusetzen, ein Aufschieben zu verhindern und gleichzeitig das Thema auf der MV sichtbar zu machen und zur Diskussion zu bringen. Wir wünschen uns daher eine rege Diskussion auf der Mitgliederversammlung, wie eine antirassistische Praxis im Verband aussehen könnte und strukturelle Probleme gelöst werden könnten.

AntragstellerInnen

60. Ausschuss der Student*innenschaften

61-8-St-01

AntragstellerInnen: AK Politische Bildung

Gegenstand: TOP 8: Strukturelle Anträge

Einrichtung eines Ausschusses Politische Bildung

- 1 Die Mitgliederversammlung möge beschließen, einen Ausschuss "Politische Bil-
- 2 dung" einzurichten, welcher die Arbeit des bisher existierenden Arbeitskrei-
- 3 ses mit selbigen Namen fortführt. Dazu zählt insbesondere die Koordination
- 4 der Kampagne "never again!" und die Ausrichtung von Seminaren mit dem
- 5 Schwerpunkt Antifaschismus, wie dem studentischen Winterkongress.

Begründung

Der Arbeitskreis Politische Bildung und Antifaschismus hat in seinem zweijährigen Bestehen gezeigt, dass er dazu in der Lage ist gute inhaltliche Bildungsarbeit zu leisten. Das zeigt sich besonders an der vom Arbeitskreis initiierten Kampagne „never again!“, deren Kern die Politische Bildung ist und die sich vor allem auf drei Schwerpunkte stützt: Zum einen die kritische Aufarbeitung der Vergangenheit sowie die Zusammenhänge studentischer Politik mit dem Nationalsozialismus. Andererseits auch die gesellschaftlichen Bedingungen, die autoritäre und faschistische Tendenzen ermöglichen, und nicht zuletzt auch aktuelle rechte Strukturen, und wie mit ihnen umzugehen ist. Die Kampagne hatte sowohl letztes als auch dieses Jahr mehrere Veranstaltungen in ganz Deutschland zur Folge

und wurde durch die Studentischen Winterkongresse zu Antisemitismus in der Hochschule in Halle eingeleitet.

Um diese Arbeit sinnvoll fortführen zu können ist es für den AK wichtig die entstandenen Strukturen langfristig zu institutionalisieren, damit die wichtige Arbeit, die momentan vom AK Politische Bildung übernommen wird, nicht durch Mangel an interessierten Leuten wegfällt.

Zusätzlich ist es wichtig für den AK, dass durch die Ausschusswerdung die Quotenregelung greift. Bisher gilt diese für Arbeitskreise nicht. Mit der Ausschusswerdung würde der AK also auch dem allgemeinen Gleichstellungsauftrag gerecht werden. Desweiteren würde durch einen Ausschuss ein Lücke im Portfolio des Verbandes geschlossen, denn bisher gibt es noch keinen Ausschuss der sich inhaltlich spezifisch mit politischer Bildung auseinandersetzt, auch wenn alle weiteren Ausschüsse das im Sinne ihrer Themen tun. Der inhaltliche Fokus auf die Themen Antifaschismus und Antisemitismuskritik fehlt hierbei jedoch, obgleich diese Themen in der Vergangenheit sehr wichtig in der Arbeit des Verbandes waren.

AntragstellerInnen

AK Politische Bildung

61-8-St-02

AntragstellerInnen: Michael Schiefelbein

Gegenstand: TOP 8: Strukturelle Anträge

Einrichtung einer Vollzeitstelle für Presse und Öffentlichkeit

- 1 Die Mitgliederversammlung des fzs möge beschließen, eine Vollzeitstelle für
- 2 Presse und Öffentlichkeit einzurichten. Diese soll mit mindestens 15 Euro pro
- 3 Stunde entlohnt werden. Bis zur nächsten Mitgliederversammlung soll geprüft
- 4 werden, wie dies im nächsten Haushaltsjahr verwirklicht werden kann.

Begründung

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit sind essentiell für eine gut funktionierende Organisation. Dies Bedarf der nötigen mentalen und zeitlichen Ressourcen. Für den ohnehin chronisch überlasteten Vorstand bedeutet dies eine enorme Zusatzbelastung unter der im Zweifelsfall die Qualität der Pressearbeit leidet. Insbesondere für die Sozialen Medien gilt es, Algorithmen optimal auszunutzen, was ein hohes Maß an Timing und Koordination erfordert. Dies kann schlicht nicht gelingen, wenn man durch Sitzungen, Termine usw. derart ausgelastet ist, wie es der Vorstand des fzs gewöhnlich ist. Aktuell bleibt der fzs hinsichtlich seiner Reichweite weit hinter seinen Möglichkeiten zurück!

Darüber hinaus ließe sich durch eine solche Stelle eine gewisse Kontinuität hinsichtlich der Pressekontakte erreichen, die so nicht jährlich durch neu gewählte Vorstandsmitglieder neu erarbeitet werden müssten.

Eine solche Stelle hat das Potential die Reichweite des fzs erheblich zu steigern, die Pressearbeit weiter zu professionalisieren und gleichzeitig Vorstand und Ausschüssen einen erheblichen Teil der Arbeit zu erleichtern.

AntragstellerInnen

Michael Schiefelbein

61-8-St-04

AntragstellerInnen: Vorstand

Gegenstand: TOP 8: Strukturelle Anträge

Einrichtung eines AK Satzung, Ordnungen, Struktur

- 1 Die Mitgliederversammlung möge beschließen, einen Arbeitskreis "Satzung,
- 2 Ordnungen, Struktur" einzurichten. Dieser hat folgende Aufgaben:
- 3 Überarbeitung der Formaldokumente des Verbandes hinsichtlich
- 4 a) Aufhebung von Widersprüchen in verschiedenen Dokumenten
- 5 b) Erleichterung der Arbeit von Gremien, Vorstand und Angestellten bei
- 6 gleichbleibender Transparenz
- 7 c) Ermöglichung von digitaler Abwicklung vieler Prozesse
- 8 d) Konkretisierung bzw. klarer Formulierung
- 9 Evaluation des Mitgliedsstatus gemeinsam mit dem Ausschuss Finanzen, dem
- 10 AS und dem Vorstand hinsichtlich
- 11 a) Unterschieden zwischen Mitgliedern, Fördermitgliedern, Nicht-
- 12 Mitgliedern
- 13 b) (finanziellen) Vorteilen der Mitgliedschaft
- 14 Evaluation der Beitragsstruktur im Austausch mit Mitgliedern und Nicht-
- 15 Mitgliedern, dem Ausschuss Finanzen, dem AS und dem Vorstand
- 16 Erörterung einer möglichen Referent*innenstruktur nach § 35 der Satzung und
- 17 damit Übernahme der Aufgaben der entsprechenden AG, die vom 59. AS ge-
- 18 gründet wurde.

19 Der Arbeitskreis bindet in seinen Diskussionen die jeweils Betroffenen ein. Er
20 legt der 62. Mitgliederversammlung seine Ergebnisse vor und hat zum Ziel, bis
21 dahin Neufassungen der entsprechenden Dokumente entworfen zu haben.

Begründung

In der alltäglichen Arbeit mit der Satzung sowie den Ordnungen fallen nicht nur Widersprüche auf, einige Arbeitsprozesse sind auch – aufgrund der Historie des Verbandes – in Teilen überstrukturiert. Änderungen daran würden die Verbandsarbeit sowie seine Regularien nachvollziehbarer machen, die Arbeit der Gremien und Angestellten erleichtern und auch Anforderungen für Verbandsaktive senken.

Im Ausschuss Finanzen gibt es schon lange das Vorhaben, die Mitglieds- sowie die Beitragsstruktur zu evaluieren und ggf. Änderungen vorzunehmen. Auch der AS hat sich mit diesem Thema beschäftigt, ebenso wie der aktuelle und vorherige Vorstände. Das soll im neuen AK gebündelt werden, um im Austausch mit den Studierendenschaften zu beraten, ob und welche Änderungen sinnvoll sein könnten.

Der 59. AS hat sich auf mehreren Sitzungen damit beschäftigt, wie eine AG sich mit einer Referent*innenstruktur, die in der Satzung vorgesehen ist, befassen könnte. Die schließlich gegründete AG kam letztlich nicht zu Stande. Um das Thema weiter zu besprechen, soll diese strukturelle Diskussion in diesem Arbeitskreis stattfinden.

AntragstellerInnen

Vorstand

61-9-S-01

AntragstellerInnen: Sebastian Rohleder und Tenko Bauer

Gegenstand: TOP 9: Änderungen von Satzungen und Ordnungen

Initiativcharakter für das Queerplenum etablieren

1 Füge in §12 Organisationsatzung einen Punkt 5. ein: „5. Auf Antrag eines
2 anwesenden queeren Menschen wird ein Queerplenum einberufen. Die anwe-
3 senden queeren Menschen bilden das Queerplenum. Parallel zum Queerplenum
4 findet ein Frauen- und Männerplenum zum gleichen Gegenstand, sofern dieser
5 bekannt ist, statt. Nach dem Beschluss für ein Queerplenum muss der Grund
6 und die Themen des Queerplenums dem Frauen- und dem Männerplenum mit-
7 geteilt werden, es sei denn, der*die Antragsteller*in des Queerplenums wünscht
8 dies ausdrücklich nicht. Das Queerplenum soll 60 Minuten pro Plenum nicht
9 überschreiten. Das Plenum kann einmalig mit einfacher Mehrheit der anwe-
10 senden queeren Menschen um eine Stunde verlängert werden.

11 Das Queerplenum kann mit einer 2/3 Mehrheit ein Veto gegen die Beschlüsse
12 der Mitgliederversammlung einlegen. Das Veto hat bindende Wirkung, sofern
13 die Mitgliederversammlung nicht mit 2/3 Mehrheit Anderes beschließt.

14 Das Queerplenum beschließt sofort nach der Anhörung des queeren Menschen,
15 der*die es einberufen hat, ob das Queerplenum stattfindet. Ein Queerplenum
16 findet statt, wenn mehr als die Hälfte der anwesenden queeren Menschen dem
17 zustimmen.“

Begründung

Auf den letzten Mitgliederversammlungen, sowohl auf den Sitzungen wie auch

im Umfeld des Tagungsareals, sind immer wieder Menschen mit queerfeindlichen Äußerungen aufgetreten. Nun gibt es in der Satzung des fzs kein Mittel diese Äußerungen oder Anfeindungen gegen queere Menschen in einem safe-space zu thematisieren, da das Queerplenum laut Satzung keinen Initiativcharakter hat. Einzig ein Frauenplenum kann initiativ einberufen werden und

darüber tagt automatisch auch ein Queer- wie ein Männerplenum. Somit gibt es für von gesellschaftlicher Diskriminierung betroffene queere Menschen keine Möglichkeit, Diskriminierung gegen ihre Gruppe zu thematisieren. Das Wort

„queer“ wird in diesem Antrag als Überbegriff für alle sexuellen Orientierungen und geschlechtlichen Identitäten benutzt, welche von der gesellschaftlichen Norm abweichen. Diese sehr weitreichende Definition soll dazu anstoßen,

dass sich die Gruppenplena, wie auch der fzs als Verband auch inhaltlich mit seiner*ihre queerfeministischen Politik auseinandersetzt. Hierbei ist auch der

fortschreitenden Entwicklung der Gesellschaft Recht zu tragen, wie sie sich nicht zuletzt im letzten Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Eintrag ins Personenregister ergeben haben. Menschen, die sich weder als Frauen noch als Männer identifizieren, sind eine schützenswerte Minderheit. Es kann ihnen aber

mitunter schwerfallen, Männer- und Frauenplena als „safe-space“ aufzufassen,

da sie sich eben nicht mit einer dieser beiden Gruppen identifizieren können.

Die Antragssteller*innen wünschen sich, dass zu diesem Antrag ein Queerplenum auf der MV tagt und sich zu der Thematik austauscht, ob und wie weit solch eine oder eine ähnliche Regelung gewünscht ist. Zu erinnern sei an dieser Stelle, dass sich ein Queerplenum auf der 60. MV im Bericht für einen

Initiativcharakter seinerseits ausgesprochen hat.

AntragstellerInnen

Sebastian Rohleder und Tenko Bauer

61-9-S-02

AntragstellerInnen: 60. Ausschuss der Student*innenschaften u.a.

Gegenstand: TOP 9: Änderungen von Satzungen und Ordnungen

Tatsächliche Einbindung von Frauen* sichern

- 1 Aktuelle Satzung:
- 2 § 31 Beschlussfähigkeit
- 3 Ein Ausschuss ist beschlussfähig wenn nicht weniger als drei stimmberechtigte
- 4 Mitglieder bei einer Sitzung oder Telefonkonferenz anwesend sind.
- 5 Änderungsantrag:
- 6 Streiche und ersetze durch:
- 7 § 31 Beschlussfähigkeit
- 8 Ein Ausschuss ist beschlussfähig wenn nicht weniger als drei stimmberechtigte
- 9 Mitglieder, davon mindestens die Hälfte Frauen*, bei einer Sitzung oder Tele-
- 10 fonkonferenz anwesend sind.

Begründung

Begründung

Intention:

Wie der Titel bereits besagt, soll dieser Antrag die tatsächliche Einbindung von Frauen* in der praktischen Arbeit widerspiegeln. Bereits bei der Besetzung der Ausschüsse achten wir auf eine Quotierung, diese darf sich jedoch nicht nur in der Besetzung der Ausschüsse zeigen, sondern muss auch Teil unserer praktischen Arbeit sein.

Begründung:

Die derzeitige Formulierung des Paragraphen ermöglicht, dass Entscheidungen in Ausschüssen durch reine Männergruppen getroffen werden können. Der Antrag sorgt dafür, dass Entscheidungen und Wissensweitergabe in reinen Männergruppen aufgebrochen wird. Die tatsächliche Zusammensetzung bei Sitzungen und Telefonkonferenzen sollte die bereits quotierte Besetzung widerspiegeln und die Beteiligung von Frauen* auch in der tatsächlichen Arbeit sicherstellen.

AntragstellerInnen

60. Ausschuss der Student*innenschaften (erhält Antrag des 57., 58. und 59. AS und AntiDis aufrecht)

61-9-F-01

AntragstellerInnen: Michael Schiefelbein

Gegenstand: TOP 9: Änderungen von Satzungen und Ordnungen

Transparenz des Haushalts

- ¹ Füge hinzu unter §7 der Finanzordnung:
- ² Nach dem Beschluss durch die Mitgliederversammlung ist der Haushalt in
- ³ geeigneter Form zu veröffentlichen.

Begründung

In der aktuellen Fassung der Finanzordnung ist lediglich die Vorlage des unbeschlossenen Haushalts gegenüber der Mitgliederversammlung festgeschrieben. Für den beschlossenen Haushalt – inklusive aller etwaigen Änderungsanträge – gibt es bisher keine Regelung. Dabei stellt die Veröffentlichung des Haushaltes aber ein notwendiges Mittel der Transparenz gegenüber Mitgliedern und (noch) nicht-Mitgliedern dar. Mit dieser zusätzlichen Bestimmung wird diese Lücke geschlossen.

Darüber hinaus kam es durch die Vagheit der bisherigen Regelung in der Vergangenheit zu Konflikten zwischen fzs und Landesvertretungen – eine eindeutige Regelung kann also dazu beitragen diese Unsicherheit in der Handhabung des Haushaltes zukünftig zu beheben.

AntragstellerInnen

Michael Schiefelbein

61-9-F-02

AntragstellerInnen: Ben Seel u.a.

Gegenstand: TOP 9: Änderungen von Satzungen und Ordnungen

Vorstandsaufwandsentschädigung an Inflation anpassen

- 1 Ändere in § 11 Abs. 2 der Finanzordnung:
- 2 “Die Vergütung für Vorstandsmitglieder beträgt 804 Euro pro Monat.“
- 3 zu
- 4 “Die Vergütung für Vorstandsmitglieder beträgt 900 Euro pro Monat.“

Begründung

Die Aufwandsentschädigung des Vorstandes wurde unserer Kenntnis nach mindestens seit 2010 nicht an die Inflation angepasst. Die Vorstandsarbeit ist nicht weniger aufwändig geworden. Momentan befindet sich der Verband in einer finanziell stabilen Lage und sollte es sich leisten können beim Vorstand nicht länger auf Reallohn bzw. Real-AE-Einbußen setzen zu müssen.

Bei der tatsächlichen Inflation in der BRD von 2010-2018 sind die 804 Euro von damals heute nur noch 721,72 Euro wert. Wäre die AE laufend mit der Inflation angepasst worden, betrüge sie nun 895,66 Euro. Daher scheint uns eine Erhöhung auf 900 Euro angemessen und erforderlich.

AntragstellerInnen

Ben Seel, Nathalie Schäfer, Janek Heß, Michael Schiefelbein

61-9-F-03

AntragstellerInnen: Michael Schiefelbein

Gegenstand: TOP 9: Änderungen von Satzungen und Ordnungen

**Ergänzung der Finanzordnung – §5
Mitgliedsbeiträge**

- 1 Die Mitgliederversammlung des fzs möge beschließen:
- 2 Füge unter §5 der Finanzordnung hinzu:
- 3 (6) Studierendenschaften die zugleich Mitglied in einer Landesvertretung von
- 4 Studierendenschaften sind, zahlen lediglich den Differenzbetrag zwischen den
- 5 Mitgliedsbeträgen in dieser und dem Vollbeitrag des fzs nach Abs. 1, mindes-
- 6 tens aber einen Euro.

Begründung

Die Doppelmitgliedschaft in sowohl einer Landesvertretung als auch dem fzs stellt i. d. R. kein Problem dar. Für die sächsischen Studierendenschaften hingegen bedeutet dies eine substantielle Mehrbelastung, da die Mitgliedschaft in der Konferenz Sächsischer Studierender bereits mit, im Vergleich zu anderen Landesvertretungen, hohen Beiträgen verbunden ist. Im Fall der Universität Leipzig würde dies z. B. bedeuten annähernd 10% des Haushalts alleine für die Mitgliedschaft in diesen beiden Organisationen aufwenden zu müssen. Es verwundert daher auch nicht, dass keine der drei großen Universitäten Sachsens im fzs vertreten ist. Durch die beantragte Änderung der Gebührenordnung soll die Möglichkeit geschaffen werden, sächsische Studierende auch auf Bundesebene vertreten zu können.

Neben der Entlastung, die dies für die Studierendenschaften bedeuten kann, wäre dies für den fzs nicht nur ein finanzieller Netto-Gewinn, zuvorderst aber ein Gewinn politischer Legitimität und ein Zugewinn an politischem Einfluss in den Ländern und im Bund. Zudem signalisieren wir damit den Landesvertretungen den Wunsch nach stärkerer Zusammenarbeit in der Zukunft.

AntragstellerInnen

Michael Schiefelbein